

Wiener Stadtbibliothek

57291 F

# Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 1. Dezember 1972

Blatt 3000

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Verwaltungsgerichtshof gab Wien recht: Beschränkung für 3. Wasserleitung gefallen

"Kohlmarkt soll Fußgängerzone werden"

Lokal: Polio-Impfaktion um zwei Tage verlängert  
Keine Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche

Wirtschaft: Dr. Paul Schärf - 65. Geburtstag

Kulturdienst: Bezirksmuseum Meidling: Viennensia-Ausstellung des Verlages Jugend und Volk

Heinrich Damisch zum Gedenken

Secession: "Das gute Bild für jeden"

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

verwaltungsgerichtshof gab wien recht:

beschraenkung fuer 3. wasserleitung gefallen

10 wien, 1.12. (rk) gewisse beschraenkungen, die in der wasserrechtlichen bewilligung fuer die wasserentnahme der projektierten 3. wasserleitung enthalten waren, hat der verwaltungsgerichtshof als nicht gesetzmaessig erkannt und aufgehoben. damit wurde ein wichtiges hindernis fuer die verwirklichung der 3. wasserleitung fuer wien aus dem weg geraeumt. der spruch des verwaltungsgerichtshofes, der gestern, donnerstag im rathaus eingetroffen ist, hat auch anerkannt, dass der bau der 3. wasserleitung im oeffentlichen interesse gelegen ist.

dies ist die vorgeschichte des erkenntnisses des verwaltungsgerichtshofes: das bundesministerium fuer land- und forstwirtschaft hat mit bescheid vom 14. juli 1971 der stadt wien die wasserrechtliche bewilligung zur ausfuehrung des geplanten grundwasserwerkes mitterndorfer senke mit einer wasserentnahme im hoechstausmass von 742 liter in der sekunde aus den horizontalfilterbrunnen moosbrunn 1 und moosbrunn 2 erteilt. die wasserrechtliche bewilligung wurde jedoch an die einhaltung verschiedener bedingungen gebunden. einige der auflagen waren nun derart, dass nach ansicht des magistrats der stadt wien der bescheid in diesen punkten beim verwaltungsgerichtshof angefochten werden sollte.

der angefochtene bescheid enthielt verschiedene beschraenkungen, die nach ansicht der stadt wien nicht nur gesetzwidrig, sondern auch durch das ergebnis des durchgefuehrten ermittelungsverfahrens in keiner weise gerechtfertigt waren. es wurde von der stadt wien als unzulaessig empfunden, dass die genau bestimmte konsensmenge von 742 sekunden-liter in vollkommen ungewissem ausmass eingeschraenkt werden koennte, wobei die einschraenkung praktisch so weit gehen kann, dass sinn und zweck der genannten wasser-versorgungsanlage hinfaelig werden. dieser meinung hat sich nun auch der verwaltungsgerichtshof in den wesentlichen punkten angeschlossen.

k o m m u n a l :

=====

"kohlmarkt soll fussgaengerzone werden"

11 wien, 1.12. (rk) 34 geschaeftsleute des kohlmarktes haben in einem brief an buergermeister felix s l a v i k die bitte ausgesprochen, den kohlmarkt moeglichst bald in eine fussgaengerzone umzuwandeln. diese 34 geschaeftsleute repraesentieren 72 prozent aller am kohlmarkt ansaessigen unternehmer mit einem ladengeschaeft.

in dem brief wird zunaechst dem buergermeister gedankt, dass er sich fuer die einfuehrung von fussgaengerzonen in der wiener innenstadt eingesetzt hat, weil dadurch eine aufwertung der city erreicht werde. nach meinung der geschaeftsleute des kohlmarktes sollten aber nicht nur die kaerntner strasse und der graben fussgaengerzone sein, sondern ebenso der kohlmarkt. wie es in dem schreiben weiter heisst, sei der kohlmarkt zufolge der derzeitigen verkehrsorganisation zu etwa 90 prozent eine reine durchzugsstrasse. da gerade die geschaefte des kohlmarktes noch weitgehend in der form erhalten seien, wie sie seinerzeit beigetragen hatten, wien den weltstaedtischen charakter zu verleihen, sollte dieser anziehungspunkt fuer die wiener innenstadt eben in form einer fussgaengerzone mit der organischen anbindung an die kurzparkzone im inneren burghof erhalten und betont werden.

L o k a l :

=====

## polio-impfaktion um zwei tage verlaengert

7 wien, 1.12. (rk) infolge der meldungen von den bezirks-  
gesundheitsaemtern ueber die alarmierend niedrige beteiligung  
an der polio-impfaktion - es waren um etwa 15 prozent weniger  
polio-impfungen als bei der impfaktion im november 1971 - hat  
gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k angeordnet, die  
morgen, samstag, zu ende gehende erste schluckimpfung noch um  
zwei tage zu verlaengern. fuer ''nachzuegler'' besteht somit  
kommenden montag und kommenden dienstag die letzte chance, sich  
in den bezirksgesundheitsaemtern in der zeit von 9 bis 11 uhr  
impfen zu lassen.

0939

## keine verkehrsmassnahmen in der kommenden woche

4 wien, 1.12. (rk) in der kommenden woche werden auf den wiener  
strassen keine wesentlichen arbeiten begonnen, so dass es auch zu  
keinerlei neuen behinderungen des verkehrs kommt.

0914

w i r t s c h a f t :

=====

dr. paul schaerf - 65. geburtstag

3 wien, 1.12. (rk) am 4. dezember vollendet der generaldirektor der wiener staedtischen versicherungsanstalt, dr. paul s c h a e r f das 65. lebensjahr.

er wurde am 4. dezember 1907 geboren und wurde zum doktor der rechte promoviert. 1933 trat er als angestellter bei der staedtischen versicherungsanstalt ein. hier konnte er sich besonders um die organisation der anstalt in den bundeslaendern verdient machen. 1940 wurde er zur deutschen wehrmacht eingezogen, das kriegsende bewahrte ihn vor einem strafverfahren wegen hochverrates.

nach mehrmonatiger kriegsgefangenschaft trat er im november 1945 seinen dienst bei der anstalt wieder an, wurde 1946 personalreferent, spaeter zum prokuristen, generalsekretaer und schliesslich zum direktor der anstalt bestellt. anlaesslich der neuformierung des vorstandes im jaenner 1959 wurde paul schaerf in den vorstand der anstalt berufen, sein arbeitsgebiet umfasste die gesamtvertretung des anstaltsleiters mit dem titel 'generaldirektorstellvertreter.' 1972 wurde dr. schaerf generaldirektor. neben seiner beruflichen taetigkeit bemuehte er sich seit kriegsende besonders aktiv um die beschaffung von heimplaetzen fuer studierende aus den bundeslaendern in wien, sowie um die studienfoerderung beduerftiger studenten.

0910

# Rathaus- Korrespondenz

Blatt 353

gegründet 1861



Samstag, 2. Dezember 1972

Blatt 3005

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Bürgermeistersendung: Wohnungen und Ledigenheime für Zuwanderer

Freiwerdende Schulbuchmittel nun für audiovisuelle Lehrbehelfe

Lokal: Neue städtische Wohnhäuser  
Ferdinand Birnbaum zum Gedenken

Kulturdienst: Jura Soyfer-Ausstellung im Dokumentationsarchiv

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

wohnungen und ledigenheime fuer zuwanderer

5 wien, 2.12. (rk) den bau von wohnungen und ledigenheimen fuer oesterreichische zuwanderer kuendigte buengermeister felix s l a v i k heute, samstag, in seiner rundfunkrede an.

der vorstand des wiener zuwandererfonds beschloss gestern, freitag, einstimmig, fuer die errichtung von vier heimen im 7., 13. und 23. bezirk 25,2 millionen schilling zur verfuegung zu stellen.

der rest der baukosten soll auf dem kapitalmarkt und durch die allgemeine wohnbaufoenderung aufgebracht werden. an dieser initiative beteiligen sich die stadt wien, die wiener wirtschaftskammer und verschiedene firmen. insgesamt sollen in diesen vier heimen 590 alleinstehende zuwanderer und 120 lehrlinge platz finden. weiters soll im jahr 1973 mit dem bau von 500 wohnungen fuer oesterreichischen zuwanderer begonnen werden.

slavik kuendigte in seiner rede auch eine verstaerkte soziale betreuung auslaendischer gastarbeiter an. die beratungsstellen fuer gastarbeiter sollen ausgebaut werden. die hilfe fuer ratsuchende gastarbeiter muesse noch weiter verstaerkt werden.

nach ansicht des wiener buengermeisters sollten spezielle richtlinien fuer die unterkuenfte auslaendischer arbeitnehmer ausgearbeitet werden. die unterkuenfte muessten modernen wohnungshygienischen anforderungen angepasst sein. derzeit haetten wohnungswucherer zu viele moeglichkeiten.

slavik appellierte an alle wiener, fuer die gastarbeiter verstaendnis zu zeigen. die gastarbeiter in oesterreich und damit auch in wien truegen wesentlich zur steigerung unseres wirtschaftswachstums bei. dies lege in einem demokratischen

./.

staat und in einer demokratisch verwalteten stadt den buergern aber auch die verpflichtung auf, ausbeutung dieser arbeitnehmer zu verhindern.

jeder gastarbeiter trage jaehrlich rund 100.000 schilling - insgesamt mehr als zwei milliarden - zum nettonationalprodukt oesterreichs bei. die kosten, die dem staat, den laendern und gemeinden durch die beschaeftigung von gastarbeiter entstehen, seien bei diesem betrag bereits abgezogen. gastarbeiter seien daran beteiligt, den oesterreichischen ''sozialstaat'' auf eine gesunde finanzielle basis zu stellen. diese realitaeten muessten ausreichen, um den engstirnigen und nationalitaetsbezogenen egoismus in die schranken zu weisen. darueber hinaus verpflichteten die grundsaeetze sozialdemokratischen gedankengutes dazu, den gastarbeitern zu helfen.

nach slavik waren im vergangenen monat rund 80.000 gastarbeiter in wien beschaeftigt. davon kamen 63.000 aus jugoslawien und 6.000 aus der tuerkei. jeder zehnte unselbstaendige erwerbstaetige in wien komme aus dem ausland. im gesamtosterreichischen durchschnitt liege der gastarbeiteranteil bei etwa acht prozent, in vorarlberg bei rund 20 prozent.

+++

k o m m u n a l :

=====

freiwerdende schulbuchmittel nun fuer audiovisuelle  
Lehrbehelfe

3 wien, 2.12. (rk) die aktion gratisschulbuch des bundes ist doppelt fruchtbar fuer wiens schueler: freigewordene mittel des landes koennen nun fuer die weitere modernisierung des unterrichtsbetriebes eingesetzt werden. kuerzlich konnte der kultur-ausschuss des gemeinderates 3,5 millionen schilling fuer audiovisuelle lehrbehelfe (overhead-projektoren, radiogerate und kassettenrecorder) fluessig machen. nunmehr genehmigte der hochbauausschuss die vergabe eines auftrags in der hoehe von 731.500 schilling, um 350 kassettenrecorder mit eingebautem rundfunkteil fuer ukw, mittel- und kurzwelle fuer wiens schulen anzuschaffen. die ausstattung der wiener volks-, haupt- und sonderschulen mit modernsten unterrichtsmitteln hat damit einen sehr hohen standard erreicht und ist weitgehend abgeschlossen.

+++

L o k a l :

=====

## neue staedtische wohnhaeuser

2 wien, 2.12. (rk) sechs dreigeschossige staedtische wohnhaeuser, die 30 wohnungen und zehn geschaeftslokale enthalten werden, sollen an der hetzendorfer strasse in meidling gebaut werden. stadtrat hubert p f o c h hatte den antrag dazu nun im hochbauausschuss des gemeinderates gestellt. fuer das projekt wurden mittel in der hoehe von 16,4 millionen schilling bewilligt.

mit der planung eines wohnhausneubaues (30 wohnungen, zwei geschaeftslokale, eine tiefgarage) an der stumpergasse in mariahilf beauftragte der hochbauausschuss den architekten adolf svancar.

+++

L o k a l :

=====

## ferdinand birnbaum zum gedenken

4 wien, 2.12. (rk) auf den 6. dezember faellt der 25. todestag des paedagogen und psychologen dr. ferdinand b i r n b a u m .  
ferdinand birnbaum wurde am 16. mai 1892 in wien geboren. er hat sich aus aermlichen verhaeltnissen emporgearbeitet und sein philosophiedoktorat erst als reifer mann erworben. nach dem besuch der lehrerbildungsanstalt war er lehrer an verschiedenen vorstadt-schulen in wien, spaeter an der lehrerinnenbildungsanstalt in wien 1. alfred adler hatte ihn zu seinem nachfolger als lehrer am paedagogischen institut der stadt wien bestimmt. im jahre 1931 wurde er zum leiter einer versuchsschule auf individualpsychologischer grundlage ernannt und hatte dafuer ein programm ausgearbeitet. birnbaum redigierte auch die erste elternzeitung ''elternhaus und schule'' und seit 1945 die ''internationale zeitschrift fuer individualpsychologie''. am 6. dezember 1947 ist birnbaum in wien gestorben.

+++

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 4. Dezember 1972

Blatt 3011

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Neues Wiener Sozialhilfegesetz:  
Moderne Sozialhilfe statt Fürsorge  
Ab 1. Jänner 1973:  
Verstärkte Subventionierung von Privat-  
kindergärten

Vortrag des Forstdirektors:  
"Biologische Umweltsicherung in  
Ballungsräumen"

Garagengesetznovelle weiter aktuell

Lokal: Teilstück der Edelsinnstraße freigegeben  
Verkehrsarme Zone Mariahilfer Straße:  
Die stärkste Straßenbahnfrequenz seit Jahren  
Zum Saisonausklang:  
Preisverteilung "Wien im Blumenschmuck 1972"

Wirtschaft: Das Arbeitskräftepotential der Nachbarstaaten  
Weiterhin steigende Gastarbeiterzahlen

Kulturdienst: Ehrengrab für H. E. Apostel

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

neues wiener sozialhilfegesetz:

moderne sozialhilfe statt fuersorge

4 wien, 4.12. (rk) ueber den entwurf eines neuen sozialhilfegesetzes mit dem wien als zweites bundesland (nach vorarlberg) das oeffentliche fuersorgewesen auf moderne grundlagen stellen wird, referierte montag wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i im zustaendigen gemeinderatsausschuss. bekanntlich gelten auch heute noch, die im jahre 1938 eingefuehrten deutschen fuersorgevorschriften, die jedoch auf grund der entwicklung der oeffentlichen fuersorge bereits als ueberholt anzusehen sind. der vorliegende gesetzesentwurf - er wird dem wiener landtag am 19. dezember zur beschlussfassung vorliegen - basiert auf einem 1971 von den landessozialreferenten erarbeiteten musterentwurf, traegt jedoch den in wien bestehenden oertlich und strukturell bedingten besonderheiten rechnung.

wie wohlfahrtsstadtraetin maria jacobi betonte, soll mit dem vorliegenden entwurf ein entscheidender schritt zur ueberwindung der armenpflege und der oeffentlichen fuersorge, die noch immer mit dem odium der diffamierenden armenpflege belastet ist, getan werden. anstelle des begriffes ''fuersorge'' trete nunmehr das wort ''sozialhilfe''.

die sozialhilfeleistungen gliedern sich nach dem vorliegenden gesetzesentwurf in die ''hilfe zur sicherung des lebensbedarfes'' in die ''hilfe in besonderen lebenslagen'' und in die ''sozialdienste''.

unter anderem ist als eine besondere neuerung des gesetzes hervorzuheben, dass die errichtung und der betrieb von pflegeheimen und wohnheimen nunmehr von einer behoerdlichen bewilligung abhaengig sind. damit soll einem dringenden beduerfnis rechnung getragen und sichergestellt werden, dass diese heime den anforderungen der sozialhilfe entsprechen und die interessen und das wohl der heimbewohner gewahrt werden.

k o m m u n a l :

=====

ab 1. jaenner 1973:

verstaerkte subventionierung von privatkindergaerten

7 wien, 4.12. (rk) die von der stadt wien subventionierten privaten kindergaerten werden ab 1. jaenner 1973 in noch staerkerem ausmass als bisher unterstuetzt werden. so ist beabsichtigt, ab kommendem jahr den kinderfreunden, dem caritas-verband, dem kinderrettungswerk und der supterintendentur der evangelischen kirche fuer jede von ihnen gefuehrten krippen und kindergartengruppen monatlich 3.600 schilling und fuer jede hortgruppe 7.700 schilling zu gewaehren. bisher wurden durch die stadt wien lediglich die hortgruppen dieser organisationen unterstuetzt.

von dieser neuregelung profitieren die kinderfreunde mit 122 kindergarten- und 96 hortgruppen, der caritas-verband mit 7 krippen, 268 kindergartengruppen und 44 hortgruppen, das kinderrettungswerk mit 14 kindergarten- und 8 hortgruppen und die superintendentur der evangelischen kirche mit 22 kindergarten- und 3 hortgruppen. die kosten fuer diese zuschuesse, die jaehrlich insgesamt 32,7 millionen schilling betragen, wurden Montag vom gemeinderatsausschuss fuer wohlfahrtsangelegenheiten genehmigt.

1220

geehrte kommunalredaktion

3 wien, 4.12. (rk) wir erinnern sie daran, dass buergermeister  
felix s l a v i k gemeinsam mit wohlfahrtsstadtraetin maria  
j a c o b i morgen diensttag, um 9.30 uhr in der per albin  
hansson-siedlung ost ein neues kindertagesheim seiner bestimmung  
uebergeben wird.

bitte merken sie vor:

zeit: diensttag, 5. dezember 1972, 9.30 uhr.

ort: 10, per albin hansson-siedlung ost, herbert gsur-gasse.

1151

l o k a l :

=====

teilstueck der edelsinnstrasse freigegeben

1 wien, 4.12. (rk) seit heute, montag vormittag, ist die edelsinnstrasse im abschnitt zwischen gassmannstrasse und schoenbrunner allee und die begleitfahrbahnen oestlich der schoenbrunner allee fuer den verkehr freigegeben. auf den plateaus edelsinnstrasse/gassmannstrasse und schoenbrunner allee/schoepfergasse muessen noch abschliessende arbeiten durchgefuehrt werden.

mit der freigabe dieses teilstuecks der im ausbau befindlichen edelsinnstrasse wird das neue verkehrsdreieck gassmannstrasse/edelsinnstrasse/schoenbrunner allee wirksam. gleichzeitig erhaelt die autobuslinie 63 a eine neue endschleife. die vorgesehenen definitiven verkehrssampeln fuer die kreuzungen edelsinnstrasse/gassmannstrasse und edelsinnstrasse/schoenbrunner allee werden in der ersten haelfte des naechsten jahres errichtet.

0932

L o k a l :

=====

verkehrsarme zone mariahilfer strasse:

die staerkste strassenbahnfrequenz seit jahren

6 wien, 4.12. (rk) die wiener verkehrsbetriebe verzeichneten am premierentag der verkehrssarmen zone die seit vielen jahren staerkste passagierfrequenz in der mariahilfer strasse. die wiener haben offenbar die appelle beachtet, in die mariahilfer strasse mit den oeffentlichen verkehrsmittel und nicht mit dem eigenen wagen zu fahren. die strassenbahn hat den versprochenen zwei-minuten-intervall im wesentlichen einhalten koennen, obwohl der starke fussgaengerstrom in der mariahilfer strasse zeitweilig den strassenbahnverkehr behindert hat. der individualverkehr in den parallel- beziehungsweise querstrassen der mariahilfer strasse war deshalb relativ fluessig, weil er eher schwach gewesen ist. auch dies ist ein beweis dafuer, dass die schaulustigen und kunden der mariahilfer strasse nicht das eigene auto benuetzt haben respektive es in relativ grosser entfernung zur mariahilfer strasse abgestellt hatten.

1200

w i r t s c h a f t :

=====

das arbeitskraeftepotential der nachbarstaaten

5 wien, 4.12. (rk) die wiener stadtverwaltung wird sich an einer untersuchung ueber das arbeitskraeftepotential und den arbeitskraeftebedarf in den oesterreichischen nachbarstaaten beteiligen, die vom institut fuer wirtschaftsforschung durchgefuehrt wird. der planungsausschuss des wiener gemeinderats hat am montag fuer diese beteiligung 300.000 schilling genehmigt. denn die kenntnisse ueber die situation und struktur ueber die arbeitskraefte in den nachbarstaaten sind zufolge der immer groesser werdenden verflechtung der europaeischen wirtschaft auch fuer die wiener regionalwirtschaft von zunehmender bedeutung.

1156

k o m m u n a l :

=====

vortrag des forstdirektors:

'biologische umweltsicherung in ballungsraeumen'

10 wien, 4.12. (rk) eine 'oekologische konzeption' als grundvorstellung fuer einzelmassnahmen des umweltschutzes forderte in einem vortrag an der hochschule fuer bodenkultur montag der wiener forstdirektor dr. herbert t o m i c z e k . die kombination von technischen und biologischen massnahmen, die eindaemmung der landflucht sowie die starke einschraenkung bei der verwendung von chemikalien in der natur bildeten die zentralen aussagen des vortrages, der die 'biologische umweltsicherung in ballungsraeumen' zum gegenstand hatte.

die kombination technischer und biologischer massnahmen erlaeuterte tomiczek an einem beispiel: es ist wichtig, dass auf unseren autobahnen moeglichst 'saubere' autos mit reduzierten emissionen fahren, es ist aber ebenso wichtig, in der naehe dieser autobahnen baeume zu pflanzen, die den schaedlichen auswirkungen der verbliebenen emissionen entgegenwirken.

das phaenomen der landflucht, bisher meist lediglich soziologisch-politisch bedeutungsvolle umschichtung auf dem arbeitsmarkt betrachtet, sieht tomiczek unter einem anderem aspekt: das biologische beziehungsgefuege in der natur wird nur durch die taetigkeit des landwirts und des forstmanns gewaehrleistet, die landflucht birgt die gefahr kommender instabilitaet in sich. daher solle der bauer nicht mehr nur als produktionsfaktor, sondern auch als landschaftspfleger im weitesten sinne angesehen werden.

tomiczek betonte, all dies gelte doppelt in der umgebung von ballungsraeumen, fuer die ungestoerte oekosysteme in nicht zu grosser entfernung lebenswichtig seien. im uebrigen solle nicht auf die schalldaempfende wirkung von gruenpflanzen vergessen werden: die architekten muessten sich ueberlegen, wie neue wohnbauten immer wirksamer durch baumpflanzungen vor dem verkehrslaerm abgeschirmt werden koennten.

w i r t s c h a f t :

=====

weiterhin steigende gastarbeiterzahlen

13 wien, 4.12. (rk) die zahl der gastarbeiter ist auch im november weiter gestiegen. einer soeben veroeffentlichten statistik der landesarbeitsaemter zufolge waren mitte november in oesterreich 214.457 auslaendische arbeitskraefte beschaeftigt. das sind um 42.252 oder 24,5 prozent mehr als im november des vorjahres. wien liegt nach wie vor mit 82,713 gastarbeitern - im vorjahr waren es 63.542 - an der spitze, gefolgt von nieder-oesterreich mit 26.075, oberoesterreich mit 23.912, vorarlberg mit 23.283, salzburg mit 19.162, tirol mit 16.643, steiermark mit 14.504, kaernten mit 6.952 und burgenland mit 1.213. der anteil der jugoslawen unter den auslaendischen arbeitskraeften ist noch immer mit 167.461 (im vorjahr waren es 131.836) am groessten, gefolgt von den tuerken mit 24.465 (1971 waren es 22.415).

nach branchen aufgegliedert, waren die meisten gastarbeiter in der metallindustrie, im baugewerbe, in der textilbranche und im fremdenverkehr beschaeftigt.

1445

L o k a l :

=====

zum saisonausklang:

preisverteilung ''wien im blumenschmuck 1972''

11 wien, 4.12. (rk) rund 1.500 mitbuerger haben sich heuer bemueht, die stadtverwaltung bei der verschoenerung der stadt aktiv zu unterstuetzen. sie nahmen an dem wettbewerb ''wien im blumenschmuck'' teil, der zum 21. mal durchgefuehrt wurde. im blumengeschmueckten festsaal des wiener rathauses konnten die blumenfreunde montag zahlreiche schoene preise in empfang nehmen. buergermeister felix s l a v i k ueberreichte die spitzenpreise persoendlich. die stadtverwaltung hatte den diesjaehrigen wettbewerb mit einem kostenaufwand von 110.000 schilling durchgefuehrt.

fuer praemierte hausgemeinschaften und firmen wurden insgesamt 50 goldene, silberne und bronzene ehrenplaketten bereitgestellt. vier erfolgreiche einzelteilnehmer erhielten vierfachdukaten. fachbuecher gab es als trostpreise. ferner stiftete die oesterreichische gartenbaugesellschaft, die den wettbewerb in zusammenarbeit mit dem stadtgartenamt organisiert, 100 abonnements des ''gartenmagazins fuer alle''. die wiener landwirtschaftskammer stellte als wanderpreise eine goldene, eine silberne und eine bronzene rose fuer firmen sowie eine vase und sechs fachbuecher fuer einzelteilnehmer zur verfuegung.

1357

k o m m u n a l :

=====

## garagengesetznovelle weiter aktuell

14 wien, 4.12. (rk) zu einer meldung in einer wiener tageszeitung am samstag, dass der entwurf fuer eine novelle des garagengesetzes "bereits im papierkorb gelandet ist", stellte montag stadtrat dr. hannes k r a s s e r gegenueber der "rathaus-korrespondenz" fest, dass davon keine rede sein koenne.

es sei vielmehr so, dass, wie vorgesehen, die novelle zum garagengesetz und ein entwurf fuer die verordnung der landesregierung mit der stellplatzverpflichtung in wenigen tagen in das begutachtungsverfahren gehen wird.

bekanntlich sieht dieses gesetz nicht nur eine anpassung an die technische entwicklung vor, sondern soll es auch durchsetzen, dass mehr parkplaetze bei der errichtung von Neubauten gebaut werden muessen.

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 5. Dezember 1972

Blatt 3022

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: 155 Millionen für die Stadtwerke  
4,5 Millionen Schilling für St. Anna-Kinderspital  
Neues Kindertagesheim in Favoriten

Lokal: Wiener Zuwandererfonds: Beratungsstelle für Gast-  
arbeiterkinder  
Renovierte Bürgerstube im Alten Rathaus eröffnet  
Ausstellung über Versprechen und Wirklichkeit des  
Nationalsozialismus  
Wasserrohrbruch in der Brückengasse  
Umweltfreundliche Heizungen in Wien  
Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes

Wirtschaft: Wiener Luster für Rathaus von Johannesburg

Kulturdienst: Ein Bild für Budapest  
Altfassaden-Mittel für sechs Häuser  
Univ. Prof. Dr. Konradin Ferrari d'Occhieppo  
65. Geburtstag  
Goldenes Ehrenzeichen für Fritz Eckhardt  
Kleine Galerie: Übergabe der Förderungspreise

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

w i r t s c h a f t :

=====

wiener luster fuer rathaus von johannesburg

2 wien, 5.12. (rk) im sitzungssaal des neuen rathauses von johannesburg wird ein luster aus wien haengen, der 6 mal 6 meter gross ist und 4,5 tonnen wiegt. (zum vergleich: der zehn meter hohe luster im wiener gemeinderatssitzungssaal wiegt 3,2 tonnen). die goldeloxierte stahl-alu-verbundkonstruktion des lusters ist eine spezialanfertigung der firma waagner-biro, die beleuchtungs-koerper sind von der firma bakalowits und soehne. die beiden firmen haben aehnliche spezialkonstruktionen bereits fuer das parlament in belgrad und fuer den moskauer kreml geliefert.

0859

k o m m u n a l :

=====

155 millionen fuer die stadtwerke

8 wien, 5.12. (rk) eine kapitalaufstockung bei den wiener stadtwerken um 155 millionen schilling beschloss dienstag der stadsenat auf antrag von stadtrat reinhold s u t t n e r (in vertretung von stadtrat otto s c h w e d a , der an der sitzung der landesfinanzreferenten teilnahm). 55 millionen schilling bekommen die stadtwerke in bar, 100 millionen in form von aktien der tauernkraftwerke ag.

die bareinlage von 55 millionen schilling entspricht der belastung, die den verkehrsbetrieben aus der mehrwertsteuer erwachst. im rahmen der unterstuetzung der stabilisierungs-massnahmen der bundesregierung wurde vorlaeufig darauf verzichtet, die mehrwertsteuer an die fahrgaeste weiterzugeben. bekanntlich wird auch die mehrwertsteuer bei den wasser-, kanal- und muell-gebuehren, bis 30. april beim haushaltsstrom-grundtarif und schliesslich bei den mieten von der stadtverwaltung selbst getragen und nicht weitergegeben.

das aktienpaket wird das verhaeltnis zwischen eigen- und fremdkapital bei den stadtwerken weiter verbessern.

k o m m u n a l :

=====

4,5 millionen schilling fuer st. anna-kinderspital

10 wien, 5.12. (rk) fuer das st. anna-kinderspital genehmigte der finanzausschuss des gemeinderates eine subvention von 4,5 millionen schilling. damit soll das defizit des spitals gedeckt und sein weiterer bestand gesichert werden.

700.000 schilling bekommt das wiener institut fuer entwicklungsfragen, 250.000 schilling die sigmund freud-gesellschaft, 40.000 schilling die oesterreichische bergrettung.

10.000 schilling schliesslich wurden fuer das pfarramt st. andrae an der traisen bewilligt. die barocke kirche, zu deren mitgliedern auch viele pfleglinge des altersheimes der stadt wien gehoeren, erhaelt ein elektrisches laeutwerk.

1117

k o m m u n a l :

=====

## neues kindertagesheim in favoriten

9 wien, 5.12. (rk) dienstag uebergab buergermeister felix slavik gemeinsam mit wohlfahrtsstadtrat maria jacobin in der per albin hansson-siedlung ost ein neues fertigteil-kindertagesheim seiner bestimmung. das neue heim umfasst zwei kleinkinderkrippen, zwei kindergartengruppen und eine hortgruppe und bietet insgesamt 134 kindern platz. der kostenaufwand dafuer betrug 7,5 millionen schilling.

buergermeister felix slavik unterstrich bei der eroeffnung die notwendigkeit, den lebensraum der kinder in der grosstadt zu vergroessern und geeignete moeglichkeiten fuer spiel und sport innerhalb der stadt zu schaffen. die kindergaerten erfuehlten hier zwei funktionen: eine sehr wesentliche fuer die kinder selbst und eine zweite fuer die muetter. in vielen faellen ermoeglicht es ja erst der staedtische kindergarten den frauen, berufstaetig zu sein. welche grosse sozial- und gesellschaftspolitische rolle den kindergaerten zukomme, ginge schon aus der tatsache hervor, dass mehr als 80 prozent der muetter, der in den kindertagesheimen betreuten kinder einem beruf nachgehen.

stadtraetin maria jacobin hob in ihren ausfuehrungen die bemuehungen der stadtverwaltung hervor, die zahl der kindergartenplaetze staendig zu vergroessern. gegenwaertig werde an plaenen fuer zweigeschossige fertigteil-kindertagesheime gearbeitet. besonders im innerstaedtischen bereich, wo man nicht immer genug platz habe, werden sich damit neue perspektiven fuer den kindertagesheimbau ergeben.

l o k a l :

=====

wiener zuwandererfonds:

beratungsstelle fuer gastarbeiterkinder

3 wien, 5.12. (rk) der wiener zuwandererfonds hat seine beratungstaetigkeit fuer auslaendische arbeitnehmer weiter verstaerkt. vor wenigen tagen wurde im 6. bezirk, linke wienzeile 82, eine spezielle beratungsstelle eroeffnet, in der zwei sprachkundige paedagoginnen jugoslawischen gastarbeitereltern und deren kindern bei der bewaeltigung von erziehungsschwierigkeiten und schulproblemen helfen. die beratungen erfolgen jeweils zweimal woeentlich, und zwar. dienstag von 17 bis 20 uhr und freitag von 14 bis 16.30 uhr.

derzeit gibt es in wien rund 6.600 jugoslawische gastarbeiterkinder, von denen sich etwa die haelfte im schulpflichtigen alter befindet.

0907

l o k a l :

=====

renovierte buergerstube im alten rathaus eroeffnet  
ausstellung ueber versprechen und wirklichkeit des  
nationalsozialismus

4 wien, 5.12. (rk) doppelte premiere im wiener alten rathaus: die renovierte gotische buergerstube wurde erstmals dem publikum praesentiert und zugleich eine ausstellung eroeffnet, die vize-buergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in ihren einleitungsworten als ''gutes omen'' fuer die kuenftige funktion der buergerstube bezeichnete.

''versprechen und wirklichkeit - der nationalsozialismus in oesterreich'' ist der titel der ausstellung, in der sehr effektiv nationalsozialistische plakate aus den zwanziger und dreissiger jahren mit der realitaet der jahre 1938 bis 1945 konfrontiert werden. die propagierten schlagworte von ''brechung der zinsknechtschaft'', nationalem sozialismus, freiheit und selbstbestimmung erweisen sich von dem tag an als luege, an dem die nationalsozialisten die macht uebernehmen.

vizebuergermeister froehlich-sandner verwies darauf, wie schwer es in unserer raschlebigen zeit geworden ist, sich in der gegenwart zu orientieren. viel schwerer noch ist es fuer die junge generation, sich in der vergangenheit zu orientieren. deshalb ist es von groesster bedeutung, dieser jungen generation die erfahrung zu uebermitteln, was freiheit und diktatur wirklich bedeuten.

zusaetzliches gewicht erhaelt die ausstellung dadurch, dass sie die konfrontation mit der vergangenheit an zwei beispielen,

./.

am wirken der ndp und am kaertner ortstafelsturm, bis in die gegenwart weiterfuehrt.

die ausstellung in der buergerstube des alten rathauses, die vom dokumentationsarchiv des oesterreichischen widerstandes gemeinsam mit dem bezirksmuseum innere stadt gestaltet wurde, ist jeden montag, mittwoch und donnerstag von 15 bis 19 uhr bei freiem eintritt zugaenglich. gleichzeitig besteht die moeglichkeit, ein stockwerk hoeher die staendige ausstellung des dokumentationsarchivs und die sonderausstellung zum 60. geburtstag des im kz buchenwald ermordeten dichters jura s o y f e r zu besuchen.

0934

L o k a l :

=====

## wasserrohrbruch in der brueckengasse

5 wien, 5.12. (rk) dienstag, in den fruehen morgenstunden, trat vor dem im bau befindlichen wohnhaus brueckengasse 4-6 in mariahilf ein gebrechen an einem 300 millimeter-wasserrohr auf. die fahr-bahnen der brueckengasse und der linken wienzeile wurden dadurch stellenweise zwanzig bis dreissig zentimeter hoch ueberschwemmt. ein keller stand ebenfalls teilweise unter wasser. durch den raschen einsatz der wasserwerke und der feuerwehr konnte der verkehr nach kurzer zeit wieder aufgenommen werden. lediglich im bereich der wohnhausbaustelle wird der fussgaengerverkehr durch eine strassen-aufwoelbung und durch einen etwa eineinhalb meter tiefen krater be-hindert. die starke verschmutzung der strasse machte einen sonder-einsatz der stadtreinigung erforderlich.

die wasserversorgung ist derzeit in der brueckengasse von der mollardgasse bis zu gumpendorfer strasse und in der gumpendorfer strasse von der stumpergasse bis zur millergasse unterbrochen und muss durch einen wasserwagen aufrecht erhalten werden. das rohr-gebrechen wird voraussichtlich bis zum spaeten abend des dienstag behoben sein.

0937

l o k a l :

=====

## umweltfreundliche heizungen in wien

12 wien, 5.12. (rk) das oesterreichische statistische zentralamt hat einen ueberblick ueber eine mikrozensus-erhebung veroeffentlicht, aus der hervorgeht, dass in oesterreich in den letzten zwei jahren die zahl der oelheizungen in wohnungen von 340.000 auf 550.000 angestiegen ist, waehrend gleichzeitig die zahl der kohlen-, koks- und brikettheizungen stark zurueckgegangen ist. es wird weiter festgestellt, dass der anteil von zentralheizungen in wien mit 14 prozent weit unter dem oesterreichischen durchschnitt von 31 prozent liegt.

dem steht allerdings die tatsache gegenueber, dass der anteil umweltfreundlicher gas- und stromheizungen in wien besonders hoch ist. 25 prozent der wiener heizungen werden mit gas betrieben, 5 prozent mit strom. im oesterreichischen durchschnitt sind es 6 prozent gas- und 4 prozent stromheizungen.

1131

L o k a l :

=====

## aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes

13 wien, 5.12. (rk) ein gesetzentwurf zur aenderung des wiener landwirtschaftskammergesetzes wurde dienstag von stadtrat dr. hannes k r a s s e r in der wiener landesregierung eingebracht. durch diesen entwurf soll bei den kammerwahlen der amtliche stimmzettel eingefuehrt werden. analog den nationalrats- und gemeinderatswahlordnungen wird das wahlalter auf 19 jahre herabgesetzt. ausserdem sind erleichterungen beim wahlvorgang sowie die erweiterung des kreises der wahlberechtigten vorgesehen.

1320

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 6. Dezember 1972

Blatt 3033

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Favoritenstraße: Terminplan unterschritten  
Wiener Budgetdebatte beginnt am Montag  
Jubiläum 1973 wirft Schatten voraus: 100 Jahre  
Erste Wiener Hochquellenleitung  
Stadtrat Nekula: Schlag gegen Zusammenarbeit  
zwischen Wien und Niederösterreich  
Verbesserte Wohnbauförderung in Wien
- Lokal: Weihnachts- und Silvesterfeiern in den Pensionisten-  
klubs  
Brücken und Bäume für die WIG 74  
Rathausplatz: Der Wiener Weihnachtsbaum leuchtet
- Sport: Anmeldung nächste Woche: Aktion "Rennrodel 80" be-  
ginnt
- Kulturdienst: Karl Heinrich Waggerl - 75. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

favoritenstrasse: terminplan unterschritten

2 wien, 6.12. (rk) obwohl mit den eigentlichen bauarbeiten fuer die u-bahn in der favoritenstrasse zwischen columbusplatz und gellertgasse erst heuer am 2. mai begonnen worden ist, seien bereits jetzt 65 prozent aller schlitzwaende und etwa 30 prozent aller tunneldecken in diesem 1.230 meter langen baulos fertiggestellt, erklaerte tiefbaustadtrat kurt h e l l e r mittwoch im verlauf einer pressefuehrung. der terminplan, der seinerzeit auch der favoritner bevoelkerung bekanntgegeben worden war, sei dabei unterschritten worden.

dieses zuegige bautempo habe wesentlich dazu beigetragen, dass in einigen bereichen der favoritenstrasse die fahrbahndecke bereits wieder fuer den geschaefts- und kundenverkehr zur verfuegung stehe und somit das weihnachtsgeschaeft nicht beeintraechtigt werde. mit ausdruecklicher zustimmung der geschaeftsleute und der kammer wuerden die betonierungsarbeiten fuer die tunneldecke auch jetzt fortgefuehrt, obwohl urspruenglich aus ruecksicht auf das weihnachtsgeschaeft solche arbeiten ab 15. november nicht mehr haetten vorgenommen werden sollen. die geschaeftsleute haetten jedoch den wunsch geaeussert, diese arbeiten nicht zu unterbrechen, sondern moeglichst rasch und zuegig fortzufuehren, betonte heller.

derzeit sind die abschnitt columbusplatz - raaber-bahn-gasse und gudrunstrasse - pernerstorfergasse auch strassenbaumaessig soweit fertiggestellt, dass sich der liefer- und kundenverkehr auf der obersten tragschichte entwickeln kann. die gehsteige in der aeusseren favoritenstrasse sind durchwegs wieder in ordnung gebracht und zum teil sogar verbreitert worden, was fuer das weihnachtsgeschaeft natuerlich von vorteil ist.

die rasche herstellung der tunneldecke ist unter anderem auch auf den einsatz von fertigteilen zurueckzufuehren. damit konnte nicht nur ein erheblicher teil der arbeiten in die

fabrik verlegt, sondern auch die belaestigung der anrainer spuerbar vermindert werden. die arbeitszeitverkuerzung durch den einsatz dieser fertigteile macht fuer einen 20 meter langen deckenabschnitt rund vier tage aus.

der konzeption der bauarbeiten in der aeusseren favoritenstrasse lag und liegt die absicht zugrunde, jene arbeiten moeglichst rasch voranzutreiben, durch die die anrainer belaestigt werden, und den eigentlichen tunnelbau dann folgen zu lassen. im jaenner wird daher im schutze der fertigen schlitzwaende und tunneldecken mit den aushubarbeiten des tunnels bis zu sohlentiefe begonnen.

zweiter 'maulwurf' hat 60 meter zurueckgelegt

die zweite vollmechanische schildmaschine, die von der theresianumgasse aus den tunnel fuer die u 1 zum columbusplatz herstellt, hat 60 meter der roehre fertiggestellt. dies gab stadtrat kurt heller mittwoch im verlauf der pressefuehrung in der aeusseren favoritenstrasse bekannt. bei dieser gelegenheit hoben nicht nur der stadtrat, sondern ebenso bezirksvorsteher emil fucik das verstaendnis der favoritner geschaeftsleute fuer den u-bahn-bau hervor. wenn der derzeitige baufortschritt anhalte, koenne zudem damit gerechnet werden, dass ende des kommenden jahres im gesamten abschnitt zwischen columbusplatz und gellertgasse auch in den stationsbereichen mit ausnahme kleiner transportoeffnungen saemtliche decken des u-bahn-tunnels fertiggestellt sein wuerden, erklaerte heller. es werde daher moeglich sein, schon 1973 in einigen bereichen der favoritenstrasse mit der ausgestaltung der kuenftigen fussgaengerzone zu beginnen. freilich muesse dabei beruecksichtigt werden, dass in der favoritenstrasse 1974 die umstellung von stadtgas auf erdgas vorgenommen werde. diese umstellung bedinge kurzfristig nur oertliche bauarbeiten.

k o m m u n a l :

=====

## wiener budgetdebatte beginnt am montag

3 wien, 6.12. (rk) die beratungen ueber den voranschlag der bundeshauptstadt wien 1973 beginnen im wiener rathaus am montag, dem 11. dezember. der wirtschaftsplan der wiener stadtwerke fuer das kommende jahr wird mittwoch, den 20. dezember, auf der tagesordnung stehen. am dienstag, dem 19. dezember, ist auch eine sitzung des wiener landtages vorgesehen.

## der fahrplan

die budgetdebatte beginnt montag, den 11. dezember, um 10 uhr, mit dem referat von finanzstadtrat otto schweda. an allen anderen tagen wird die sitzung jeweils um 9 uhr wieder aufgenommen. der terminplan sieht die beratung der gruppen 1 (personal) und 3 (kultur) dienstag, den 12. dezember vor. mittwoch, den 13. dezember, folgen die gruppen 4 (wohlfahrt) und 5 (gesundheit), donnerstag, 14. dezember, die gruppen 6 (planung) und 7 (hochbau), freitag, 15. dezember, die gruppen 8 (tiefbau) und 9 (baubehoerdliches), montag, 18. dezember, die gruppen 10 (liegenschaftswesen) und 11 (wohnungswesen). dienstag, 19. dezember, wird mit der sitzung des wiener landtages begonnen, im anschluss daran werden die gruppen 12 (wirtschaft) und 13 (rechtsangelegenheiten) beraten und wird die abstimmung ueber das budget 1973 vorgenommen. fuer mittwoch, den 20. dezember, sind die debatte ueber den wirtschaftsplan und im anschluss daran eine normale geschaeftssitzung vorgesehen.

## 49 einsichtnahmen ins budget

nur 49 wienerinnen und wiener haben von der moeglichkeit gebrauch gemacht, in das wiener budget einsicht zu nehmen. dabei wurden 48 erinnerungen zum budget eingebracht, die vor allem verkehrsprobleme betreffen. ueber die erinnerungen wird in der budgetdebatte berichtet werden, sie werden dann den zustaeendigen ausschuessen zur behandlung zugewiesen werden.

in der rathaus-information in der schmidthalle kann der gedruckte voranschlag um 10 schilling gekauft werden.

k o m m u n a l :

=====

jubilaeum 1973 wirft schatten voraus:

100 jahre erste wiener hochquellenleitung

6 wien, 6.12. (rk) im kommenden jahr wird mit einer reihe von veranstaltungen, mit einer ausstellung, mit fuehrungen und mit der einrichtung eines sonderpostamtes die niederoesterreichische ortschaft kaiserbrunn, gemeinde reichenau, durch die feier des hundertjaehrigen jubilaeums der ersten wiener hochquellenleitung in den mittelpunkt des oeffentlichen interesses gerueckt. es war am 23. und 24. oktober 1873, als die vom wiener gemeinderat im jahr 1864 beschlossene, nach kaiser franz josef benannte hochquellenleitung im rahmen zweitaegiger feiern und unter in-betriebnahme des hochstrahlbrunnens auf dem wiener schwarzenbergplatz eroeffnet wurde.

aus diesem grund soll die umgebung des kaiserbrunnens, einer der quellen der ersten hochquellenleitung, auf ''hochglanz'' gebracht werden. fuer die renovierung des dienstgebaeudes der wasserwerke und des gasthofes gegenueber der quelle - hier wird das sonderpostamt eingerichtet - bewilligte der tiefbauausschuss des gemeinderates am mittwoch 1,3 millionen schilling.

1023

s p o r t :

=====

anmeldung naechste woche:

aktion ''rennrodel 80'' beginnt

7 wien, 6.12. (rk) olympische talente kann man nicht frueh genug entdecken: deshalb gibt es im jaenner eine aktion ''rennrodel 80'', bei der wiener kinder zwischen 10 und 14 jahren die grundschule des rennrodelsports erlernen koennen. vielleicht sind darunter bereits olympioniken des jahres 1980 - so hofft zumindest das kulturamt der stadt wien, das diese aktion gemeinsam mit dem wiener rodelverband veranstaltet.

vier sonntage zu beginn des naechsten jahres sind fuer die aktion vorgesehen. mit autobussen fahren die kinder auf schneesichere naturrodelbahnen (reichenau-rax, prein oder schauereck). trainer des rodelverbandes stehen zur verfuegung, die rennrodeln stellt ebenfalls der verband bei, und weltmeister josef f e i s t m a n t l hat sich zur mitarbeit bereiterklaert. talentierte kinder werden nach dem kurs vom rodelverband unter die fittiche genommen.

an der aktion wirken die sportstelle der stadt wien, das landesjugendreferat wien und der wiener jugendkreis mit. in der sportstelle erfolgt auch die anmeldung, und zwar diensttag naechster woche. fuer den kurs ist bei der anmeldung ein kostenbeitrag von 160 schilling zu erlegen.

genaue daten der anmeldung:

zeit: diensttag, 12. dezember, 9 bis 11 und 13 bis 16 uhr.

ort: sportstelle der stadt wien, 8, friedrich schmidt-platz 4.

L o k a l :

=====

## \* weihnachts- und silvesterfeiern in den pensionistenklubs

4 wien, 6.12. (rk) wie bereits in den vergangenen jahren werden von der gemeinde wien in einigen bezirken am 24. und 31. dezember pensionistenklubs fuer einsame menschen offengehalten. der besuch der klublokalitaeten ist allen einsamen personen, auch wenn sie nicht klubbesucher sind, frei zugaenglich. der sinn dieser aktion liegt darin, alleinstehenden wienerinnen und wienern gerade an jenen tagen, an denen sie sich vielleicht besonders verlassen fuehlen, gelegenheit zu bieten, dieser einsamkeit zu entfliehen. infolge des grossen zuspruchs in den letzten jahren wird jenen interessenten, die keine pensionistenklubbesucher sind, nahegelegt, sich fuer die veranstaltungen am 24. und 31. dezember bei den zustaendigen sozialreferaten vormerken zu lassen. die anmeldungen dafuer werden bis 15. dezember entgegengenommen.

am heiligen abend werden folgende pensionistenklubs geoeffnet sein: 8, bennoplatz 1a (16 bis 20 uhr), 10, puchsbauplatz 13 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (16 bis 20 uhr), 13, wolkersbergenstrasse 170 (16 bis 19 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15 (eingang: haslingergasse 29, 15 bis 19 uhr), 18, weimarer strasse 8 - 10 (15 bis 18 uhr), 21, jedleseerstrasse 66 (15 bis 20 uhr), 22, erzherzog karl-strasse 65/20 (eingang: gumpowiczstrasse, 15 bis 20 uhr).

zu silvester sind folgende pensionistenklubs geoeffnet:

10, troststrasse 17 (16 bis 20 uhr), 11 enkplatz 2 (16 bis 20 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15 (eingang: haslingergasse 29, 15 bis 19 uhr).

L o k a l :

=====

bruecken und baeume fuer die wig 74

5 wien, 6.12. (rk) nadelgehoeelze, wie schwarzfoehren, weissfoehren und latschen, laubbaeume und rosenpflanzen im wert von 6 millionen schilling sollen- wie der tiefbauausschuss des gemeinderats mittwoch beschloss - fuer die herbstauspflanzung auf dem gelaende der wig 74 am laaer berg vom stadtgartenamt angeschafft werden. rund 4.000 laubbaeume, 3.000 nadelbaeume, 15.000 straeucher und 45.000 rosen verschiedenster groessen und sorten werden in der naechsten zeit auf dem wig-gelaende gepflanzt.

gleichzeitig stellte der tiefbauausschuss fuer die errichtung von zwei fussgaengerbruecken, der hauptwegbruecke und der restauratorbruecke, auf dem wig-gelaende 8 millionen schilling bereit.

1019

k o m m u n a l :

=====

stadtrat nekula: schlag gegen zusammenarbeit  
zwischen wien und niederoesterreich

8 wien, 6.12. (rk) den beschluss der niederoesterreichischen landesregierung, wegen der versorgung von niederoesterreichischem gebiet durch die wiener e-werke den verfassungsgerichtshof anzurufen, bezeichnete stadtrat franz nekula gegenueber der 'rathaus-korrespondenz' als einen 'schlag gegen die zusammenarbeit zwischen wien und niederoesterreich'.

es ist unverstaendlich, erklaerte stadtrat nekula weiter, dass eine bereits vom verwaltungsgerichtshof eindeutig entschiedene frage nochmals aufgerollt wird. im niederoesterreichischen gebiet, das von den wiener e-werken versorgt wird, haben diese eine pionierarbeit geleistet, die elektrifizierung begonnen und systematisch aufgebaut. waehrend man um eine europaweite koordination der energiewirtschaft bemueht ist, will man nun hier ein versorgungssystem, das in mehr als sechzig jahren organisch gewachsen ist, zerreiessen.

die versorgung dieses gebietes durch die wiener e-werke war auch nach 1945 und auch nach dem beschluss ueber das zweite verstaatlichungsgesetz im jahre 1947 unbestritten. in einem vertrag mit den wiener e-werken hat dies die newag im jahre 1952 ausdruecklich anerkannt. trotzdem wandte sich die niederoesterreichische landesregierung dann in dieser frage an den verwaltungsgerichtshof, der sich jedoch vollinhaltlich dem standpunkt der wiener stadtwerke - e-werke anschloss. es ist sonderbar, dass nun - laut apa-aussendung - die niederoesterreichische landesregierung zwar einen nebensatz aus dem erkenntnis des verwaltungsgerichtshofes zitiert, auf die gegenargumentation jedoch nicht eingeht.

noch unverstaendlicher wird die anrufung des verfassungsgerichtshofes durch die allgemeine situation der stromversorgung in niederoesterreich. erst vor kurzem hat sich die newag nicht

interessiert gezeigt, die versorgung von zwei niederoesterreichischen gebieten zu uebernehmen und dies den wiener e-werken ueberlassen. es ist ueberdies bekannt, dass die kunden der wiener e-werke in mancher hinsicht billiger versorgt werden als die kunden der newag. so betraegt der grundpreis fuer zwei tarifraeume bei den wiener e-werken 2 schilling, hingegen bei der newag 13 schilling. die weiterversorgung der niederoesterreichischen kunden durch die wiener e-werke liegt also im interesse der bevoelkerung.

abschliessend betonte stadtrat nekula, dass die stadt wien alles getan hat, um mit niederoesterreich gut zusammenzuarbeiten. eine solche zusammenarbeit ist auch im interesse der bevoelkerung beider laender dringend notwendig. es ist bedauerlich, dass diese zusammenarbeit durch solche unverstaendliche beschluesse ernsthaft gefaehrdet wird.

k o m m u n a l :

=====

## verbesserte wohnbaufoerderung in wien

9 wien, 6.12. (rk) der wohnbaufoerderungsbeirat des landes wien nahm mittwoch vormittag drei verordnungsentwuerfe zustimmend zur kenntnis, die fuer alle besitzer und mieter von wohnungen, die mit oeffentlichen mitteln gefoerdert werden, grundlegende verbesserungen bringen wird. unter anderem muessen kuenftig wohnbauvorhaben, die aus mitteln des wohnbaufoerderungsgesetzes 1968 gefoerdert werden, oeffentlich ausgeschrieben werden. wie stadtrat reinhold s u t t n e r der ''rathaus-korrespondenz'' dazu mitteilt, erhofft sich die stadtverwaltung durch die ausschreibungspflicht eine staerkere konkurrenzierung der baufirmen und damit eine konsumentenfreundlichere kalkulation der preise. auch das anheben der hoechstkosten je quadratmeter nuetzflaeche fuer oeffentlich gefoerderte wohnungen soll zu einer preisstabilisierung bei wohnungen fuehren.

in der praxis hat sich im letzten jahr gezeigt, dass kaum eine baugenossenschaft mit den vom gesetzgeber festgelegten hoechstkosten auskommen konnte. in den meisten faellen war es so, dass der wohnungswerber die differenz bezahlen musste. die hoechstgrenze lag bisher bei kleinen bauvorhaben bei 4.700 schilling, bei mittleren bauvorhaben bei 4.470 schilling und bei grossbauvorhaben bei 4.350 schilling. diese hoechstgrenzen wurden nun auf 5.300 schilling, 5.100 schilling und 5.000 schilling erhoert. in dem neu festgelegten betrag sind jedoch auch die kosten fuer garagen und abstellplaetze inbegriffen.

einem wunsch von buergermeister felix s l a v i k entsprechend, wurde in den richtlinien auch die verpflichtung aufgenommen, als mindesterfordernisse fuer die normale ausstattung von wohnhausbauten spielflaechen fuer kinder vorzusehen. diese kinderspielflaechen muessen kuenftig in einem der

groesse des bauvorhabens entsprechenden ausmass errichtet werden, soferne dies nach den verhaeltnissen des gebietes und der art der baufoehrung moeglich ist.

eine weitere wichtige voraussetzung betrifft die verbesserung der bestimmungen fuer die gewaehrung von darlehen fuer die wohnungswerber. bisher gab es starre richtsaetze fuer die gewaehrung von darlehen. als hoechstgrenze war bisher ein nettojahreseinkommen von 70.000 schilling fuer eine person festgelegt. fuer jedes familienmitglied kamen 14.000 schilling dazu.

kunftig wird grundsaeztlich von einem gewissen einkommen an ein eigenmittelanteil verlangt. dieser eigenmittelanteil steht in relation zum einkommen und betraegt das zehnfache des ebenfalls neu festgelegten zumutbaren monatlichen wohnungsaufwandes.

dazu einige konkrete beispiele: eine aus drei personen bestehende familie hatte bisher bei einem angenommenen eigenmittelanteil von 35.000 schilling 7.000 schilling selbst zahlen muessen und 28.000 schilling als darlehen erhalten. nach der neuen regelung muss diese familie nur mehr 1.650 schilling zahlen und bekommt ein darlehen in der hoehe von 33.350 schilling.

auch die rueckzahlungsmodalitaeten werden nach den neuen bestimmungen entscheidend verbessert. bisher mussten in zwei halbjahresraten insgesamt 10 prozent des zinsenlosen darlehens zurueckbezahlt werden, nach der neuen verordnung, die der bundesregelung angepasst ist, sind es nur mehr zweimal jaehrlich 2,5 prozent - also insgesamt 5 prozent. konkret: jene vorhin erwaehte familie musste bisher jaehrlich 2.800 schilling zurueckzahlen, nun sind es nur mehr 1.667 schilling.

nach ansicht von stadtrat suttner wuerden diese neuen initiativen des landes wien wesentlich zur entlastung des haushaltsbudgets vieler wiener beitragen und mithelfen, den lebenskostenindex stabil zu halten.

ein dritter verordnungsentwurf regelt die wohnbeihilfe neu. auch diese neue berechnungsgrundlage wird nach stadtrat suttner grundlegende verbesserungen bringen. die aufwandsbelastung fuer

die wohnung wurde entscheidend gesenkt. einer einzelperson wurden bisher bei einem nettoeinkommen von 2.000schilling 10 prozent wohnungskosten zugemutet. nach der neuregelung sind es 5 prozent. bei einer familie von drei personen und einem einkommen von 3.000 schilling betrug der zumutbare wohnungsaufwand bisher 13 prozent, in zukunft ebenfalls 5 prozent. eine dreikoeepfige familie mit einem nettoeinkommen von 5.000 schilling musste bisher 20 prozent des einkommens als wohnungsaufwandbelastung gelten lassen, nun sind es nur 11 prozent.

alle drei verordnungsentwuerfe sollen in der naechsten sitzung der wiener landesregierung in der kommenden woche am dienstag beschlossen werden. die verordnungen werden am 1. jaenner 1973 wirksam und kommen allen gefoerderten wohnungen beziehungsweise deren mietern oder Eigentuemern zugute.

damit sich jeder ueber die auswirkungen der neuen berechnungsgrundlagen informieren kann, wird das wohnungsamt tabellen anfertigen lassen, die der oeffentlichkeit zugaenglich gemacht werden sollen.

l o k a l :

=====

rathausplatz:

der wiener weihnachtsbaum leuchtet

10 wien, 6.12. (rk) wien hat seinen bundeslaender-weihnachtsgruss 1972: auf dem rathausplatz illuminierte mittwoch nachmittag landeshauptmann theodor k e r y die 100 jaehrige burgenlaendische fichte, die in den naechsten wochen weihnachtsstimmung in der grosstadt verbreiten wird.

in seiner ansprache erklaerte kery, die freundschaft zwischen dem burgenland und wien sei so alt wie der baum: schon zu zeiten der monarchie, als das heutige burgenland noch zu ungarland gehoerte, haetten viele menschen aus dieser gegend arbeit, brot und eine zweite heimat in wien gefunden. die fichte sei das leuchtende symbol 'fuer das, was immer war und immer sein wird': die freundschaft zwischen wien und dem burgenland.

buergenmeister felix s l a v i k dankte dem burgenland fuer den weihnachtsbaum und bezeichnete diesen brauch als 'eines der wertvollsten zeichen der verbundtheit zwischen den oesterreichischen bundeslaendern und der bundeshauptstadt'. das burgenland sei ja nicht nur jetzt zu weihnachten bei den wienern praesent, sondern besonders im sommer wegen der geringen entfernung das beliebte erholungsziel der grosstaedter. wien freue sich auch darauf, im rahmen eines symphoniekonzertes in eisenstadt seinen dank fuer den baum abstellen zu koennen.

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 7. Dezember 1972

Blatt 3047

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Verdienstzeichen für steirische Kommunalpolitiker

Lokal: Ab 15. Dezember: Schienenstraßenparkverbot wieder ganztags

Neue Einbahnen in Mariahilf

Univ.-Prof. Dr. Hans Hoff zum Gedenken

Mariahilfer Straße: Am Samstag wieder verkehrsarme Zone

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Teil der Linzer Straße gesperrt

Kaffeebrand

Neue Fremdenverkehrsattraktion: "Frühling in Wien"

Wirtschaft: Robert Ritschel zum 70. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

wiener verdienstzeichen fuer steirische kommunalpolitiker

4 wien, 7.12.(rk) im rahmen einer traditionellen barbarafeier ueberreichte kuerzlich tiefbaustadtrat kurt h e l l e r im auftrag von landeshauptmann felix s l a v i k vier um die anliegen der zweiten wiener hochquellenleitung verdienten steirischen gemeindepolitikern auszeichnungen. im einzelnen erhielt buergermeister rudolf f u e r n w e g e r von wildalpen das goldene verdienstzeichen des landes wien, der sekretaer der gemeinde wildalpen, johann a u e r , das silberne verdienstzeichen, ferner der buergermeister von gusswerk, josef w a x e n - e g g e r , das goldene verdienstzeichen und der sekretaer der gemeinde gusswerk, franz h i n t e r e c k e r , das silberne verdienstzeichen.

1000

geehrte kommunalredaktion !

1 wien, 7.12. (rk) waehrend der b u d g e t d e b a t t e steht den berichterstatlern als journalistenzimmer das zimmer im anschluss an die journalistengalerie des wiener gemeinderates zur verfuegung. fuer telefon, schreibmaschine und lautsprecheruebertragung aus dem sitzungssaal in das journalistenzimmer ist gesorgt. sollten sie noch wuensche und fragen in diesem zusammenhang haben, stehen wir ihnen gerne zur verfuegung. die rednerliste hoffen wir am samstag in den ''rk-mitteilungen, programme'' veroeffentlichen zu koennen. wir bitten ausserdem die kollegen zu beachten, dass die berichte der ''rk'' ueber die budgetberatungen des wiener gemeinderates kuerzer als bisher gehalten sein werden.

0925

L o k a l :

=====

ab 15. dezember:

schienenstrassenparkverbot wieder ganztags

2 wien, 7.12. (rk) ab freitag, 15. dezember, tritt - wie alljaehrlich - in wien wieder das ganztägige schienenstrassenparkverbot in kraft (das vom 1. april bis 14. dezember nur von 5 bis 20 uhr gilt). der zweck dieser massnahme: die stadtreinigung soll dadurch die moeglichkeit haben, in allen strassen mit tramwaygeleisen im interesse aller verkehrsteilnehmer die schneeraeumung optimal durchfuehren zu koennen.

0934

neue einbahnen in mariahilf

3 wien, 7.12. (rk) ab freitag, 8. dezember, treten folgende neue einbahnen zur lokalen verbesserung der verkehrssituation in mariahilf in kraft:

- o die mollardgasse von der grabnergasse zur esterhazygasse,
- o die esterhazygasse von der mollardgasse zur magdalenenstrasse,
- o die mollardgasse von der grabnergasse zur brueckengasse,
- o die reinprechtsdorfer strasse von der schoenbrunner strasse zur linken wienzeile und
- o die anilingasse von der linken wienzeile zur mollardgasse.

0944

l o k a l :

=====

univ.-prof. dr. hans hoff zum gedenken

5 wien, 7.12. (rk) auf den 11. dezember faellt der 75. geburts-  
tag des am 23. august 1969 verstorbenen neurologen univ.-prof.  
dr. hans h o f f .

hans hoff wurde in wien geboren, wo er auch das gymnasium besuchte.  
mit 18 jahren rueckte er zum militaerdienst ein und studierte  
erst nach ende des ersten weltkrieges medizin. bereits 1922  
wurde er zum dr. med. promoviert und war viele jahre assistent  
an der psychiatrisch-neurologischen klinik von wagner-jauregg.  
1932 habilitierte er sich als privatdozent fuer neurologie und  
wurde vier jahre spaeter an die wiener poliklinik als vorstand  
der neurologischen abteilung berufen. hoff hat es verstanden,  
innerhalb weniger jahre ein modernes system der behandlung  
seelischer und geistiger krankheiten aufzubauen und sich einen  
kreis von begeisterten schuelern zu schaffen. 1938 emigrierte er  
und erhielt eine berufung an das royal college for medicine in  
bagdad. 1942 ging hoff nach amerika, wo er an der columbia-  
universitaet in new york assistent-professor wurde. waehrend des  
zweiten weltkriegs war er als militaerarzt in verschiedenen  
laendern asiens taetig und machte grosse reisen nach iran  
und afghanistan im auftrage der amerikanischen regierung.

im jahre 1949 kehrte hoff endgueltig nach wien zurueck und  
erhielt ein jahr spaeter als nachfolger kauders den lehrstuhl  
und wurde leiter der universitaetsklinik fuer psychiatrie und  
neurologie. hoff hat sich in diesen jahren einen bedeutenden namen  
gemacht. man kann mit recht sagen, dass prof. hoff der fortsetzer  
der grossen wiener neurologischen schule war.

er erhielt 1958 den wuerdigungspreis der stadt wien fuer  
naturwissenschaften, 1968 wurde ihm der preis aus der dr. karl  
renner-stiftung verliehen.

am 23. august 1969, nicht ganz 72jaehrig, verschied univ.-prof.  
dr. hans hoff in seiner heimatstadt.

L o k a l :

=====

mariahilfer strasse: am samstag wieder verkehrsarme zone

6 wien, 7.12. (rk) am samstag dieser woche wird die innere mariahilfer strasse zum zweiten mal vor weihnachten zwischen 10 und 18.30 uhr in eine verkehrsarme zone umgewandelt, in der die fussgaenger gleichsam vorrang haben. mit ausnahme der zufahrt zwischen getreidemarkt und karl schweighofer-gasse und in der gegenrichtung von der theobaldgasse bis zum getreidemarkt sowie in zwei verkehrsschleifen zwischen otto bauer-gasse und amerlingstrasse beziehungsweise zwischen andreasgasse und zieglergasse sind die autos aus der mariahilfer strasse absolut verbannt. die strassenbahn wird so wie am vergangenen samstag auch diesmal die frequenz auf den linien 52 und 58 verstaerken. selbstverstaendlich bleibt im wesentlichen auch der querverkehr in der mariahilfer strasse fuer autos und die staedtischen autobusse aufrecht.

polizei und magistrat richten an die besucher der mariahilfer strasse den appell, bei ihrem bummel die gleiszone freizuhalten, damit der strassenbahnverkehr klaglos abgewickelt werden kann. ebenso muessen die lichtsignalanlagen, die ja im interesse des querverkehrs in betrieB bleiben, unbedingt beachtet werden.

1015

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

arbeiten in der unterfahung suedtiroler platz

7 wien, 7.12. (rk) morgen, freitag, sowie am sonntag werden reperaturarbeiten an einer rampe der unterfahung des suedtiroler platzes vorgenommen. diese pflasterungsarbeiten haben zur folge, dass zwischen 7 und 17 uhr in der unterfahung nur je eine fahrspur fuer jede richtung zur verfuegung stehen wird. bei schlechtwetter wuerden die arbeiten allerdings auf eine spaeteren termin verschoben werden.

am montag kommender woche beginnen die oebb mit gleisarbeiten im bereich der sogenannten seyringer bahnkreuzung im 21. bezirk. die seyringer strasse muss deshalb im kreuzungsbereich mit der bahn eine woche lang fuer den verkehr gesperrt werden. eine umleitung ist nur relativ grossraeumig entweder durch die wagramer strasse nach suessenbrunn oder auf der route gerasdorfer strasse - bruenner strasse moeglich.

am montag kommender woche beginnen kanalbauarbeiten in der brunnerstrasse zwischen reklewskigasse und carlbergergasse, die zur folge haben, dass der verkehr in richtung stadtauswaerts umgeleitet werden muss. die route: reklewskigasse - autofabrikstrasse - carlbergergasse.

in der kommenden woche wird zudem die kreuzung zwischen favoritenstrasse und donaulaendebahn wieder fuer den verkehr freigegeben werden koennen. dies wird voraussichtlich am freitag der fall sein. diese kreuzung ist bekanntlich wegen des einbaues einer neuen schrankenanlage einige wochen lang gesperrt gewesen.

L o k a l :

=====

teil der Linzer strasse gesperrt

9 wien, 7.12. (rk) ab montag kommender woche muss fuer voraus-  
sichtlich drei monate die Linzer strasse zwischen zehetnergasse und  
hochsatzengasse fuer den durchzugsverkehr in beiden richtungen -  
ausgenommen die strassenbahn - gesperrt werden, und zwar deshalb,  
weil die wasserwerke dringend notwendige rohrverlegungsarbeiten  
vornehmen. die umleitung fuer beide richtungen erfolgt durch  
die huetteldorfer strasse.

1155

kaffeebrand

8 wien, 7.12. (rk) in einem lebensmittelgeschaeft im haus  
hietzinger hauptstrasse 69 gerieten infolge ueberhitzung in der  
kaffeeroestmaschine rueckstaende in brand. der geschaefts-  
fuehrer karl b e n e d i k t konnte den brand selbst loeschen,  
erlitt dabei aber verbrennungen im gesicht. ein lehrling musste  
mit einer leichten rauchgasvergiftung von der rettung ins  
krankenhaus gebracht werden. die feuerwehr raeumte die roest-  
maschine aus und lueftete das stark verqualmte lokal mit einem  
ventilator.

1110

L o k a l :

=====

neue fremdenverkehrsattraktion: ''fruehling in wien''

11 wien, 7.12. (rk) jene jahreszeit, von der es im lied heisst, dass im prater wieder die baeume bluehen, soll durch den fremdenverkehrsverband fuer wien touristisch belebt und mit glanzlichtern versehen werden: was vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r vor einiger zeit im wiener gemeinderat ankuendigte, liegt nun als fertiges programm vor - die aktion ''fruehling in wien''. zwischen dem 23. und 31. maerz 1973 wird von den lipizzanern bis zu den saengerknaben ein attraktives programm in der oesterreichischen bundeshauptstadt abrollen, fuer das beim ersten mal besonders in deutschland, der schweiz und den u.s.a. geworben werden soll.

das programm beginnt mit einer eroeffnungs-soiree im wiener rathaus, wo buengermeister felix s l a v i k die kuenstler wiens mit den gaesten der stadt zu einem empfang bittet. es folgt ein galakonzert im theater an der wien, eine jause bei den saengerknaben im augarten-palais und eine operettenwoche in der volksoper.

an drei abenden wird die spanische reitschule an einer produktion in der stadthalle mitwirken. dazu gehoeren auch die deutschmeister, eine historische wagen-revue und eine darbietung ''minnesang am hofe zu wien''. glanzvoller abschluss ist schliesslich der ''fruehlingsball in der hofburg''.

w i r t s c h a f t :

=====

robert ritschel zum 70. geburtstag

12 wien 7.12 (rk) am 9. dezember vollendet der fruehere gouverneur des postsparkassenamtes robert r i t s c h e l das 70. lebensjahr.

er wurde 1902 in storozynetz geboren. er besuchte das humanistische gymnasium und studierte an der wiener universitaet jus, wo er auch das juristische doktorat erwarb. im jahre 1926 trat er in den dienst der niederoesterreichischen landesregierung, wo er zehn jahre bei verschiedenen bezirkshauptmannschaften taetig war. 1936 trat er in den bundesdienst und zwar in das bundesministerium fuer finanzen ein, war von 1945 bis 1958 im praesidium des finanzministeriums und von 1948 bis 1958 leitender beamter in der abteilung des praesidiums des finanzministeriums. seit 1958 war er gouverneur des oesterreichischen postsparkassenamtes. 1967 trat er in den ruhestand.

1549

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 9. Dezember 1972

Blatt 3057

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Weihnachtsaktion für bedürftige Kinder

Lokal: Besserer Wasserdruck für Ober-St. Veit

Kulturdienst: Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien vergeben

Prof. Dr. Adalbert Fuchs - 85. Geburtstag

Dr. Robert Stern - neuer Theater- und Filmreferent

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

## weihnachtsaktion fuer beduerftige kinder

1 wien, 9.12. (rk) so wie jedes jahr werden auch heuer wieder 240 beduerftige wiener kinder von der staedtischen erholungsfuersorge zu weihnachten betreut. die auswahl der kinder erfolgte durch fuersorgerinnen der wiener bezirksjugendaemter, die der zentrale des jugendamtas auch die wuensche der kinder uebermittelten. fuer die anschaffung der weihnachtsgeschenke steht pro kind ein betrag von 200 schilling zur verfuegung.

die kinder stammen zumeist aus sehr kinderreichen familien, in denen soziale notstaende bestehen. je 120 kinder werden ihre weihnachtsferien in den kindererholungsheimen tribuswinkel (vom 15. dezember 1972 bis 9. jaenner 1973) und lehenhof (vom 18. dezember 1972 bis 8. jaenner 1973) verbringen.

kommenden mittwoch, den 13., und donnerstag, den 14. dezember, werden die weihnachtsgeschenke fuer die kinder in den raeumen des jugendamtas 1, schottenring 24, 4. stock, zimmer 401, ausgestellt und koennen von 8 bis 16 uhr besichtigt werden.

+++

l o k a l :

=====

besserer wasserdruck fuer ober-st. veit

2 wien, 9.12. (rk) die neuverlegung und auswechslung von wasserrohrstraengen in groesserem ausmass soll in zukunft den wasserdruck in ober-st. veit wesentlich verbessern. ausgehend von der zweiten hauptleitung in der st. veit-gasse werden neue rohrstraenge bis zu einem durchmesser von 500 millimeter und in einer laenge von rund zwei kiloemter verlegt. kostenpunkt: 10 millionen schilling.

gleichzeitig werden in der auhofstrasse und in der hietzinger hauptstrasse rohrleitungen in der laenge von zwei kilometer ausgewechselt, was weitere 10,5 millionen schilling erfordert. der tiefbauausschuss des gemeinderats bewilligte mittwoch die arbeiten.

+++

# Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 11. Dezember 1972

Blatt 3060

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte: Schweda: Bemühen um Stabilität  
Stadtwerke ersparen ihren Kunden 76 Millionen  
Nach Verkehrsbetrieben und E-Werken übernehmen auch die Gaswerke Mehrwertsteuerbelastungen

Lokal:

Die Rettung im November  
Fritz Chmelka - 65. Geburtstag  
Brand bei Herzmansky

Kulturdienst:

Gedächtnisausstellung für Prof. Edwin Grienauer

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

L o k a l :

=====

fritz chmelka - 65. geburtstag

1 wien, 11.12. (rk) am 15. dezember vollendet univ.-prof.  
dr. fritz c h m e l k a das 65. lebensjahr.

fritz chmelka wurde 1907 in wien geboren. nach dem besuch der  
mittelschule besuchte er die technische hochschule sowie die  
universitaet in wien und erwarb sowohl das philosophische, als  
auch das technische doktorat. in den jahren 1934 bis 1936 war  
er assistent am physikalischen institut der universitaet wien, ab  
1937 war er an der technischen hochschule taetig. 1940 wurde er  
assistent am institut fuer strukturentheorie, 1947 habilitierte  
er sich als dozent fuer angewandte mechanik. 1955 wurde er a.o.  
professor. chmelka ist foederungspreistraeger der stadt wien  
fuer wissenschaft des jahres 1954. 1969 ging professor chmelka  
an die universitaet innsbruck. chmelkas spezielles arbeitsgebiet  
ist angewandte mechanik. er hat auf diesem gebiet zahlreiche  
arbeiten veroeffentlicht. so vor allem war er mitarbeiter bei dem  
standardwerk ''einfuehrung in die statik'', das er gemeinsam mit  
ernst melan 1942 das erstemal veroeffentlichte und das 1961  
bereits sieben auflagen hatte.

0928

l o k a l :

=====

## die rettung im november

2 wien, 11.12. (rk) waehrend die unfaelle bei haeuslichen arbeiten in letzter zeit erfreulicherweise stark zurueckgegangen sind, hatte sich der rettungsdienst im november mit einer groesseren anzahl von ''alkoholleichen'' zu beschaefftigen: 235 alkoholisierte mussten abtransportiert und zur ausnuechterung gebracht werden.

die zahl der verkehrsunfaelle, bei denen die rettung intervenieren musste, belief sich auf 565. obwohl nur kurze zeit schnee lag, gab es drei durch schneeglätte verursachte unfaelle.

die transporte des krankenbefoerungsdienstes sind seit oktober neuerlich um 300 gestiegen und beliefen sich auf 6.356 fahrten, wobei 81.798 kilometer zurueckgelegt wurden. dabei handelte es sich um 5.621 interne faelle, 423 infektionen und 312 geistesranke. in der letzten novemberwoche war wetterbedingt ein deutliches ansteigen von herzinfarkten und kreislaeferkrankungen festzustellen.

0937

k o m m u n a l :

=====

stadtwerke ersparen ihren kunden 76 millionen nach verkehrsbetrieben und e-werken uebernehmen auch die gaswerke mehrwertsteuerbelastungen

3 wien, 11.12. (rk) ebenso wie die e-werke und die verkehrsbetriebe werden auch die gaswerke mehrwertsteuerbelastungen uebernehmen und damit ihre kunden entlasten. dies beschloss der gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen auf antrag von stadtrat franz n e k u l a am montag.

fuer die haushalte, die mit gas kochen und warmwasser bereiten, tragen die gaswerke die mehrwertsteuer bis 30. april zur gaenze. fuer jene haushalte, die mit gas auch heizen, wird die mehrwertsteuer fuer 30 prozent der bis 30. april verbrauchten gasmenge uebernommen. die belastung fuer die gaswerke, die sich daraus ergeben wird, betraegt schaezungsweise 8,5 millionen schilling.

die e-werke uebernehmen bis 30. april die mehrwertsteuer fuer den haushaltsgrundtarif h 70. das bedeutet fuer sie eine belastung mit 12,5 millionen schilling. die verkehrsbetriebe tragen vorlaeufig die gesamte mehrwertsteuer. im kommenden jahr bedeutet dies einen verzicht auf 55 millionen schilling.

insgesamt geben also die wiener stadtwerke mehrwertsteuerbelastungen von 76 millionen schilling nicht an ihre kunden weiter, sondern tragen sie selbst.

ebenso einstimmig beschloss der ausschuss, bei der bestattung die vorgesehene umsatzsteuerentlastung vorzunehmen und dann die mehrwertsteuer zu verrechnen.

Rathaus-Budgetdebatte:

Schweda: Bemühen um Stabilität  
=====

Wien, 11.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat Montag der Wiener Gemeinderat zu seinen Budgetberatungen zusammen. Von der DFP waren 13 Anfragen und 12 Anträge, von der ÖVP 29 Anträge eingebracht worden, die der Bürgermeister der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zuwies.

**Slavik gedachte** des bedeutsamen Wiener Kommunalpolitikers Robert Danneberg - er war in Auschwitz vergast worden - dessen 30. Todestag sich dieser Tage jährte.

Stadtrat Otto Schweda legte sodann den Haushaltsvoranschlag für 1973 vor. Wie er mehrfach betonte, sei das Budget im Bemühen um die Preisstabilität erstellt worden. Der Voranschlag sei zudem in einer Zeit grundlegender Entscheidungen auf Bundesebene gefallen: Die EWG-Verträge, die große Einkommensteuerreform und die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem und der neue Finanzausgleich führte Schweda ausdrücklich an.

Der Finanzstadtrat beschäftigte sich ausführlich mit der Wiener Wirtschaft und erinnerte daran, daß die Stadtverwaltung seit Jahren bemüht sei, der Wirtschaft bei den Strukturanpassungen zu helfen. So durch die Aufschließung von Betriebsbaugebieten, die in vier Etappen vorgenommen wurde und wird und wofür der Gemeinderat insgesamt 720 Millionen Schilling genehmigt habe. Bisher seien von der WIBAG 65 Firmen auf einer Fläche von 880.000 Quadratmetern angesiedelt worden. Schweda nannte zudem die Fülle der Kreditmaßnahmen zugunsten der Wirtschaft und hob drei Aktionen hervor: die Förderung der Industrieansiedlung, die bislang 53 Firmen in Anspruch genommen hätten und wofür ein Kreditvolumen von 560 Millionen Schilling aufgelaufen sei, die Förderung für Großhandelsbetriebe, die in einem Jahr von acht Unternehmen mit einem Kreditvolumen von 86 Millionen Schilling genützt worden war und schließlich die Kreditaktion für Hotelneubauten, aus der bisher 86 Millionen Schilling angesprochen worden seien. Schweda hob besonders das gute Verhältnis zwischen Wirtschaft und Stadtverwaltung hervor. Dazu gehöre auch, daß man im Rathaus kritischen Vorschlägen aus der Wirtschaft zu den Verwaltungsabläufen positiv gegenüberstehe.

Die Einkommensteuerreform, die mit Einbussen für den Bund von 5,3 Milliarden Schilling verbunden sei, werde Wien jährlich etwa 600 Millionen Schilling kosten. Heuer würden es jedoch "nur" 300 Millionen Schilling sein, ging Schweda auf die einzelnen Schwerpunkte ein. Zur Mehrwertsteuer: Die Belastung sei noch nicht voll abzuschätzen, doch rechne das Finanzministerium für 1973 mit einem Ausfall von 11,5 Milliarden, was für Wien ein Manko von rund 850 Millionen bedeuten würde. Zudem bringe die Mehrwertsteuer praktisch in allen Bereichen der Stadtverwaltung Umstellungen und daraus resultierende Mehraufwendungen mit sich.

Zum Finanzausgleich: Es habe immer, wie ja schon das Wort Ausgleich sage, Gebende und Empfänger gegeben, wobei Wien immer bei den Gebenden gewesen sei. So seien 1967 in Wien 6,4 Milliarden an gemeinschaftlichen Abgaben aufgebracht worden, von denen 4,2 Milliarden Schilling über den Finanzausgleich zurückgeflossen seien. Im Jahr 1971 seien 9,8 Milliarden aufgebracht worden und 6,3 Milliarden Schilling zurückgeflossen. Die Differenz von fast 3,6 Milliarden Schilling sei größer als etwa das Jahresbudget von Tirol.

Bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich habe eine gute Atmosphäre geherrscht, wobei sich neuerlich die Länderfront - nicht die des Dr. Kohlmaier - bewährt habe.

Das österreichische Bruttonationalprodukt, fuhr der Finanzreferent fort, dürfte mit fünf Prozent zum drittenmal das größte reale Wachstum aller europäischen OECD-Staaten signalisieren. Die wirtschaftliche Situation in Österreich sei dadurch gekennzeichnet, daß es 65.000 offene Stellen, aber nur 36.000 Arbeitssuchende gäbe. Außerdem seien 208.000 Gastarbeiter tätig. Die beste Entwicklung zeige die Bauwirtschaft, die mit Aufträgen für neun Monate eingedeckt sei. Diese günstige Konjunkturlage stehe freilich im Schatten des beschleunigten Preisauftriebes, und es sei kein Trost, daß anderswo der Preisauftrieb noch rascher erfolge. Die Stabilität, betonte Schweda, dürfe jedoch unter keinen Umständen auf Kosten der Vollbeschäftigung gehen. Die Maßnahmen des Bundes müßten von allen anderen Gebietskörperschaften unterstützt werden.

Schweda richtete in diesem Zusammenhang einen Appell an die Bevölkerung, den Spargedanken nicht zu vernachlässigen. Er könne es nur als fehlgesteuerte politische Haltung verstehen, wenn die Opposition im Parlament den Spargedanken in Zweifel ziehe. Die Bevölkerung dürfe nicht in eine Konsumhysterie hineingetrieben werden.

Die Maßnahmen der Wiener Stadtverwaltung zur Stabilität sehen unter anderem vor, daß bei einigen Tarifen die Mehrwertsteuer nicht auf die Konsumenten überwältzt werde. Zudem erweise sich die Kredit- und Rücklagepolitik Wiens der Vergangenheit gerade jetzt als überaus vorteilhaft. Die reinen Investitionsmittel, die von 1971 auf 1972 noch um 1,1 Milliarden gestiegen wären, würden diesmal bloß um 626 Millionen steigen und damit in stabilitätsgerichtetem Rahmen bleiben. Die größte Steigerung entfalle auf die Großprojekte der Stadt: Der U-Bahn-Bau erhalte mit 1,4 Milliarden um 320 Millionen mehr als im Vorjahr, der Hochwasserschutz sei um 205 Millionen, **der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses** um 78 Millionen und der Ausbau von Pflichtschulen um 40 Millionen Schilling besser dotiert.

Diese Großbauvorhaben müßten zügig vorangetrieben werden, während man bei der Vergabe neuer Aufträge sehr vorsichtig sein und nicht hinnehmen werde, wenn aus dem Titel der Mehrwertsteuer die Preise einfach erhöht würden. Die Baupreissituation jedenfalls sei gleichsam die Kernfrage der wirtschaftlichen Gegenwart und unvertretbare Preise hätten eben Auftragskürzungen zur Folge.

Ein Schwerpunkt dieses Budgets sei es einmal mehr, die Lebensqualität in Wien zu heben, fuhr Schweda fort. Der Massenverkehr habe Vorrang, was nicht nur beim Budget für den U-Bahn-Bau, sondern auch durch die Übernahme der Pensionslasten der Verkehrsbetriebe in Höhe von 732 Millionen Schilling sichtbar werde. Auch die kulturellen Anliegen stünden im Vordergrund, wobei Schweda vor allem die Revitalisierung der Altstadt nannte, gleichzeitig aber das Fehlen eines geeigneten Instrumentes, nämlich des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes beklagte.

Man müsse endlich dem privaten Profit den richtigen Stellenwert bei der Bewältigung der großen Aufgaben geben. Umwelt, Freizeit und Erholung seien weitere markante Punkte der Wiener Kommunalpolitik. Schweda nannte als Beispiele die WIG 74, das Kurzentrum Ober-Laa, den weiteren Ausbau der Bäder und Sportstätten. Auch der Umweltschutz sei ein Budgetschwerpunkt, dem **1,1 Milliarden** Schilling zugerechnet werden müßten. Hochwasserschutz, WIG, Hauptkläranlage, dritte Wasserleitung, Ausbau des Fernwärmenetzes und schließlich direkte Untersuchungen für den Umweltschutz zählten dazu.

Entsprechend der Wiener Altersstruktur sei natürlich auch die Sorge für die alten Menschen ein besonderes Wiener Anliegen, die sich unter anderem in der Fortführung des Baues und der Planung von Spitalsbauten, Altersheimen und Pensionistenheimen manifestiere.

Zum Abschluß seiner Budgetrede legte Stadtrat Schweda dem Gemeinderat den Antrag vor, wodurch er ermächtigt werden soll, entsprechend der jeweiligen Konjunkturlage 15 Prozent der Ermessenskredite zu sperren. Die entsprechenden Detailverhandlungen mit den zuständigen Stadträten würde er in nächster Zeit führen. Auch den Gebührenspiegel legte Schweda vor, wobei er daran erinnerte, daß im ersten Halbjahr 1973 aus Gründen der Stabilität generell keine Regulierungen vorgenommen würden.

Generaldebatte und Finanzdebatte

Trotz offener Darlegung aller Differenzen und zahlreichen Zwischenrufen verlief der erste Tag der Budgetdebatte im Wiener Rathaus in betonter Sachlichkeit. Das entsprach auch einem Appell, den Bürgermeister Felix Slavik vor Beginn der Debatte an alle Gemeinderäte gerichtet hatte: Durch Toleranz ein Bild wirklicher Demokratie zu geben.

Die Sprecher der beiden kleinen Oppositionsparteien begründeten, warum ihre Fraktionen das vorliegende Budget ablehnen. GR. Dr. Tuma (DFP) führte das Fehlen eines erkennbaren Grundplanes und eines Finanzierungskonzeptes für die Großprojekte, eine zu geringe Dotierung von Kultur und Stadterneuerung, den Rückgang des Wohnungsbaus und mangelnde Leistungen für den Umweltschutz an. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß Einnahmen und Ausgaben von Jahr zu Jahr um rund 15 Prozent steigen. Mit einer Rekordsumme von acht Milliarden Schilling für Bauaufträge und Stadtwerke-Investitionen von zwei Milliarden könne kein Beitrag zur Stabilität erzielt werden. Dabei seien die Einnahmen zu niedrig geschätzt. Im Budget fehle allerdings nicht Geld, sondern eine Rangordnung. Es sei zu wenig für Denkmalschutz und Umweltverbesserung vorgesehen. Auch die Altersheime seien unterdotiert.

GR. Dr. Habl (ÖVP) beschäftigte sich einleitend mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und warf der SPÖ-Regierung vor, sie habe die Entwicklung nicht unter Kontrolle gebracht. Die Mehrheit im Wiener Gemeinderat beschuldigte er, sie habe Fehlinvestitionen durchgeführt, etwa bei der Filmförderung, beim Fernheizwerk Spittelau und beim Umbau des Matzleinsdorfer Platzes. (Zwischenruf Dr. Wolfram, FPÖ: Sie haben ja allem zugestimmt. Dr. Goller, ÖVP: Das stimmt nicht.) Dr. Habl kritisierte wie seine Vorredner, daß zuwenig für den Umweltschutz getan werde, was das Unbehagen der Wiener hervorrufe. Zur Baubremse wiederholte er den Vorschlag, den Bau der Donauinsel zurückzustellen. Man solle die Stimme der ÖVP zur Gestaltung Wiens mehr beachten. Manchmal habe man den Eindruck, daß ein Vorschlag nur deshalb zurückgestellt werde, weil er von der ÖVP kommt. Es habe doch auch in der Vergangenheit viel mehr Übereinstimmung zwischen den beiden großen Parteien gegeben als Differenzen. In diesem Sinne werde die ÖVP dem Budget zustimmen.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) erklärte, daß trotz bewußter Zurückhaltung jene Aktivitäten durchgeführt würden, welche die Sozialisten der Wiener Bevölkerung zugesagt haben. Der Wohnungsbau zähle nach wie vor zu den vordringlichsten Aufgaben. Dabei sei erfreulich, daß nicht nur die Qualität der neuen Wohnungen verbessert, sondern auch ihre Durchschnittsgröße seit 1969 von 65 auf 75 Quadratmeter erhöht worden sei. Nun sei es notwendig, der Bedrohung durch den Bodenwucher und dem Profitstreben einzelner entschieden entgegenzutreten. Der Politik der ÖVP in dieser Frage warf GR. Hlawka ebenso "Zwiespältigkeit" vor wie der Taktik, einerseits eine Senkung der Ausgaben, andererseits mehr Leistungen zu verlangen. Den Finanzausgleich bezeichnete die Rednerin als ausgesprochen gemeindefreundlich. Natürlich seien Forderungen offengeblieben, aber die Regierung habe viel Verständnis für Länder und Gemeinden gezeigt und deshalb habe der Finanzausgleich schließlich die Zustimmung aller Körperschaften gefunden.

Die Sozialpolitik sei das Herzstück sozialistischer Kommunalarbeit. Sie müsse auch die Gastarbeiter einbeziehen, die uns bei der Weiterentwicklung unserer Wirtschaft helfen. Man müsse Vorurteile abbauen und vor allem das Problem der Unterbringung lösen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) bezeichnete das Hochwasserschutzprojekt als ein "Prestigeprojekt" (Zwischenruf Stadtrat Heller, SPÖ: Hochwasserschutz ist also eine Prestigesache! - Dr. Wöber: Es gibt ein billigeres Projekt. - Heller: Wir haben schon oft nachgewiesen, daß dieses Projekt nicht ausgeführt werden kann.) Dr. Wöber kritisierte die Rücklagenpolitik der Stadt. Geld liege mit Verlusten brach, während man gleichzeitig Schulden mache.

Stadtrat Schweda wies im Schlußwort den Vorwurf eines ungenügenden Beitrages zur Stabilisierungspolitik zurück. Wiens Investitionen steigen nur halb so stark wie im Vorjahr, die Verzichte bei Gebühren und Tarifen seien ein schweres Opfer. Auch die Vorwürfe, es geschehe zu wenig für den Umweltschutz, seien unberechtigt. Die 4,6 Millionen, die unter diesem Titel im Budget stehen, sind nur für Untersuchungen bestimmt - und das ist gar nicht wenig. Für Maßnahmen des Umweltschutzes seien mindestens 1,1 Milliarden vorgesehen, und das müsse eine andere Verwaltung erst nachmachen. Der ÖVP empfahl Stadtrat Schweda,

sich von Stadtbaudirektor Dr. Koller darüber informieren zu lassen, warum das billigere Alternativprojekt des Bundes technisch undurchführbar sei.

Alle Redner befaßten sich mit der Frage, ob die Budgetdebatte in dieser Form zweckmäßig und die Verfassung der Stadt Wien reformbedürftig sei. GR. Maria Hlawka (SPÖ) kündigte an, daß im kommenden Jahr dem Landtag eine Änderung der Stadtverfassung vorliegen werde, an der vom Magistrat bereits intensiv gearbeitet werde. Ein Antrag von GR. Joachim Müller (DFP) zu diesem Punkt wurde von den drei anderen Parteien abgelehnt.

Abstimmung: Die Budgetansätze der Gruppe II, Finanzwesen, wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die Erinnerungen zum Budget wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

L o k a l :

=====

## brand bei herzmansky

7 wien, 11.12. (rk) im papierkeller eines seitentrakts des kaufhauses herzmansky brach montag kurz nach 13 uhr ein brand aus. die feuerwehr gab alarmstufe 2 und rueckte mit zwei bereitschaftszuegen aus. um das feuer in dem etwa dreissig quadratmeter grossen kellerraum zu loeschen, war nur ein strahlrohr erforderlich, die starke verqualmung machte jedoch den einsatz schwerer atemschutzgeraete erforderlich. um 14.20 uhr war das feuer geloescht, die vorweihnachtlich starke einkaufstaetigkeit wurde nicht behindert.

1452

553

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 12. Dezember 1972

Blatt 3072

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte: Krankenschwestern von den Philippinen  
Kulturbudget 1973: Schutzzonen, Naturschutz, Schulen und Sport  
In zehn Jahren fast 100.000 Wohnungen mehr
- Lokal: Seuchenteppiche in St. Marx
- Sport: Wiener Landessportbeirat nominiert

Während der Budgetdebatte:

Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:Krankenschwestern von den Philippinen

=====

Wien, 12.12. (RK) Die Stadtverwaltung bemüht sich zur Zeit, neben einer größeren Zahl jugoslawischer Krankenschwestern auch Schwestern von den Philippinen anzuwerben. Dies kündigte Vizebürgermeister Hans B o c k als Berichterstatter der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, in seinem Referat an. Die Stadtverwaltung hoffe ferner, daß durch das in Aussicht gestellte neue Krankenpflegegesetz, das die Attraktivität dieses Berufes erhöhe, im kommenden Jahr noch mehr Bewerberinnen als bisher für die städtischen Krankenpflegeschulen zu gewinnen sein werden.

Vizebürgermeister Bock kündigte weiter die Ausschreibung aller Diensposten in der Stadtverwaltung an. Eine Vereinbarung darüber sei vor kurzem mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zustandegekommen. Die in der Vereinbarung festgesetzte Vorgangsweise werde der Objektivität bei der Besetzung von Diensposten noch näher als bisher kommen. Sicher werde es problematische Situationen geben, die das neue System in Frage stellen. Es sei jedoch gewiß, daß die Ausschreibung der Diensposten dem demokratischen Prinzip näher stehen als die bisherige Form der Dienspostenbesetzung.

Bei den Stadtwerken werde es im Jahre 1973 16.933 aktive Bedienstete geben. Gegenüber 1972 ist dies eine Verminderung um 348 Diensposten. Die Personalkosten werden 2.060,5 Millionen Schilling betragen. In der Hoheitsverwaltung sind für das kommende Jahr 38.553 Diensposten vorgesehen, das sind um 483 Bedienstete mehr als 1972. Die Personalkosten in diesem Bereich werden voraussichtlich 7.080,1 Millionen betragen. Die Stadt Wien wird daher insgesamt im Jahre 1973 55.486 Personen beschäftigen. Das sind um 135 mehr als 1972. Der finanzielle Gesamtaufwand für das Personal werde für 1973 daher 9.140,6 Millionen betragen.

Die Personalsituation bei der Stadt Wien sei in diesem Jahr sehr prekär gewesen. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte allerdings schon im nächsten Jahr eintreten, meinte Vizebürgermeister Bock.

Zur Beschäftigung von ausländischen Gastarbeitern: Allein bei der Stadtverwaltung arbeiten derzeit rund 2.800 ausländische Arbeitnehmer.

Zur Entlohnung der Gemeindebediensteten: Von September 1968 bis Dezember 1972 hätten sich die Bezüge wesentlich erhöht. Die Lebenshaltungskosten seien in diesem Zeitraum um 21,1 Prozent gestiegen, die Gehälter und Löhne der Bediensteten um durchschnittlich 45 Prozent.

Zur Ausbildung und Fortbildung der Beamten: Bock stellte eine Generalreform in Aussicht. Mit der Modernisierung werde bereits 1973 begonnen werden.

Im Zusammenhang mit einer eventuell möglichen geänderten Form der Budgetdebatte im Gemeinderat vertrat Vizebürgermeister Bock die Ansicht, dass eine Änderung des Gesetzes nicht sehr zielführend sei. Die Budgetdebatte könne seiner Meinung auch ohne gesetzliche Änderung so gestaltet werden wie sie den Vorstellungen der Kritiker und Reformer entspricht. Man müsse sich in der Spezialdebatte nicht unbedingt in allzu viele Einzelheiten verlieren. Man könne auch hier beim Grundsätzlichen bleiben und in den Debattenbeiträgen trotzdem auf den Bericht des Berichterstatters eingehen. Nicht die Zahl der Anträge und die Fülle der Themen seien das Entscheidende, sondern die geistige Auseinandersetzung, die Konfrontation der Meinungen zu grundsätzlichen Fragen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Schutzzone, Naturschutz, Schulen und Sport

=====

Kulturbudget 1973

Wien, 12.12. (RK) Altstadterhaltung, Naturschutz und die Kritik an Wien waren die Hauptthemen der Rede, mit der Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner Dienstag das Budget der Verwaltungsgruppe III dem Wiener Gemeinderat zur Zustimmung empfahl. Im kommenden Jahr sei die Festlegung von Schutzzone in den Bereichen Innere Stadt, Spittelberg, Heumarkt, Khleslplatz, Grinzing, Stammersdorf und Ulrichsplatz vorgesehen. Diese Lösung finde bereits jetzt im In- und Ausland reges Interesse.

Die Gemeinde bemühe sich um die Erhaltung, Erweiterung und Sicherung des Wald- und Wiesengürtels. Andererseits gefährdeten manche Wiener das natürliche Erholungsgebiet durch Beschädigung und Verschmutzung. Sie habe daher, erklärte Frau Fröhlich-Sandner, Weisung gegeben, "eine Novellierung des Naturschutzgesetzes vorzunehmen, um eine massive Erhöhung der Strafsätze sicherzustellen". Der im Naturschutzgesetz vorgesehene Naturschutzbeirat werde 1973 seine Arbeit aufnehmen.

Die Rednerin widmete sich sehr eingehend der Kritik an Wien: Sie bekenne sich zur Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kritik, nicht aber zu jener Spielart, die nur "die bessere Schlagzeile" suche. Wenn beispielsweise von Wien als dem "Griechenland Europas" gesprochen werde, dann liege doch die Kehrseite der Behauptung in der ständig steigenden Lebenserwartung der Bürger dieser Stadt. Und wenn die Behauptung auftauche, Wien sei von völliger kultureller Stagnation bedroht und lasse den Künstlern nur die Alternative "Selbstmord oder Emigration", so sei zu vermerken, daß in den Finanzbüchern des Magistrats viele Künstler verzeichnet seien, die es seither zu Ansehen und Ruhm gebracht hätten.

Insgesamt solle "unser Bemühen dazu beitragen, daß ein Selbstverständnis über die kulturelle Funktion unserer Stadt in Gegenwart und Zukunft zum integrierenden Bestandteil des Bewußtseins jedes Wiener und Österreicher wird". Schon Perikles habe im Jahre 430 vor Christus festgestellt, wer an den Dingen seiner Stadt keinen Anteil nehme, sei kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.

Zur Schulpolitik erklärte Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, daß dafür im kommenden Jahr fast 2 Milliarden Schilling zur Verfügung stünden. Als Bilanz der letzten zehn Jahre sei die stolze Zahl von 45 Schulneubauten mit 747 neuen Schulklassen festzuhalten.

Zur Erwachsenenbildung stellte die Rednerin fest, daß eine Reform der Wiener Volkshochschulen notwendig sein werde, und zwar nicht vom Inhalt her, sondern auf organisatorischem Gebiet. An Volkshochschulen und Häusern der Begegnung stünden derzeit 21 Häuser zur Verfügung, 6 weitere seien im Bau: Für das kommende Jahr sei mit der Fertigstellung des Hauses der Begegnung Donaustadt zu rechnen, mit dem Rohbau in der Großfeldsiedlung und in Hietzing.

Die Vorhaben der Erwachsenenbildung seien ebenso auf die steigende Freizeit abgestimmt, wie die Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports: 133,5 Millionen stünden für sportliche Aufgaben im kommenden Jahr zur Verfügung, zusammen mit dem Bau des Stadthallenbades und anderer Bäder sogar 256 Millionen. Dies trage dazu bei, daß sich Wien immer mehr zu einem international beliebten Sportzentrum entwickle.

Insgesamt gelte für die Kulturarbeit die Maxime, kulturelle Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen, das vertraute Landschafts- und Stadtbild zu bewahren und dafür zu sorgen, daß die Leistungen der Gegenwart auch in der Zukunft Bestand hätten. Wenn eine Stadt die freie schöpferische Entfaltung ihres Bürgers in den Mittelpunkt kommunaler Bemühungen stelle, dann nähere sie sich am ehesten jenem Ziel, das man mit dem Satz umschreiben könne: "Jeder soll die Chance haben, glücklich zu sein."

...  
Abschließend würdigte Frau Fröhlich-Sandner die Steigerungsraten in der Dotierung ihres Ressorts: insgesamt seien die Aufwendungen für die Verwaltungsgruppe III gegenüber dem Vorjahr um 40 % gestiegen, für rein kulturelle Vorhaben um 35 %.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

l o k a l :

=====

## seuchenteppiche in st. marx

6 wien, 12.12. (rk) montag nachmittag verfuegte veterinaer-  
amtsdirektor dr. hermann s w o b o d a die auflegung von  
seuchenteppichen an den toren der schlachthoefe und an allen  
einfahrten des fleischzentrums st. marx. auf diese weise soll  
verhindert werden, dass die maul- und klauenseuche weder durch  
tiere, noch durch autos oder durch menschen in st. marx einge-  
schleppt werden kann. (es handelt sich dabei um zweiprozentige  
natronlauge, die auf saegespaene gespritzt wird.)

im uebrigen gelten in st. marx staendig - auch wenn kein  
suechenalarm besteht - gewisse sondermassnahmen. dazu gehoeren  
unter anderem regelmaessige stallkontrollen. das veterinaeramt  
steht bei allen massnahmen gegen die maul- und klauenseuche in  
dauerndem einvernehmen mit dem bundesministerium fuer gesundheit  
und umweltschutz.

1253

k o m m u n a l :

=====

in zehn jahren fast 100.000 wohnungen mehr

3 wien, 12.12. (rk) am tag der volkszaehlung, dem 12. mai 1971, gab es in wien 773.400 wohnungen. das sind um 97.600 oder 14,4 prozent mehr als zehn jahre vorher. diese angaben sind im soeben veroeffentlichten heft 3/1972 der ''mitteilungen aus statistik und verwaltung der stadt wien'' enthalten.

in diesen zehn jahren wurden in wien 121.400 wohnungen fertiggestellt. gleichzeitig wurde bei der baupolizei der abgang von 18.000 wohnungen registriert. zur nettozunahme von 97.600 wohnungen bleibt noch eine differenz von 5.800 wohnungen. sie sind vermutlich in buero- oder lagerraeume umgewandelt oder mit einer anderen wohnung zusammengelegt worden.

nur in den bezirken 1, 6, 7 und 15 ist die zahl der wohnungen kleiner geworden, in allen anderen bezirken ist sie gestiegen. die staerkste zuwachsrates gab es im 23. bezirk mit mehr als 61 prozent, gefolgt vom 22. bezirk mit 58 prozent. zuwachsraten von mehr als 30 prozent gab es im 21. und 11. bezirk, von mehr als 25 prozent im 10 und 13. bezirk.

der bevoelkerungsmaessig groesste wiener bezirk, favoriten, hat naturgemaess auch die meisten wohnungen, naemlich 71.800 (gegenueber 55.300 vor zehn jahren). in ottakring gibt es 54.100 wohnungen, auf der landstrasse 50.100, in der leopoldstadt 47.500. die wenigsten wohnungen haben die innere stadt mit 12.600 und die josefstadt mit 14.800.

0920

s p o r t :

=====

## wiener Landessportbeirat nominiert

4 wien, 12.12. (rk) nach dem im sommer dieses jahres beschlossenen wiener Landessportgesetz wird ein Landessportbeirat gebildet, dem mitglieder des wiener gemeinderats, des stadtschulrats sowie der sportverbaende askoe, asvoe, union und der fussballverband angehoren. die wiener Landesregierung hat nunmehr in ihrer sitzung am dienstag unter dem vorsitz von Landeshauptmann felix s l a v i k folgende personen zu mitgliedern des Landessportrates nominiert:

die gemeindefraete herbert mayr, dr. rudolf mueller und professor markus bittner, als vertreter des magistrats und des stadtschulrats dr. matzke und prof. heinrich foehrmann und als vertreter der sportverbaende erwin lanc und dr. josef simecek (beide askoe), hans hanauska und walter leseck (asvoe), viktor plaschka und felix vrchoticky (union) und franz horr (fussballverband). folgende personen wurden als ersatzmitglieder nominiert: franz kraus, karl neidl, dr. heinrich uebleis, dipl.-ing. hans wimmer, dr. alfred pribil, wilhelm lindl, kurt ehrenberger, josef fritsch und anton kriegler.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Personaldebatte

=====

Wien, 12.12. (RK) Die Teilzeitbeschäftigung für Frauen stand Dienstag vormittag im Mittelpunkt der Personaldebatte. Die Redner der beiden Oppositionsparteien und der Redner der ÖVP übten daran Kritik, daß die Stadtverwaltung der Teilzeitbeschäftigung für Frauen bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe.

GR. Joachim Müller (DFP) zitierte eine von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebene IFES-Untersuchung, nach der 50 Prozent aller nicht berufstätigen Frauen gerne arbeiteten, wenn für die Kinder gesorgt wäre. Er appellierte an die Stadtverwaltung, besonders in den Spitälern mehr Betriebskindergärten vorzusehen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) vertrat die Ansicht, daß vor allem bei den Kindergärtnerinnen der Arbeitskräftemangel durch forcierte Teilzeitbeschäftigung und die Schaffung von Halbtagsgruppen in den Kindergärten gemildert werden könne. Er zitierte ebenfalls die IFES-Untersuchung, nach der 67 Prozent aller befragten Frauen gern eine Teilzeitbeschäftigung annähmen, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten. Er legte einen Antrag vor, im Bereich der Stadtverwaltung, vor allem aber in den Kindertagesheimen, mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen.

GR. Zemann (SPÖ) betonte die Wichtigkeit der Verwaltung als Fundament eines funktionierenden Gemeinschaftslebens. Die Anfangsgehälter der Gemeindebeamten beweisen, daß der Dienst bei der Stadt Wien nicht schlecht bezahlt sei.

GR. Arthold (ÖVP) vertrat die Ansicht, daß die Wiener Stadtverwaltung bisher deswegen zu wenig für die Frauen-Halbtagsbeschäftigung getan habe, weil die sozialdemokratischen Frauen dabei eine Gefahr für die Emanzipation sähen. Er habe den Eindruck, daß selbst die Ergebnisse jener Untersuchungen, die von der Stadtverwaltung selbst durchgeführt wurden, nicht berücksichtigt worden seien. Weitere Schwerpunkte seiner Kritik: erfolglose Personalwerbung, Bürolehrlingsausbildung und elektronische Datenverarbeitung. Arthold forderte Bock auf, den angeblich existierenden Entwurf eines Wiener Datenschutzgesetzes in Kürze vorzulegen.

GR. Wiesinger (SPÖ) meldete Zweifel an, ob der Debattenbeitrag seines Vorredners mit einer fairen Zusammenarbeit in Einklang zu bringen sei. Zu allen Sachfragen habe er negativ Stellung genommen. Der einzig positive Satz sei die Versicherung gewesen, daß die ÖVP den Ansätzen zustimmen würde. Die Personalpolitik dürfe kein Experimentierfeld sein. Erreichtes müsse ausgebaut werden.

In seinem Schlußwort gab Vizebürgermeister Bock die Versicherung ab, daß die Stadtverwaltung sehr wohl der Teilzeitbeschäftigung von Frauen großes Augenmerk schenke. Derzeit seien Überlegungen im Gange, das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zu vergrößern. Immerhin arbeiteten bereits heuer 2.700 Personen als Teilzeitbeschäftigte. Man müsse bei allen Überlegungen immer wieder in Rechnung stellen, daß Wien prozentuell die meisten beschäftigten Frauen aller europäischen Großstädte habe und daher das Reservoir relativ gering sei. Außerdem entspreche die Aussage verschiedener Untersuchungen nicht ganz der Realität. Gerade bei den Frauen selbst sei vielfach die Ablehnung von Kindergärten in der Nähe des Arbeitsplatzes sehr stark. Der größere Teil der Frauen habe lieber einen Kindergartenplatz in der Nähe der Wohnung.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wird einstimmig zugewiesen.

./.

Kulturdebatte

Altstadterhaltung und Naturschutz bestimmten als zentrale Problemkreise den Inhalt der meisten Debattenbeiträge. Grundsätzlich wurde eine Erhöhung der Mittel für beide Anliegen gefordert. Die FPÖ brachte sogar einen Antrag auf Verdoppelung der Naturschutzmittel von 500.000 auf eine Million Schilling ein.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisierte die niedrige Dotierung der Verwaltungsgruppe III ebenso wie den Umstand, daß noch immer keine Schutzzonen beschlossen worden seien. Außerdem forderte er den Nulltarif für Museen und Büchereien.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) wollte seine Kritik an den Ansätzen "als Stütze für die Stadträtin und ihre Beamten" verstanden wissen. Die niedrige Dotierung der Bereiche Denkmal-, Stadt- und Ortsbildpflege beschwöre die Umfunktionierung Wiens in ein "Groß-St. Pölten". Im übrigen wandte sich der Redner gegen die integrierte Gesamtschule und bezeichnete die pädagogische Ausbildung der Lehrer als unzureichend.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) spendete dem Archiv und der Stadtbibliothek großes Lob, warf aber der Subventionspolitik der öffentlichen Hand vor, sie empfinde "Scheu vor dem großen Wurf". Besonders nachdrücklich unterstützte der Redner jene Sätze aus der Rede von Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, in denen die Referentin eine Stärkung des Wien-Bewußtseins gefordert hatte.

In einer breitangelegten Grundsatzrede erklärte GR. Dr. Müller (SPÖ), Sinn jeder Kulturpolitik sei es, dem Erosionsprozeß der Humanität Einhalt zu gebieten. Die Volksbildung habe in den letzten Jahrzehnten den Schritt in die Realität getan und handle nach der Maxime, daß Wissensvermittlung allein nicht alles sei.

Ausgaben auf dem Sektor der Altstadterhaltung seien gut angelegtes geistiges Kapital und gewissermaßen "kultureller Hochwasserschutz" gegen die Flut der Trostlosigkeit, die man in den 08/15-Städten in aller Welt studieren könne.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) sprach sich wie Prof. Wolfram gegen die integrierte Gesamtschule aus. Außerdem kritisierte er das Hochwasserschutzprojekt in der Richtung, daß eine permanente Stabilisierung des Grundwasserspiegels die Selbstreinigung der Alten Donau bedrohen und das Algenwachstum unerträglich steigern würde.

Zur Altstadterhaltung erklärte Zörner, das Gießkannensystem sei nicht zielführend. Als Beispiel nannte er den Spittelberg, wo sich die Gemeinde für die Schaffung von Projektträgern einsetzen solle.

GR. Ascherl (SPÖ) würdigte die planerische Vorsorge im Schulbau, durch die trotz ständig steigender Schülerzahlen in Wien (1963: 75.000, 1972: 112.000, Prognose 1975: 117.000) der Wechselunterricht und Wanderklassen vermieden werden konnten. Darüber hinaus werde die Schule immer mehr zum kulturellen Mittelpunkt - auch außerhalb der Schulzeit. Ascherl würdigte die freiwillige Mithilfe der Wiener Lehrerschaft bei den Schulversuchen (500 Lehrer an 230 Wiener Schulen) und die Verdienste des Verlages Jugend und Volk bei der Gestaltung zeitgemäßer Schulbücher.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) kritisierte den Standort der im Bau befindlichen Landesjugendherberge in Mauer. Es sei erwiesen, daß die jungen Ausländer bei Besuchen in Wien in erster Linie "die Stadt" in ihrem historisch-urbanen Sinn suchten, also jenen Kern, der standortmäßig weit von einer Jugendherberge entfernt sei. Bittner würdigte ausdrücklich die gute Arbeit des Kulturausschusses und die Informationsbereitschaft aller Beamten der Geschäftsgruppe.

In ihrem Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, das Kulturbudget Wiens könne jeden Vergleich mit anderen Städten oder Körperschaften aushalten. Sie wehre sich nachdrücklich gegen den Vorwurf der Konzeptlosigkeit, und sie sei auch nicht für den Nulltarif in den Museen. Es sollten allerdings nur Eintrittspreise verlangt werden, die sich jeder leisten könne. Dafür solle für kulturelle Einrichtungen in Zukunft mehr Werbung betrieben werden.

Zu den Beiträgen zur integrierten Gesamtschule erwiderte die Rednerin, hier sei ganz und gar nicht an Gleichmacherei gedacht, sondern vielmehr an verstärkte Bemühungen um das Kind.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.  
Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Naturschutzmittel wurde abgelehnt.

553/7a

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Mittwoch, 13. Dezember 1972

Blatt 3086



Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte: Mehr Service für  
Gastarbeiter - mehr Kontakte für Kinder  
Gesundheitswesen: Prophylaxe und Therapie  
Wien schreibt leitende Dienstposten aus  
Fassadenwettbewerb: Preisverteilung und  
Ausstellungseröffnung

Wirtschaft: Mehrwertsteuer - Märkte und Schlachthöfe

Kulturdienst: Pensionisten aus allen Bundesländern  
stellen aus  
Weihnachtskonzert des Klassischen Wiener  
Schrammelquartetts

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Mehr Service für Gastarbeiter - mehr Kontakte für Kinder  
=====

Wien, 13.12. (RK) Künftig wird den Gastarbeitern in noch stärkerem Maß als bisher bei ihren Anpassungsschwierigkeiten geholfen werden, kündigte Stadträtin Maria Jacobi in ihrem Budgetreferat für die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, am Mittwoch im Gemeinderat an. Im kommenden Jahr werden die Beratungsstellen des Wiener Zuwandererfonds bis in die späten Abendstunden zur Verfügung stehen. Ein weiterer Service soll in kritischen Situationen den Behörden, Spitälern, Ärzten oder Firmen sofort einen Dolmetscher zur Verfügung stellen. Für jugoslawische Gastarbeiter werde eine monatliche Publikation herausgebracht und jene für türkische Arbeitnehmer ausgeweitet, um das zunehmende Informationsbedürfnis noch besser als bisher befriedigen zu können.

Den größten Ausgabenposten des Wohlfahrtsbudgets, nämlich 392 Millionen (Gesamtausgaben: 1,35 Milliarden Schilling), stellen die Kindertagesheime dar. Stadträtin Jacobi hob hervor, daß bis Ende dieses Jahres bereits 17 der im Gemeinderatswahlprogramm versprochenen zwanzig neuen Kindertagesheime zur Verfügung stehen. Die drei restlichen Kindertagesheime werden 1973 fertig. Nach den bestens bewährten, nunmehr zehn eingeschossigen in Fertigteiltechnik errichteten Kindertagesheimen werden gegenwärtig Pläne für zweigeschossige Fertigteil-Kindertagesheime erarbeitet, die besonders für den innerstädtischen Bereich von Interesse sind. Bis Ende 1972 stehen 25.099 Kindertagesheimplätze bereit: das bedeutet einen Zuwachs von 3.437 Plätzen seit 1969.

Ein Modellversuch soll in wenigen Wochen in der Großfeldsiedlung gestartet werden. Jenen fünfjährigen Kindern, die bisher nicht in ein Kindertagesheim aufgenommen werden konnten, soll im Rahmen von "Vormittagen der offenen Tür" die Möglichkeit zu Gemeinschaftserlebnissen und Kontakten mit Gleichaltrigen gegeben werden.

Pensionistenheime: 1972 wurden drei neue Pensionistenheime fertiggestellt, 1.950 Plätze stehen mit Jahresende zur Verfügung. Drei weitere Pensionistenheime sind im Bau, zwei Projekte in Planung.

Zur Problematik der Zivilblinden: deren Forderung auf Angleichung ihrer Unterstützung an jene der Kriegsblinden werde derzeit durch eine Kommission geprüft. Das Resultat soll der nächsten Sozialreferentenkonferenz im Mai oder Juni 1973 vorgelegt werden.

Als erfreulich bezeichnete Stadträtin Jacobi das steigende Interesse junger Menschen für Sozialberufe. An der Lehranstalt für gehobene Sozialberufe konnten nach langer Zeit wieder zwei erste Jahrgänge eingerichtet werden. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt 94. Mit 70 Studierenden hat sich die Hörerzahl des Instituts für Heimerziehung im Vergleich zum letzten Schuljahr verdoppelt. Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen sei allerdings der Expansion räumlich nicht mehr gewachsen. Derzeit werden 355 Schülerinnen ausgebildet. Eine wirksame Abhilfe werde erst das künftige Ausbildungszentrum für Sozialberufe in Floridsdorf - Kapazität 980 Hörer - bringen.

Im Rahmen ihrer ausführlichen Darlegung der Schwerpunkte der städtischen Sozialarbeit kündigte Stadträtin Jacobi auch das neue Sozialhilfegesetz an. Sie bezeichnete dieses Gesetz, das dem nächsten Landtag zur Begutachtung vorgelegt wird, als "einen Meilenstein in unserem Sozialkonzept ... der uns in die Lage versetzt, auf die problematische Situation des einzelnen noch besser eingehen zu können und ihm dabei zu helfen, sein Leben glücklicher und lebenswerter zu gestalten."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

K o m m u n a l :Rathaus-Budgetdebatte:Gesundheitswesen: Prophylaxe und Therapie  
=====

Wien, 13.12. (RK) Mit Genugtuung stellte Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück am Mittwoch an die Spitze seines Referates über das Kapitel Gesundheitswesen die Feststellung, daß nahezu alle Punkte des vom Gesundheitsministerium ausgearbeiteten Gesundheitsplanes bei der Gemeinde Wien bereits seit Jahren realisiert sind. Die Arbeit des Wiener Gesundheitsamtes hat somit nicht nur verdiente Anerkennung gefunden, sie war beispielgebend für einen gesamtösterreichischen Gesundheitsplan.

Der Stadtrat sprach die Hoffnung aus, daß es durch die Impfkampagne 1973 gelingen werde, Epidemien zu verhindern. Bedauerlich sei jedoch die Impfmüdigkeit der Wiener, besonders hinsichtlich der Kinderlähmung.

Hingegen hat sich das Grippe-Informationssystem zusammen mit den Grippe-Schutzimpfungen sehr bewährt, und dasselbe gilt für die rund 11.000 Gesundenuntersuchungen des Jahres 1972.

Das Referat für Psychohygiene erfaßt im Augenblick 37.000 Patienten, darunter bereits 200 Drogensüchtige. Zur Beurteilung der Drogenabhängigkeit wurde dort ein eigenes Untersuchungssystem ausgearbeitet.

Bei den Schulkindern ist die Behandlungsbedürftigkeit der Zähne auf 23,7 Prozent der Schüler - ein neuer Rekordtiefstand - gesunken. Andererseits sind ungefähr fünf Prozent der Pflichtschüler als übergewichtig behandlungsbedürftig.

Ein besonderer Schwerpunkt der Gesundheitsfürsorge stellt das Bemühen um gesunde Kinder dar. Der Gesundheitspaß und ein neu ausgearbeiteter Schwangerenpaß werden international als mustergültig bezeichnet. Alle Neugeborenen werden auf Stoffwechselstörungen untersucht. Die Rötelimpfung im Wochenbett

und die Impfung rhesus-negativer Mütter hat großen Erfolg bei dem Bestreben, gehirngeschädigten Nachwuchs zu vermeiden. Im Rahmen des "Risiko-Kinderprogramms" wird 1973 ein entwicklungsdiagnostisches Zentrum an der Universitäts-Kinderklinik eingerichtet. Dort werden Kinder, denen eine Geburtsschädigung drohen könnte, erfaßt und kontrolliert werden. Eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit waren und sind ständige Fortbildungskurse. Die Eröffnung von zwei neuen Mutterberatungsstellen steht unmittelbar bevor.

Der Krankenhausbau schreitet zügig fort: Allein 175 Millionen sind 1973 für das Allgemeine Krankenhaus reserviert. (Dort ist nächstes Jahr mit der Fertigstellung der Gebäudegruppe Kinderklinik-Kinderpsychiatrie zu rechnen.) Die Rudolfsstiftung ist mit 60 Millionen Schilling bedacht.

Das Gesundheitszentrum Wien-Ost wird im kommenden Jahr begonnen werden. Seit Oktober beschäftigt sich ein Architekten-team mit der Planung dieser Anstalt, die eine Kombination aus Akutkrankenhaus (700 Betten), Pflegeheim (400 Betten) und Chronischkrankenhaus (100 Betten) werden soll.

Wie Drogensucht und Kinder-Übergewichtigkeit ist auch der Herzinfarkt ein Attribut der jüngsten Entwicklung: Glück wies auf die derzeit bestehenden fünf Intensivstationen hin und kündigte für 1973 weitere vier an (Wilhelminen-Spital, Elisabeth-Spital, Krankenhaus Lainz, Poliklinik). Auch die Anschaffung von sieben neuen Ambulanzfahrzeugen ist bereits gesichert.

499 Millionen (+ 48 Millionen gegenüber 1972) stehen für die Altersheime zur Verfügung. Sie werden unter anderem in Lainz, Baumgarten und Hietzing verwendet. Glück sprach die Hoffnung aus, daß sich die von der Altersheimkommission in der letzten Sitzung beschlossene neue Hausordnung als zeitgemäß und modern erweisen werde.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

wien schreibt leitende dienstposten aus  
der inhalt des uebereinkommens

3 wien, 13.12. (rk) ab 1. jaenner 1973 wird die stadt wien freiwerdende leitende dienstposten ausschreiben. dies teile personalstadtrat vizebuergemeister hans b o c k in seinem budgetreferat mit. das uebereinkommen, abgeschlossen zwischen der stadt wien und der gewerkschaft der gemeindebediensteten, sieht vor, dass alle freiwerdenden dienstposten von leitern einer magistratsabteilung oder eines magistratischen bezirksamtes sowie die dienstposten eines obersensatsrates (entspricht beim bund dem sektionschef) ferner die dienstposten leitenden bediensteter der magistratsdirektion und der generaldirektion der stadtwerke sowie einzelner geschaeftsgruppen und der kraftwerke der stadtwerke auszuschreiben sind. bei der ausschreibung sollen in erster linie bedienstete der stadt wien zum zug kommen, doch sind ausnahmen moeglich. die ausschreibung wird im amtsblatt der stadt wien beziehungsweise im amtsblatt zur wiener zeitung veroeffentlicht.

zur beurteilung der eingelangten bewerbungsgesuche wird eine kommission unter dem vorsitz des magistratsdirektors gebildet. dieser kommission gehoeren der zustaeudige stadtrat, ein vertreter der magistratsdirektion beziehungsweise der generaldirektion sowie der vorsitzende der landesgruppe wien der gewerkschaft der gemeindebediensteten und zwei weitere gewerkschaftsvertreter an.

die kommission erstellt einen nominierungsvorschlag mit den drei bestqualifizierten bewerbern in alphabetischer reihenfolge, und zwar durch stimmenmehrheit. bei stimmengleichheit entscheidet der magistratsdirektor. auf grund dieses dreivorschlages kann dann der buergemeister beziehungsweise in seiner vertretung der personalstadtrat eine entscheidung treffen.

w i r t s c h a f t :

=====

mehrwertsteuer - maerkte und schlachthoefe

4 wien, 13.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer rechts-angelegenheiten hat mittwoch die markt- und schlachthofentgelte an die mehrwertsteuer angepasst. es wurde also die entlastung von der kumulativen umsatzsteuer durchgefuehrt und die mehrwertsteuer errechnet. da fuer die benuetzer der maerkte und schlachthoefe die moeglichkeit des vorsteuerabzuges besteht, koennen sich daraus keine preissteigerungen ergeben.

0927

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

### Wohlfahrtsdebatte

Zentralé Themen der Wohlfahrtsdebatte am Mittwoch vormittag waren die Betreuung der Kinder und der alten Menschen. Die Redner der Oppositionsparteien meinten, daß dafür noch immer zu wenig Mittel eingesetzt werden.

GR. Wölger (DFP) erklärte, seine Partei könne den Ansätzen nicht zustimmen. Er bemängelte im einzelnen die "nicht sozialen" Gebühren der Kindergärten.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) bedauerte den schwindenden Anteil des Wohlfahrtsbudgets am Gesamtbudget (1970 noch 6,3 Prozent, 1973 mit 5,5 Prozent der bisherige Tiefstand).

Die sozialen Beratungsstellen seien nicht mehr attraktiv genug, um eine wirkliche Hilfe bieten zu können. Es sollte zum Beispiel eine Familienberatung mit Ärzten und Sozialarbeitern angeschlossen werden. Generell sei das Fürsorgesystem "veraltet". So etwa sollte die Zahl der Hausbesuche auf das notwendige Maß eingeschränkt werden, das Tagebuch sollte für die Fürsorgerinnen abgeschafft werden, diese sollten die Möglichkeit haben, auch den eigenen Wagen für ihre Arbeit zu benützen. Wesentlich sei auch die Hebung des Sozialstatus der Fürsorgerinnen, wozu auch eine qualifiziertere Ausbildung beitragen könnte. Der Redner forderte auch, daß das Jugendamt die Alimente an uneheliche Mütter auszahlen und diese dann vom Vater eintreiben solle. Auskunft forderte er schließlich über einen seiner Meinung nach in der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen ausgeübten politischen Druck und über die weitere Verwendung des Odescalchi-Vermögens.

GR. Traindl (ÖVP) entkräftete den Vorwurf Wolframs über den immer geringeren Anteil der Wohlfahrtsausgaben am Gesamtbudget damit, daß effektiv - zum Beispiel bei der Jugendwohlfahrt - wesentlich mehr ausgegeben werde. Da in Wien jedoch nur 48 Prozent der Kinder einen Kindergartenplatz finden, müßten im Interesse einer frühzeitigen Integration in die Gemeinschaft noch wesentlich mehr Kindergärten gebaut werden. In diesem Zusammenhang urgierte Traindl einen von der ÖVP eingebrachten Antrag auf Errichtung eines Kindergartenbaufonds.

Zur Gestaltung einer kinder- und jugendfreundlichen Umwelt sollten wissenschaftliche Grundlagen für die Bauwirtschaft und Raumplanung geschaffen werden. In einem gemeindeeigenen Institut sollten alle Forschungsarbeiten über Jugendproblematik zentral greifbar sein.

GR. Erika Schmid (SPÖ) stellte fest, daß sich mit dem neuen Sozialhilfegesetz bereits ein Umdenken im Fürsorgewesen ankündige. Wiens Sozialbudget sei im übrigen nach einem Finanzbericht des Internationalen Gemeindeverbandes wesentlich höher als bei vergleichbaren deutschen Städten und stehe mit Schweden auf gleicher Stufe. Die Rednerin würdigte ausführlich die Leistungen der Stadtverwaltung bei der Altenbetreuung und nannte vor allem die Einrichtung der 131 Pensionistenklubs eine "große soziale Tat". Zu ihren vordringlichen Aufgaben zähle die Stadtverwaltung auch die Errichtung der Pensionistenheime.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) widmete sich ebenfalls dem Thema Altenbetreuung. Ihrer Meinung nach könnte die personelle Situation in der Sozialarbeit wesentlich durch eine Änderung der Ruhensbestimmungen verbessert werden. Die Rednerin kritisierte die geplante Zusammenlegung von Sozialreferaten und regte eine Aktion "Frische Wäsche ins Haus", ähnlich der Aktion "Essen auf Rädern", an.

GR. Hanke (SPÖ) stellte in einer breitangelegten Grundsatzzrede unter anderem fest, daß Wien eine wesentlich höhere Zuwachsrate an Kindertagesheimplätzen habe, als andere Bundesländer und daß es auch über die meisten Kindergärtnerinnen mit pädagogischer Ausbildung verfüge. Das Ziel, jedem Kind wenigstens ein Jahr lang den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen, werde weiter energisch verfolgt. Auch den Gastarbeiterkindern werde in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Empfehlung der Heimkommission, kleinere Gruppen in den Heimen einzurichten, werde bereits realisiert. Die vom ÖVP-Sprecher geforderten Untersuchungen werden zum Teil bereits von der Gruppe Planung durchgeführt.

In ihrem Schlußwort sagte Stadträtin Jacobi zu den Sozialberatungsstellen, das System derzeit neu überdacht werde. Im übrigen erwarte man von neuen Sozialhilfegesetz entsprechende Reformimpulse.

Fürsorgerinnen: Sie könnten sehr wohl den eigenen Wagen benützen. Die Führung des Tagesbuchs sei keine Schikane, sondern eine Erinnerungshilfe.

Alimente: In tausenden Fällen nehme das Jugendamt bereits die Eintreibung vor.

Politischer Druck: Kein Lehrer der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen übe politischen Druck aus. Außerdem könne die SPÖ-Mitgliedschaft erst ab 18 Jahren erworben werden, also ab einem Alter, zu dem die Schülerinnen meist schon absolviert haben.

ÖVP-Antrag Kindergartenbaufonds: Da die Verwendung der durch die Gratisschulbuchaktion ersparten Gelder für den Bau von Kindergärten gefordert werde., sei die Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen nicht dafür zuständig.

Forschungsaufträge: Derzeit werde am Institut für Stadtforschung eine Untersuchung "Das Kind in der Großstadt" durchgeführt, eine weitere Untersuchung über Problemfamilien werde vom Institut für Heimerziehung bis Frühjahr 1973 fertiggestellt.

Mit Entschiedenheit stellte die Stadträtin fest, daß der Altenplan für Wien nicht notwendig sei, weil hier die Forderungen bereits realisiert werden. Bedauerlich fand die Stadträtin, daß die Pensionistenausweise bisher nur auf der Straßenbahn Verwendung finden und bei Kino und Theaterbesitzern bisher kein Entgegenkommen für Ermäßigungen feststellbar ist.

Eine Aktion "Frische Wäsche" sei im übrigen in Zusammenarbeit mit der Volkshilfe bereits angelaufen.

Abstimmung: Die Ansätze des Wohlfahrtsbudgets wurden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Gesundheitsdebatte

GR. Wölger (DFP): Nach Meinung der DFP sei der beschleunigte Ausbau des Allgemeinen Krankenhauses sicherlich wichtiger als der Bau der Donauinsel. Wölger kritisierte auch das, wie er sagte, schlechte Funktionieren des Ärztlichen Notdienstes.

GR. Krenn (FPÖ) betonte die Bedeutung prophylaktischer Maßnahmen, da nach WOH-Unterlagen Österreich beängstigend hohe Zahlen in Erkrankungen des Kreislaufes, der Gefäße und des Herzens aufweise. Krenn richtete auch eine Anfrage an Stadtrat Dr. Glück, welche Maßnahmen zur Senkung der Verweildauer in den städtischen Krankenhäusern geplant seien, ob die Verpflegskosten in nächster Zeit steigen würden und ob es stimme, daß die zweite Spitalsklasse die dritte "miterhalten" müsse.

GR. Lehner (ÖVP) urgierte eine kräftigere Förderung der Privatspitäler, deren Angebot von 4.000 Betten (Wien insgesamt: 15.000) ein integrierender Bestandteil des Wiener Gesundheitswesens sei. Im übrigen sei es völlig falsch, sich darunter noble Privatsanatorien vorzustellen: 85 Prozent dieser 4.000 Betten gehörten zur dritten Spitalsklasse.

Lehner wandte sich mit besonderer Heftigkeit gegen einen derzeit in Wien laufenden Film, der sich unter dem Titel "Krankenschwestern-Report" als schädigend für den ganzen Berufsstand erweise.

GR. Hermine Fiala (SPÖ): Die Personalmisere im Spitalwesen sei gar nicht so sehr dadurch verursacht, daß sich so wenige junge Menschen für diesen Beruf entscheiden, sondern daß sich die Lage durch den immer stärker steigenden Personalbedarf verschlechtere. Dies gelte besonders für alle Arten von Intensivstationen. Die Möglichkeit, schon mit 15 Jahren die Ausbildung zu beginnen, könne hier vielleicht Abhilfe schaffen.

Die Rednerin kritisierte auch, daß der ORF im Fernsehen Dienstag zwar über das 7-Milliarden-Budget des Bundeslandes Oberösterreich berichtet habe, das 25-Milliarden-Budget des Bundeslandes Wien hingegen totschweige.

GR. Dr. Tuma (DFP) befaßte sich mit der neuen Heimordnung in den Altersheimen, die er als vorbildlich gelungenes Werk bezeichnete.

Die Einhaltung dieser Heimordnung durch das Betreuungspersonal solle jedoch laufend überwacht werden.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Glück auf die von fast allen Debattenrednern erörterte Verweildauer in den Spitälern und auf die Säuglingssterblichkeit ein.

In seiner Erklärung, die er auch als mündliche Vor-Beantwortung der FPÖ-Anfrage deklarierte, meinte Glück, die Verweildauer (derzeit 17 Tage) sei nur durch den Ausbau der ambulanten Voruntersuchung zu verringern. Er habe erst vor kurzem den Sozialversicherungsträgern einen Bedeckungsvorschlag für diese Art der Untersuchung übermittelt, habe aber noch keine Antwort erhalten. Die zweite Spitalsklasse erhalte keineswegs die dritte, und generell könne angenommen werden, daß Spitalsbetten in den nächsten Jahren sicherlich nicht billiger, sondern eher teurer würden.

Besonders nachdrücklich beschäftigte sich Glück mit der Säuglingssterblichkeit. Durch den funktionalen Zusammenhang mit der Frühgeburtenszahl sei hier der Hebel anzusetzen. Die Frühgeburten wieder könnten nur durch genaue Schwangerenuntersuchungen in den Griff bekommen werden. Glück kritisierte, daß nur 80 Prozent der schwangeren Frauen in Wien vom Schwangerenpaß Gebrauch machten und regte an, man möge die Auszahlung der Geburtenbeihilfe vom Vorweis des Schwangerenpasses abhängig machen. Im übrigen jedoch solle das Licht Wiens nicht unter den Scheffel gestellt werden: Die Impfungen (Gamma-Globulin, Röteln) seien eine Einrichtung, die man sonst nirgendwo finde, es gebe das Laboratorium für angeborene Stoffwechselstörungen und das Risikokinderprogramm.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

fassadenwettbewerb:

## preisverteilung und ausstellungseroeffnung

10 wien, 13.12. (rk) ein von der zentralsparkasse der gemeinde wien ausgeschriebener fassadenwettbewerb ist nun abgeschlossen. eine namhafte architektenjury hat aus 67 einsendungen drei preise und vier ''lobende erwaehnungen'' ausgewaehlt. mittwoch nahm vizebuergenmeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in der hauptanstalt der ''z'' die preisverteilung vor. die preise erhielten heinz s e i s e r , ternitz (1. preis), bernhard g a u h m a n n und martin s c h w a n z e r , wien (2. preis), und dipl.-ing. reiner w i e d e n , wien (3. preis).

vizebuergenmeister f r o e h l i c h - s a n d n e r wies auf die 1965 ins leben gerufene altfassadenaktion der stadt wien hin. dabei wurden 8.000 wertvolle fassaden registriert. das neue schutzzonengesetz gebe ausserdem die moeglichkeit, fassaden nicht nur zu erhalten, sondern wertvolle baudenkmaeler auch zu revitalisieren.

buergenmeister felix s l a v i k eroeffnete anschliessend die ausstellung aller wettbewerbsarbeiten in der kassenhalle des ''z''-hauptgebaeudes, die bis jahresende waehrend der kassastunden geoeffnet ist. ernannte den wettbewerb der zentralsparkasse einen lobenswerten versuch. das ausgewaehlte gebaeude an der kreuzung alserbachstrasse/Liechtensteinstrasse sei als modell gut gewaehlt, weil es mit seiner abgeraemten fassade besonders unangenehm auf-faellt. den wettbewerbsteilnehmern war die aufgabe gestellt, diese fassade an die anschliessenden, nicht verunstalteten haeuser wieder anzugleichen.

die zentralsparkasse wird nun pruefen, wie weit die vorschlaege der preistraeger konkret an haeusern, die in ihrem besitz sind, realisiert werden koennen.

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 14. Dezember 1972

Blatt 3099

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

K o m m u n a l : Rathaus-Budgetdebatte:

Hofmann kündigt Umweltbericht für Wien an  
Pfoch: Bäderkonzept bereits zur Hälfte  
realisiert

L o k a l : Neue Brücke über Donaukanal

Landstraße: Apostelgasse mit umgedrehter  
Einbahn

Kulturdienst: Dr. Albert Drach - 70. Geburtstag

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchw.)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :  
=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Hofmann kündigt Umweltbericht für Wien an  
=====

Wien, 14.12. (PK) In seiner Budgetrede kündigte Donnerstag Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann für das kommende Jahr die Vorlage eines "Umweltberichtes für Wien" und von "Leitlinien für den Umweltschutz" an. Bei diesem Umweltbericht werde es sich um eine Art Bestandsaufnahme handeln, welche Probleme es in Wien gebe und was bisher geschehen sei. Die Leitlinien wiederum würden darüber hinaus Problemanalysen sowie kurzfristige und langfristige Massnahmenvorschläge enthalten.

Da mit dem bisherigen Instrumentarium der Umweltordnung nicht entsprochen werden könne, müßten die gesetzlichen Grundlagen zur Steuerung der Stadtentwicklung ausgebaut werden, wofür einige Schritte bereits getan seien: die Vorbereitung zur Novellierung der Bauordnung und des Wiener Garagengesetzes. Weiters sollten die gewerberechtlichen Einflüsse auf die städtische Umwelt überprüft und neu formuliert werden. Besonderes Gewicht müsse zudem auf die Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden aber auch an Gebäuden gelegt werden.

Breiten Raum widmete der Planungsstadtrat der Diskussion über die Leitlinien zur Wiener Stadtentwicklung. Die Ergebnisse und Probleme der Stadtplanung, betonte Hofmann, müßten nicht nur der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern auch die aktive Beteiligung der Bevölkerung - die "Partizipation" - durch eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der Planungsdienststellen ermöglicht werden.

Die Wiener Bevölkerung habe erfaßt, daß das wirtschaftliche System der Gewinnmaximierung unter Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, das den Industrieländern einen hohen Wohlstand beschert habe, sich bereits gegen die Gesellschaft wende: Bei einer Umfrage

habe sich gezeigt, daß sich bereits 86 Prozent der Wiener der Umweltproblematik bewußt seien. 79 Prozent möchten, daß auf diesem Gebiet mehr geschehe. Die Antwort auf die Frage, wer dies zahlen sollte, lautete: Der Staat - 30 Prozent -, die Gemeinden - 24 Prozent -, die gesamte Bevölkerung - 20 Prozent - und die Verursacher - 16 Prozent. Ein Drittel der Wiener erklärte zudem, daß die Luft in ihrer Wohnumgebung ungesund sei. In den Bezirken innerhalb des Gürtels sowie im 2. und 20. Bezirk seien sogar 47 Prozent der Befragten dieser Meinung gewesen. Von diesen wiederum gaben 72 Prozent dem Auto die Schuld an der Luftverschmutzung. Von jenen Wienern, die den Lärm als störend empfinden, hätten 71 Prozent den Straßenlärm als Verursacher angegeben.

Bei der Lösung der Verkehrsprobleme müsse daher überaus sorgsam vorgegangen werden. Wien werde jedenfalls mit der Festlegung von Fußgängerzonen und verkehrssamen Zonen nicht nur in der Innenstadt fortfahren.

Die immer stärker bewußt werdenden Umweltgefahren machten es notwendig, fuhr Hofmann fort, das Problem der Autobahnen neu zu überdenken. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß frühestens in einem Jahrzehnt mit Großserien umweltfreundlicher Autos gerechnet werden könne und daß man nicht annehmen könne, die Großstadtbevölkerung werde auf den ihr lieb gewordenen fahrbaren Untersatz verzichten. Gestoppt werde der Autobahnbau sicher nicht, doch könne man aus der Dringlichkeitsreihung der nächsten Maßnahmen ableiten: Die Schließung der Südosttangente zwischen Donaukanal und dem Autobahnast Favoriten, die Ostautobahn zum Flughafen, die Hubertusdammautobahn und die fünfte Donaubrücke hätten höchste Priorität. Die Anlageverhältnisse für Hochleistungsstraßen im dichtverbauten Gebiet - Gürtel, Wiental, und Donaukanal - müßten jedenfalls neu überdacht werden.

Die Bearbeitungen zur Stadterneuerung würden 1973 ein erstes abgerundetes Stadium erreichen. Dabei würden die Bebauungspläne für die Schutzzonen der Altstadterhaltung forciert. Weitere städtebauliche Studien beträfen die Bereiche Donaukanal, Unteres Wiental und Gürtel sowie Inzersdorf, Meidling, Siebenhirten und Großjedlersdorf.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Pfoch: Bäderkonzept bereits zur Hälfte realisiert

=====

Wien, 14.12.(RK) In seinem umfassenden Überblick über das kommunale Hochbaugeschehen stellte Stadtrat Hubert Pfoch Donnerstag im Gemeinderat fest, daß das Bäderkonzept der Stadt Wien bereits zur Hälfte realisiert worden ist. Mit diesem Konzept sei man überhaupt der Zeit sehr voraus, wenn man bedenke, daß erst auf dem Kongreß der deutschen Gesellschaft für das Badewesen im Vorjahr die Erstellung von Bäderplänen als dringlich notwendig bezeichnet wurde.

Die Schwerpunkte im Bäderbau sind bekanntlich das Dianabad, bei dem Ende 1973 der Probetrieb aufgenommen werden kann, das Stadthallenbad, bei dem etwa um die selbe Zeit der Probetrieb beginnt, und das Schafbergbad, das im kommenden Sommer eröffnet wird. Beim Ottakringer Bad wurde diesen Herbst ein neues Familienbecken fertiggestellt. Es steht den Badegästen in der nächsten Badesaison zusammen mit neuen Umkleidebauten zur Verfügung. Voraussichtlich im Sommer 1973 soll mit dem Bau eines neuen Sommerbades in Atzgersdorf begonnen werden. Hinsichtlich der Umfunktio- nierung nicht mehr zeitgemäßer Reinigungsbäder - ein gutes Bei- spiel ist hier die überaus erfolgreiche "Hermann-Sauna" - kündig- te Hochbaustadtrat Pfoch einen Bäder-Plan für diesen Spezial- bereich an.

Grundsätzlich hielt der Stadtrat fest, daß die Wiener Bevöl- kerung in diesem Jahr um eine große Zahl bedeutender Bauten reicher geworden sei. Wesentlich seien hier die Großbauten auf dem Kran- kenhaussektor und die beiden Großmärkte in St. Marx und in Inzers- dorf.

Im Zusammenhang mit kommunalen Bauvorhaben stellte Stadt- rat Pfoch neuerdings die Forderung nach einer Reform des Boden- rechts. Wenn der Baugrund weiterhin dem "chernen Gesetz von An- gebot und Nachfrage" unterworfen bleibe und nicht die sozialen Aspekte wirksam werden, blieben die Probleme ungelöst.

./.

Besonders deutlich zeige sich diese Situation auf dem Wohnbausektor: Trotz intensiven Bemühungen war es nicht möglich, alle bereitgestellten Wohnbaugelder zu verbauen. 1972 konnten 4.800 bezugsfertige Wohnungen übergeben werden, 5.150 Wohnungen sind derzeit in Bau. Für 1973 sind 5.000 Wohnungen projektiert.

Die städtebaulichen Schwerpunktbereiche im Süden, Osten und Norden würden Zug um Zug in das Stadtgebiet integriert und so ausgestatte, daß zum hohen Wohnwert auch die entsprechende Umweltgestaltung komme.

Pfösch hob die ständige Steigerung des Wohnwertes und der Architekturqualität beim kommunalen Wohnbau hervor. Versuchsausführungen zeigen neue Wege hinsichtlich der Bautechnik und des Wohnwertes auf. Im Frühjahr 1973 soll die Bevölkerung durch eine Ausstellung mit neuartigen Wohnformen bekanntgemacht werden. Technisch von Interesse ist auch die Einrichtung zentraler Warmwasserbereitungen, die für verschiedene Wohnbauprojekte künftig vorgesehen sind.

Stadtrat Pfösch hob hervor, daß man im dichtbebauten Stadtgebiet zur Anlage von Parkgaragen unter Grünflächen übergegangen sei, um dadurch auch mehr Spielbereiche für Kinder schaffen zu können.

Zur Konjunktursituation stellte Stadtrat Pfösch fest, daß die Stadtverwaltung mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen habe: "nicht gerade offensive Anbotlegung, Zwang zur beschränkten Ausschreibung, in weiterer Folge überhöhte Offerte, die nicht akzeptiert werden konnten, Bauzeitüberschreitungen." Der Rationalisierungsstand lasse noch zu wünschen übrig. Immerhin betrage der Maschineneinsatz in Wien im Bauhauptgewerbe 19,6 PS pro Beschäftigten, in Österreich jedoch nur 17,3 PS (jeweils 1971). Das Lohnniveau beim Hochbau sei in Wien um 31,3 Prozent höher als in den anderen Bundesländern. Die Baupreise lagen beim Wohnbau 1972 um 13,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Als wichtiges Instrument zur Lenkung der Arbeiten im Interesse der Vollbeschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der intensiven Nutzung der vorhandenen Kapazität bezeichnete Pfösch den neugegründeten Bauwirtschaftsbeirat für Wien.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

## neue bruecke ueber donaukanal

5 wien, 14.12. (rk) der tiefbauausschuss des gemeinderates hat am donnerstag die projektierungsarbeiten fuer die neue uraniabruecke, die im zug der vorderen zollamtsstrasse und der tempelgasse den donaukanal ueberbruecken soll, genehmigt. gleichzeitig soll zwischen aspernbruecke, franzensbruecke und der neuen ufermauer im bereich des hermannparks eine galerie gebaut werden. dafuer wurden 2,2 millionen schilling bereitgestellt.

1015

Landstrasse:

apostelgasse mit umgedrehter einbahn

6 wien, 14.12. (rk) freitag frueh tritt auf der landstrasse eine neue einbahnregelung in kraft: die apostelgasse wird im abschnitt hainburger strasse/erdbergstrasse einbahn in richtung hainburger strasse (bisher zeigte der einbahnpfeil richtung erdbergstrasse). die umdrehung der einbahn erfolgte auf antrag der bezirksvorstellung und im einvernehmen mit der polizei, um den in der erdbergstrasse richtung stadt fahrenden kraftfahrern zwischen kardinal nagl-platz und landstrasser hauptstrasse eine linksabbiegemoeglichkeit durch die apostelgasse zu geben.

1100

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

### Debatte über die Stadtplanung

GR. Müller (DFP) begrüßt die Erhöhung der Mittel für Untersuchungen über den Umweltschutz. Für die U-Bahn gäbe es noch immer kein Konzept, es würden nur Teilstücke gebaut. (Heller: "Aber der Gemeinderat hat ja das Grundnetz bereits beschlossen.") Insgesamt nehme die Planung zu wenig Rücksicht auf den einzelnen Bürger.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) hebt die Diskussionsbereitschaft der Planungsabteilungen hervor, doch bleibe die Planung zu sehr passiv. Was die Autobahnen in Wien angehe, so seien die im Bundesstraßengesetz enthaltenen Trassen einvernehmlich mit Wien festgelegt worden. Bürgermeister Slavik habe damit einen grundsätzlich anderen Standpunkt eingenommen als der Magistrat. Hirnschall urgierte eine Klärung in diesem Fragenkomplex. Seiner Meinung nach sei auch der S-Bahn-Ausbau in Wien unbefriedigend. Da der gesamte Bundesanteil für den U-Bahn-Bau nur noch für 1,5 Kilometer der U 1 reiche, sollte der Bund den S-Bahn-Ausbau in Wien finanzieren. Die Regelung für die Schutzzonen im Interesse der Altstadterhaltung sei unbefriedigend.

Dr. Strunz (ÖVP) führte an Hand von Zahlen aus eigenen Untersuchungen aus, wie sehr das Auto an der Luftverschmutzung in Wien Anteil habe und erklärte, durch Entgiftungsanlagen bei den Automotoren könnte eine sehr wesentliche Reduzierung dieser Emissionen, die zum Teil krebserregende Gifte enthielten, erreicht werden. Auch bei der Heizung könnte der Anteil an Schadstoffen durch die Verwendung hochwertiger und raucharmer Brennstoffe spürbar gesenkt werden. Durch die Preiserhöhung beim Nachtstrom und die Überwälzung der Mehrwertsteuer für das Heizgas sei freilich keine umweltfreundliche Haltung eingenommen werden.

GR. Michalica (SPÖ) wies darauf hin, daß die Kosten für den Umweltschutz die Milliarden-Grenze weit überschreiten würden und daß Wien durch den Bau der Kläranlage, von Kanälen und von Fernheizungsanlagen schon sehr viel dazu beigetragen habe. Der Benützung des Autos müßten Schranken auferlegt werden, der Massen-

verkehr weiter preferiert werden. Die Stadterneuerung könne ohne ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz nicht wirksam angedockt werden, wofür hoffentlich auch die ÖVP im Parlament Verständnis haben werde. Für die Stadtentwicklung sei zudem eine Aktivierung der Regionalpolitik nötig, doch fehle es anscheinend in Niederösterreich an der Bereitschaft dafür.

Dr. Peter Mayr (ÖVP) erklärte, sehr viele Unterlagen, die im Auftrag der Stadtplanung entstanden seien, schlummerten in den Schubladen. Er verlangte eine jedermann zugängliche Dokumentationsstelle für alle diese Studien im Rathaus. Zwischen Planung und Wirklichkeit bestehe eine deutliche Diskrepanz etwa bei der Stadterneuerung: Die Gemeinde Wien selbst habe in den letzten Sitzungen des Wohnbauförderungsbeirates wesentlich mehr Wohnungen in peripheren Gebieten als in zentrumsnahen Gebieten zur Förderung eingereicht. Die Stadterneuerung komme ohne ein entsprechendes rechtliches Instrumentarium nicht aus, doch enthalte schon die jetzige Bauordnung Bestimmungen, die gar nicht genutzt würden. Die ÖVP habe im Parlament einen Initiativantrag für ein Stadterneuerungsgesetz eingebracht, in dem auch eine soziale Betreuung der betroffenen Bevölkerungskreise und der Notwendigkeit, vor einer Sanierung entsprechende Finanzierungspläne vorzulegen, Rechnung getragen würden.

GR. Schemer (SPÖ) mutmaßte, daß der Aktivität der Massenmedien in den letzten Monaten im Bezug auf Umwelt und Planung eine politische Aktion zugrunde liege. Der ÖVP warf er vor, sie habe zu wenig Verständnis für die Sozialbindung an Grund und Boden und sei nicht dafür, auch für Wohnzwecke und der Schaffung neuer Grünflächen im dichtverbauten Gebiet Enteignungsmaßnahmen zuzustimmen.

Im Schlußwort replizierte Stadtrat Hofmann auf die Ausführungen von Dr. Hirnschall, daß die Dringlichkeitsreihung des Autobahnbaues ohnehin zunächst die Umfahrrouten der Stadt vorsehe und die Anlageverhältnisse anderer Hochleistungsstraßen, wie etwa im Bereich des Gürtels - der natürlich weiterhin Bundesstraße bleibe - genau studiert würden. In dieser Frage gäbe es auch keine Differenz mit Bürgermeister Slavik. Was die Entgiftung der Autos anlange, so sei er der Meinung, Österreich und nicht Wien allein, solle bei entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen vortreten und nicht auf eine mitteleuropäische Lösung warten.

Bei der Stadterneuerung sei kein plötzliches Umdenken zu erwarten. Sie sei außerdem von der Bodenfrage nicht zu lösen. Sollte auf Bundesebene keine Einigung möglich sein, hoffe er in Wien auf die Mitwirkung der ÖVP. (Dr. Schaumayer: "Diese wurde bereits 1968 grundsätzlich zugesagt".)

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

./.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Hochbaudebatte

Mit Ausnahme der DFP, die die Ansätze des Hochbaubudgets pauschal verwarf, übten die Debattenredner der ÖVP und FPÖ Einzelkritik am Fortschritt verschiedener Projekte. Im Zentrum der Erörterungen stand eindeutig der kommunale Wohnbau.

GR. Wölger (DFP) meinte, daß die Baubremse hauptsächlich zu Lasten des Wohnbaus und auch des Bäderbaus gehe und erklärte für seine Fraktion die Ablehnung der Budgetansätze.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) äußerte Besorgnis über den Rückgang des Hochbauanteils am Gesamtbudget um 46,7 Prozent zwischen 1969 und 1973. Er befürchtete eine weitere Einschränkung und sogar mögliche Einstellung des sozialen Wohnbaus der Gemeinde Wien. Jedenfalls könne das sozialistische Wahlversprechen, 65.000 Wohnungen zu bauen oder zu fördern, kaum eingehalten werden.

Die Qualität des Wohnbaus habe sich zweifellos gebessert. Jetzt müßte aber auch die noch unbefriedigende Wohnumwelt der Satellitenstädte verbessert werden.

Fehlplanung nannte der Redner den Straßenbau im Zusammenhang mit dem WIG-Projekt. Das Thermalbad, bei dem nun die Sauna getrichen worden sei, werde sich bereits bei der Eröffnung als zu klein erweisen. Ein weiteres Problem für den Kurpark in Ober-Laa: Er liege genau in der Anflugschneise nach Schwechat.

GR. Gockner (ÖVP) kritisierte die verspätete infrastrukturelle Aufschließung, besonders in der Großfeldsiedlung. Die Möglichkeiten für die Einrichtung zusätzlicher Geschäfte und Handwerksbetriebe sollten voll genutzt werden. Im Interesse der Konsumenten sollten aber keine Monopolbetriebe angesiedelt werden.

GR. Neusser (ÖVP) übte grundsätzliche Kritik am kommunalen Wohnbau, bei dem ein erheblicher Rückschritt zu verzeichnen sei. Trotz "Verschleierungspolitik" sei zu erkennen, daß hier die Leistungen in den letzten Jahren hinter den Versprechungen zurückbleiben. Nachteilig sei auch die Tendenz der langsamen Überwälzung der Wohnbaukosten auf die Wohnungswerber. Neusser kündigte an, daß in Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer eine gemeinsame Lösung zur Verbesserung der Infrastruktur in den Stadtrandsiedlungen gefunden werden könne.

In der Fertigbauweise sei trotz Fortschritten noch immer die Uniformierung zu beklagen. Hundertwassers propagiertes "Fensterrecht" sei ein Ausdruck des Unbehagens. Fortschritte in der Wärmedämmung und beim Schallschutz seien noch nicht überall festzustellen.

Die Problematik der Stadterneuerung zeigte Neusser an der "erschreckenden Zahl" von nur mehr 20 Wohnungsinhabern in der Kärntner Straße zwischen Oper und Stephansplatz auf.

GR. Paulas (SPÖ) würdigte die Leistungen der Stadtverwaltung zur Förderung der Wiener Wirtschaft, insbesondere auch der kleinen Gewerbetreibenden. So seien bisher 1.500 Existenzgründungskredite in der Höhe von 140 Millionen Schilling an junge Gewerbetreibende vergeben worden.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) würdigte ausführlich die bedeutenden Großprojekte und Kulturbauten, die in jüngster Zeit errichtet worden seien. Zwischen den beiden Engstellen Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft und Grenzen der Bodenbeschaffung sei das Hochbaubudget wohl ausgewogen erstellt worden.

In der Großfeldsiedlung seien heute 36 Geschäfte für den kurz- und mittelfristigen Bedarf fertig, die zweite Ausbaustufe werde auch die Gewerbebetriebe für den längerfristigen Bedarf bringen. Von einer Monopolstellung könne in den Neubaugebieten keine Rede sein.

Mit ausführlichem Zahlenmaterial belegte dann Ing. Hofstetter seine Feststellung, daß die Bauleistung der Gemeinde Wien seit 1969 gleichgeblieben sei. Zurückgegangen seien hingegen die Bauleistungen gemeinnütziger Wohnbauunternehmen und der Privaten. Die Gründe hierfür seien die Verknappung des Baulandes und die exorbitant gestiegenen Baupreise in Wien. Die privaten Bauinteressenten seien in die Umgebung Wiens gegangen.

Mit einer Durchschnittsgröße von 75 Quadratmeter lägen die Wiener Gemeindewohnungen international sehr gut. Auch hinsichtlich Ausstattung, Schallschutz und Wärmedämmung brauche der kommunale Wohnbau keinen Vergleich zu scheuen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) schlug vor, nach ausländischem Beispiel von Handwerksbetrieben im ersten Jahr der Ansiedlung geringe Mieten zu verlangen, die dann progressiv gesteigert werden sollten. Die volle Ekazent-Miete im ersten Jahr sei kein Anreiz für die Ansiedlung und nicht tragbar.

Im Schlußwort räumte Stadtrat Pfoch ein, daß die Erfüllung des Wahlversprechens beim Wohnhausbau nicht ohne Schwierigkeiten möglich sei. ~~Freilich müßte man auch~~ die Mehrleistungen beim Bau von Kindertagesheimen und Pensionistenheimen berücksichtigen. Die Errichtung von 120.000 Wohnungen in den letzten zehn Jahren sei aber eine Leistung, die man nicht wegdiskutieren könne.

Infrastrukturprobleme: Hier stelle sich Pfoch die Frage, wie weit die Gemeinde Wien für die Bereitstellung von Gewerbebetrieben und Gaststätten überhaupt ~~sorgen~~ müsse.

Bodenbeschaffung: Das System der freien Marktwirtschaft, das auch die Wohnung zur Ware erklärt, finde nichts am Profitdenken auf diesem Sektor. Nur bei vertretbaren Baugrundpreisen sei eine weitschauende Planung möglich. Am Beispiel des Wohnbauprojektes Am Schöpfwerk hätte man bei einem öffentlichen System der Planung nach schwedischem Vorbild das Profitstreben von Bodenspekulanten rechtzeitig eindämmen können.

Den Vorschlag, besseres Glas im Wohnbau zu verwenden, werde man gerne aufgreifen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 15. Dezember 1972

Blatt 3111

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte

Heller: Baupreissteigerungen bis 30 Prozent

Schaumayer: Start mit Vorrangstraßennetz in sechs Bezirken

Studie zur Sanierung alter Baublöcke

Vorarbeiten für Fußgängerzone Mariahilfer Straße

Professor Zakovsky gestorben

Lokal:

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Kreuzung Favoritenstraße - Donauländebahn frei

Wiener Fremdenverkehr: Bei 4 Millionen Übernachtungen ein neuer Anlauf

Imagewerbung mit hartem Kern

Neuer Generalsekretär des Wiener Fremdenverkehrsverbandes

Kulturdienst:

Stephansplatz: Kreuzgewölbe gefunden

Jugendbuchpreise überreicht

Dr. Viktor Griessmaier - 70. Geburtstag

Prof. Hans Wagner-Schönkirch zum Gedenken

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

=  
k o m m u n a l :  
=====

rathaus-budgetdebatte:

heller: baupreissteigerungen bis 30 prozent

1 wien, 15.12. (rk) ''mit einem lachenden und einem weinenden auge'', erklarte stadtrat kurt heller am freitag bei seiner budgetrede, praesentiere er dem gemeinderat den voranschlag der gruppe tiefbau. denn die freude ueber ein neues rekordbudget fuer den staedtischen tiefbau werde durch die preisentwicklung getruebt. erlebte der baukostenindex von oktober 1970 bis oktober 1971 eine steigerung von 6,6 prozent, so sei er vom vergangenen bis zum diesjaehrigen oktober um nicht weniger als 14 prozent gestiegen. und das sei nur der theoretisch errechnete baukostenindex. die tatsaechlichen baupreissteigerungen im tiefbau machten allein seit dem heurigen fruehjahr 25 bis 30 prozent aus.

im interesse der preisstabilisierung werde man daher 1973 bei der vergabepaxis sehr behutsam sein und sich gleichsam der marktlage anpassen. auch werde eine revision der magistratsinternen haushaltsvorschriften angestrebt, wofuer der stadtbaudirektor bereits entsprechende vorschlaege ausgearbeitet habe.

der gruppe tiefbau stuenden 1973 insgesamt 4.052 millionen schilling zur verfuegung, einschliesslich u-bahn-bau, hochwasserschutzprojekt und dem grossteil der gelder fuer die betriebsaufschliessung.

erstmalig erhalte die stadt auch mit 570 millionen schilling ein rekordbudget fuer den ausbau der autobahnen und bundesstrassen, betonte heller. das bedeutendste autobahnvorhaben sei die verbindung der suedautobahn zum guertel und weiter zur praterbruecke, wofuer 156 millionen schilling vorgesehen seien. die anschluss-stelle favoriten mit der unterfuehrung der kuppe des laaer berges werde im hinblick auf die wig 74 teilweise bereits ende maerz 1974 dem verkehr zur verfuegung stehen.

bei den bundesstrassen hob heller hervor, dass am 21. dezember, gleichsam als christkindl fuer die autofahrer, die ersten zwei von insgesamt vier fahrspuren der heiligenstaedter strasse nach

klosterneuburg zwischen kahlenberger dorf und der landesgrenze fuer den verkehr freigegeben werden koennen. am selben tag werde auch der handelskai zwischen meiereistrasse und reichsbruecke freigegeben. die arbeiten zur niveaufreimachung der altmannsdorfer strasse wuerden so fortgefuehrt, dass die edelsinnstrasse ende 1973 wieder durchgehend befahrbar sein werde. im juni 1974 wuerden die niveaugleichen eisenbahnkreuzungen dann endgueltig verschwunden sein. auch mit der unterfuehrung der simmeringer hauptstrasse beim schwechater bahnschranken werde im mai 1973 begonnen. was die wiener gemeindestrassen angehe, stuenden 1973 fuer deren ausbau samt den notwendigen einrichtungen aus dem gesamten gemeindebudget knapp 800 millionen schilling zur verfuegung.

1973 koenne man ueberdies als ein ''jahr der brueckenbauer'' bezeichnen: zwei neue donaukanalbruecken - eine im zuge der ostautobahn, die andere bei der urania -, die erste bruecke ueber das kuenftige entlastungsgerinne, eine neue liesingbruecke, der umbau der ostbahnbruecke und des gassteiges ueber den donaukanal sowie der kagraner bruecke ueber die alte donau, die st. marxer hochstrasse, fussgaengerbruecken ueber die favoritenstrasse und ueber die laaer berg-strasse sowie einige kleinere bruecken im wig-gelaende stuenden auf dem arbeitsprogramm.

die arbeiten fuer das hochwasserschutzprojekt wuerden zuegig fortgesetzt. fuer den ausbau der hauptklaeranlage in kaiser-ebersdorf stuenden 80 millionen, fuer die herstellung des donau-duekers 18 millionen bereit. bei diesem schwierigen bauvorhaben werde voraussichtlich ein minierungsverfahren zur anwendung gelangen, also ein stollen unter dem donaustrom vorgetrieben werden.

im zusammenhang mit den vorhaben der wasserwerke hob heller hervor, dass der verwaltungsgerichtshof der beschwerde wiens gegen die restriktiven auflagen im bescheid fuer die dritte wasserleitung stattgegeben habe. fuer diese anlagen seien im kommenden jahr 50 millionen schilling vorgesehen. freilich bestuenden bei den servitutserwerbungen noch schwierigkeiten,

die weniger auf die grundeigentuerer, als auf deren interessenvertretung zurueckzufuehren seien.

beim u-bahn-bau werde man bekanntlich im fruehjahr mit dem schwierigsten abschnitt zwischen stephansplatz und nestroyplatz beginnen. an den schon im bau befindlichen abschnitten werde zuegig weitergearbeitet. ende 1973 werde die modellstation taubstummengasse fuer die besichtigung freigegeben, wobei zwischen karlsplatz und dieser versuchsstation auch ein doppeltriebwagen der u-bahn verkehren werde.

schon zuvor werde es quasi ein neues verkehrsmittel in wien geben, fuhr heller fort: eine von einer privatfirma gebaute einschienebahn werde ueber das wig-gelaende fuehren. fuer die ausgestaltung dieser grossen gartenanlagen in ober-laa stuenden 100 millionen schilling zur verfuegung. im zusammenhang mit dem weiteren ausbau der staedtischen parkanlagen appellierte heller an die bevoelkerung, doch mehr ruecksicht auf die erholungsflaechen zu nehmen. die schaeden an den parks haetten 1972 bereits rund vier millionen schilling ausgemacht.

wenngleich der aufgabenbereich sich immer mehr auf die realisierung von grossprojekten hinwende, wuerde selbstverstaendlich auch den kleineren bauvorhaben groesste sorgfalt zugewendet, um die belaestigungen der bevoelkerung moeglichst klein zu halten, erklarte heller. dafuer sei freilich auch die disziplin der wiener, vor allem der autofahrer, vonnoeten. abschliessend wies der tiefbaustadtrat darauf hin, dass die leistungen gerade auf dem gebiet des tiefbaues, vor allem beim u-bahn-bau, immer groessere internationale anerkennung faenden.

+++

k o m m u n a l :

=====

rathaus-budgetdebatte:

schaumayer: start mit vorrangstrassennetz in sechs bezirken

2 wien, 15.12. (rk) mit der kennzeichnung des vorrangstrassennetzes wird im kommenden jahr in sechs bezirken begonnen. diese ankuendigung und kritische anmerkungen zum wohnungsverbesserungsgesetz, zur stadtplanung und zu den themen umweltschutz und energiekonzept waren die kernpunkte des budgetreferats, das stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r freitag fuer die geschaeftsgruppe roem. 9 (baubehoerdliche und sonstige technische angelegenheiten) vor dem gemeinderat hielt.

das vorrangstrassenkonzept, fuer das 1973 fuenf millionen schilling zur verfuegung stehen, ist ein vier-jahres-programm. die erste etappe umfasst die bezirke 3, 10, 12, 15, 16 und 17, wo die notwendigen verkehrssampeln, dauerbodenmarkierungen und einordnungsvoranzeiger durch motorisierte einsatztrupps grossflaechig angebracht werden sollen.

zu den geplanten strassenbahnstrassen stellte stadtraetin dr. schaumayer fest, dass eine foerderung des oeffentlichen verkehrs nicht gleichzeitig zur laehmung des wirtschaftsverkehrs fuehren duerfe.

bedauerlich nannte die stadtraetin die tatsache, dass bei der neufassung des wohnungsverbesserungsgesetzes die von ihrer fraktion und dem oesterreichischen staedtebund vorgebrachte anregung, auch studenten-, alters- und lehrlingsheime in den kreis der foerderungswerber einzubeziehen, vom bundesgesetzgeber nicht aufgegriffen wurde.

im zusammenhang mit den instandsetzungen von altobjekten forderte dr. schaumayer ein geschlossenes konzept fuer die stadt-erneuerung. die stadtraetin verwahrte sich auch dagegen, dass in der oeffentlichkeit immer wieder die baupolizei fuer den abbruch von vermeintlich kulturhistorisch wertvollen gebaeuden verantwortlich gemacht wird. abbruchbewilligungen koennten nach der

geltenden bauordnung von der behoeerde nicht versagt werden, so lange die schutzzonen nach dem altstadterhaltungsgesetz nicht vom gemeinderat beschlossen sind. beim aktuellen beispiel grinzing sei darauf hinzuweisen, dass eine bausperre immer dann wirkungslos ist, wenn die bauwerber bereits im besitz gueltiger fluchtlinien sind. es sei im uebrigen unverstaendlich, dass die stadtplanung fuer grinzing noch keine strukturplanung in auftrag gegeben habe.

stadtraetin schaumayer plaederte auch fuer eine baldige novellierung des kleingartengesetzes und warf der stadtplanung in diesem zusammenhang eine schleppende behandlung der sanierungsfrage bei kleingartenanlagen vor.

angesichts der bereits etwa 153.000 bewilligten oelfeuerungsanlagen in wien wies dr. schaumayer auf die notwendigkeit eines energiekonzeptes hin, das die weitere entwicklung fuer kunden und versorgungsunternehmen optimal steuern sollte.

im naechste jahr kann der ausbau der funksteuerung fuer oeffentliche uhren mit 1,7 millionen schilling forciert werden: etwa 20 empfangsstellen koennen neu errichtet werden, so dass die stoerungsanfaelligkeit bei den oeffentlichen uhren weiterhin abnehmen wird.

die stadtraetin kritisierte schliesslich, dass die problematik des umweltschutzes weder durch den umweltschutzbeirat noch durch die einzelnen fachausschuesse mit der noetigen intensitaet behandelt werde. in diesem zusammenhang sollten die technischen und fachlichen moeglichkeiten der versuchs- und forschungsanstalt der stadt wien mehr als bisher genuetzt werden.

schliesslich kuendigte die stadtraetin an, dass auf dem friedhof neustift mit der neugestaltung einer gruppe erstmals in wien der versuch gemacht werde, einen waldfriedhof zu schaffen.

(unterbrechung des sitzungsberichtes.)

+++

l o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

kreuzung favoritenstrasse - donaulaendebahn frei

3 wien, 15.12. (rk) heute, freitag, vormittag, wurde die kreuzung favoritenstrasse - donaulaendebahn wieder fuer den durchzugsverkehr freigegeben. die arbeiten fuer die installierung einer neuen schrankenanlage durch die oebb wurden - wie bereits in der vorwoche angekuendigt worden war - abgeschlossen.

fuer die kommende woche sind keine wichtigeren verkehrsmassnahmen in den wiener strassen zu erwarten.

am samstag ist die mariahilfer strasse zum drittenmal als verkehrsarme zone den fussgaengern und der strassenbahn vorbehalten.

0943

k o m m u n a l :

=====

## studie zur sanierung alter baubloecke

8 wien, 15.12. (rk) der planungsausschuss des wiener gemeinderates hat in seiner letzten sitzung sechs **architekten** beauftragt, fuer verschieden beschaffene, grosse baubloecke, die im vorigen jahrhundert entstanden sind, auf deren sanierungsmoeglichkeiten zu untersuchen. die baubloecke stehen in den bezirken 2, 10, 12, 16 und 17. die kosten machen 402.000 schilling aus.

1028

## vorarbeiten fuer fussgaengerzone mariahilfer strasse

9 wien, 15.12. (rk) als vorarbeit fuer ein spaeteres projekt einer fussgaengerzone innere mariahilfer strasse werden nun eine geodaetische aufnahme der mariahilfer strasse zwischen ring und guertel samt den einmuendenden strassenstuetzen sowie eine genaue erhebung ueber alle einbauten in diesem bereich durchgefuehrt. der planungsausschuss des gemeinderates hat in seiner letzten sitzung dipl.-ing. manfred eckharter mit dieser arbeit beauftragt und dafuer 162.000 schilling genehmigt.

1029

l o k a l :

=====

wiener fremdenverkehr:

bei 4 millionen uebernachtungen ein neuer anlauf

7 wien, 15.12. (rk) kein ausruhen auf lorbeeren gibt es beim fremdenverkehrsverband fuer wien: mit der stolzen bilanz von fast vier millionen uebernachtungen im fremdenverkehrsjahr 1972 verabschiedete sich der langjaehrige generalsekretaer, prof. walter m i n a r z . noch am selben tag kuendigte sein nachfolger, dr. helmur k r e b s , ein neues fremdenverkehrs-konzept an, in dem das wien von heute staerker praesent sein soll. die naechsten monate bringen bereits eine schwerpunktaktion fuer den bundesdeutschen und den schweizer markt: die aktion ''fruehling in wien.''

imagewerbung mit hartem kern

vor der fremdenverkehrskommission verabschiedete die verbandspraesidentin, vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , donnerstag den scheidenden prof. minarz, bei dem sie ''engagement und phantasie'' waehrend seiner langen taetigkeit ruehmte. minarz selbst erklaerte, sein team habe immer nur das ziel verfolgt, der wiener fremdenverkehrswirtschaft zu dienen. dr. krebs, der neue generalsekretaer betonte, das image von wien sei durchaus gut, in einem neuen konzept sollte aber etwas mehr von heutigen wien enthalten sein. durch die imagewerbung mit hartem kern sollten bestimmte gruppen ganz gezielt angesprochen werden. (1973 wird sich wien in basel, oslo und duesseldorf praesentieren. die bereits beruehmte ausstellung ''vienna gloriosa - creative austria'' wird in mexiko city gezeigt werden.)

steigerung um 5 prozent

die wiener nachtigungszahlen sind 1972 um etwas mehr als 5 prozent gestiegen, und zwar von 3,76 millionen auf 3,97

millionen naechtigungen. die staerksten steigerungsraten verzeichneten die ''stammgaeste'', also die besucher aus der brd und den u.s.a. eine erfreuliche steigerung ( + 40.000 uebernachtungen) ist bei den besuchern aus den anderen oesterreichischen bundeslaendern zu verzeichnen.

#### 1973: fruehling in wien

der verband, dem fuer das kommende jahr rund 25 millionen schilling zur verfuegung stehen, wird demnaechst mit der werbung fuer eine neue aktion beginnen: den ''fruehling in wien''. auf dem bundesdeutschen und dem schweizer markt soll fuer die letzte maerzwoche geworben werden, in der ein wahres feuerwerk an attraktiven veranstaltungen abrollt: eroeffnungssoiree im rathaus, galakonzert im theater an der wien, fruehlingsball in der hofburg, schliesslich drei veranstaltungen mit der spanischen reitschule in der stadthalle.

(forts.)

1027

k o m m u n a l :

=====

## professor zakovsky gestorben

10 wien, 15.12. (rk) professor ddr. jaroslav z a k o v s k y , langjaehriger leiter der physikalisch-technischen pruefungsanstalt fuer radiologie und elektromedizin, ist in wien ploetzlich verstorben.

professor zakovsky wurde am 28. april 1905 in wien geboren. er absolvierte das technologische gewerbemuseum, wurde 1933 zum dr. jur. und 1942 zum dr. rer. nat. promoviert. 1953 habilitation an der technischen hochschule fuer elektromedizinische apparate, seit 1956 zusaetzlich vorlesungen ueber strahlenschutz, 1955 lehrbefugnis fuer medizinische physik an der universitaet, 1960 a.o. hochschulprofessor.

prof. zakovsky kam 1926 in das physikalische laboratorum im zentralroentgeninstitut des allgemeinen krankenhauses, aus dem ein jahr spaeter die roentgentechnische versuchsanstalt unter leitung von dr. g. spiegler wurde. als dr. spiegler 1938 aus russischen gruenden aus diesem amt vertrieben wurde, uebernahm prof. zakovsky die leitung des instituts, die er auch im krieg behielt. 1947 wurde das institut von der stadt wien uebernommen, 1956 wurde es mit der radiumtechnischen versuchsanstalt zur 'physikalisch-technischen pruefanstalt fuer radiologie und elektromedizin' zusammengelegt. die hauptstelle blieb im allgemeinen krankenhaushaus, eine pruefstelle wurde im lainzer krankenhaushaus eingerichtet.

prof. zakovsky leitete das institut bis zu seiner pensionierung als senatsrat am 30. juni 1970. er war seither konsulent des sozialministeriums, dann des ministeriums fuer gesundheit und umweltschutz in strahlenschutzfragen. seit gruendung des oesterreichischen verbandes fuer strahlenschutz 1966 war er dessen praesident. es liegen mehr als 70 veroeffentlichungen von prof. zakovsky in fachblaettern vor.

l o k a l :

=====

fremdenverkehr (forts):

neuer generalsekretaer des wiener fremdenverkehrsverbandes

11 wien, 15.12. (rk) im fremdenverkehrsverband fuer wien wurde freitag der neue generalsekretaer (er tritt am 1. jaenner 1973 sein amt an) eingefuehrt: verbandspraesidentin vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r machte senatsrat dr. helmut k r e b s mit seinen kuenftigen mitarbeitern bekannt. gleichzeitig verabschiedete sie sich vom bisherigen generalsekretaer: prof. walter m i n a r z hat seit der gruendung im jahr 1956 diesen verband geleitet und ihm seinen ganz persoenlichen stempel aufgedrueckt.

dr. helmut k r e b s ist seit 1954 in den diensten der stadt wien taetig. nach dem aufbau eines referats fuer oeffentlichkeitsarbeit im stadtbauamt wirkte er an der schaffung des presse- und informationsdienstes mit und war dort lange in leitender position taetig. krebs gilt international als anerkannter fachmann fuer grossausstellungen in der ganzen welt. der germanist und anglist krebs, 1924 in wien geboren, kann auf lange praxis im zentralen informationswesen ebenso zurueckblicken wie auf umfangreiche eigene publizistische taetigkeit. (schluss)

1141

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über den städtischen Tiefbau

GR. Müller (DFP) erklärt, dieses Budget bewaise die Kinderfeindlichkeit der Gemeinde Wien (Windisch: "Schämen Sie sich."), da für die Verbesserung von Kinderspielplätzen lediglich 600.000 Schilling vorgesehen seien.

GR. Klement (FPÖ) meint, die Fragen um die Stadtautobahnen seien noch nicht gelöst. Durch Bürgermeister Slaviks Erklärung sei lediglich eine Verunsicherung entstanden. Den Umbau der Kreuzung Praterstraße-Taborstraße bezeichnete er als Schildbürgerstreich, da die Praterstraße nunmehr gleichsam zu einer Sackgasse geworden sei und der gesamte Verkehr über die Aspernbrückenstraße beziehungsweise über den Aspernplatz fließe, die beide nicht genug aufnahmefähig seien.

GR. Dr. Macher (ÖVP) beschäftigt sich ausschließlich mit der Kanalisation in Wien und wirft die Frage auf, ob die Kanalbauten überhaupt nach einem Konzept vorgenommen würden: Erfolge der Ausbau des Kanalnetzes in der Zielrichtung Stadterweiterung oder Stadterneuerung? Seiner Meinung nach gebe es auf diesem Sektor kein Leitbild, das von der Stadtplanung kommen müßte. Macher beklagte zudem, daß die Zahl der Senkgruben wiederum auf 30.000 gestiegen sei.

GR. Kranz (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit der WIG 74 und der neuen Großgrünanlage Laaer Berg. Hier handle es sich um einen sehr wesentlichen Beitrag für die Umweltverbesserung.

GR. Hoffmann (ÖVP) weist auf die Erhöhung des Tiefbaubudgets hin und meint, daß dadurch das Feuer der inflatorischen Entwicklung angefacht werde. Andererseits aber könnten zufolge der spürbaren Verteuerungen, nicht zuletzt durch die Mehrwertsteuer, weniger Leistungen erbracht werden. Während man 1969 davon gesprochen habe, daß die U 1 zwischen Reumannplatz und Stephansplatz 1976 verkehren werde, habe Heller im Vorjahr das Jahr 1977 genannt. Der Redner stellte die Frage, ob es vielleicht schon wieder einen neuen Termin gebe. Auch eine rasche Verlängerung der U 1 nach Süden urgiert er. Der Straßenbau sei im Gemeindebudget kraß unterdotiert, und ob man die Bundesstraßenmittel tatsächlich verbauen

können werde, hänge von der "Baubremse" des Bundes, aber auch davon ab, ob die städtischen Mittel für die notwendigen Einbauten ausreichen.

GR. Stockinger (SPÖ) spricht vom "Todfeind" Auto und davon, daß man der freizügigen Verwendung des Individualverkehrsmittels Grenzen setzen müsse. Er lobt die Wiener Autofahrer, die sich an die neuen Bodenmarkierungen im Interesse einer Verflüssigung des Straßenbahnverkehrs halten. Der Fortschritt beim U-Bahnbau sei beachtlich, doch müßte das Bodenrecht insoferne eine Modifikation erfahren, um die Erlangung von Servituten zum Unterfahren von Grundstücken zu erleichtern. Seit Beginn der entsprechenden Aktion seien bisher fast insgesamt 10.000 Autowracks von der Magistratsabteilung 48 abgeschleppt worden. Für das kommende Jahr rechne man mit etwa 8.000 Abschleppungen.

Unter Beifall überreicht Stockinger sodann Stadtrat Heller mit Anspielung auf die "Wühlarbeit" in Wien einen Plüschmaulwurf mit "goldenem Band und roter Schaufel".

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Heller den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit zurück, da selbstverständlich auf den verschiedenen Budgetposten erhebliche Mittel für die Kinderspielplätze enthalten seien. Die Kanalisierung gehe nach klaren Zielvorstellungen vor sich, wobei sowohl den Bedürfnissen der Stadterweiterung wie der Stadterneuerung Rechnung getragen werde. Die Beiseitigung aller Senkgruben würde den Bau von 500 Kilometer neuer Kanäle bedingen.

Zum Straßenbau führte Heller aus, daß hier auch berücksichtigt werden müsse, daß die Kapazität der Baufirmen ohnehin bis an die Grenze ausgelastet sei. Der Ausbau der Praterstraße sei noch nicht komplett, da ja die angekündigte Uraniabrücke eine wesentliche Entlastung für das dortige Verkehrsgeschehen mit sich bringen werde. Was die Stadtautobahnen angehe, sei er ein entschiedener Gegner von Hochstraßen im dichtverbauten Gebiet, und wenn man keine umweltfreundlichen Lösungen für verschiedene Bereiche finde, sollte man dort auf Autobahnen verzichten.

Nach dem Schlußwort meldet sich GR Müller zu einer tatsächlichen Berichtigung: In den von Heller erwähnten Budgetposten sei in den Erläuterungen kein Wort über die Kinderspielplätze zu finden. Auch

Stadtrat Heller meldet sich darauf zu einer tatsächlichen Berichtigung: Wenn auch in den Erläuterungen nicht ausdrücklich auf die Aufwendungen für Kinderspielplätze hingewiesen werde, würden selbstverständlich namhafte Mittel daraus für diesen Zweck aufgewendet.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

- - -

Debatte Baubehörde und Verkehrsbehörde

Die Vertreter von SPÖ und ÖVP erklärten prinzipiell ihre Zustimmung zu den Budgetansätzen, brachten jedoch Einzelkritiken vor. Die beiden Oppositionsparteien FPÖ und DFP verweigerten - ebenfalls aus prinzipiellen Gründen - die Zustimmung.

GR. Dr. Tuma (DFP) kritisierte die Friedhofsgebührenerhöhung, die sich seiner Berechnung nach auf 29 Prozent stelle und nicht, wie dem Gemeinderat vorgerechnet, auf 16 bis 20 Prozent. Lob hatte der Redner für **die gute öffentliche Beleuchtung** und für **die Tätigkeit** der Versuchs- und Forschungsanstalt.

Dr. Tuma stellte zur Diskussion, ob nicht das Fahrrad im Interesse einer besseren städtischen Umwelt bei Überlegungen für Verkehrsmittel der Zukunft einbezogen werden solle.

Schließlich forderte er, daß den kleinen Parteien eine Teilnahme an den Ausschüssen mit beratender Stimme ermöglicht werde.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte ebenfalls die Friedhofstarifierhöhung. Er stellte auch fest, daß für die geplante Auflassung von 16 kleinen Friedhöfen bisher **keine stichhaltigen Argumente** vorgebracht wurden.

Im Zusammenhang mit der Fußgängerzone im 1. Bezirk forderte Krenn Sondergenehmigungen für die Zufahrt von Taxis.

Zum geplanten Vorrangstraßennetz brachte der FPÖ-Redner einen Antrag auf Erweiterung ein. Als erste Maßnahme sollten die Bezirkshauptstraßen zu Vorrangstraßen erklärt werden. Krenn forderte eine Verbesserung des zentralen Wegweisersystems und eine Entschärfung von Verkehrsfällen. Hier machte er besonders auf den Radetzkyplatz und die Corneliusstiege aufmerksam.

GR. Leinkauf (ÖVP) hält es für vorteilhaft, das Friedhowswesen nicht als Betrieb zu führen. Würde man aber beim Wirtschaftsbetrieb bleiben, käme man ohne Tarifkorrekturen nicht aus.

Leinkauf stellte die Frage nach der Realisierung des Südwestfriedhof-Wettbewerbes und nach der Öffnung weiterer Friedhofstore. Klage führte er über die Monopolstellung der kommunalen Sargherstellung und den Zustand mancher Ehrengräber.

GR. Matza (ÖVP) begrüßte das Vorrangstraßensystem und die geplanten Dauerbodenmarkierungen im Interesse der Verkehrsver-

flüssigung. Er bedauerte das Fehlen einer wirkungsvollen Förderung des Garagenbaus durch die Stadtverwaltung und verlangte auch die Schaffung von Lkw-Abstellflächen, um die Belästigung der Bevölkerung durch Schwertransporte zu vermindern.

Zur umstrittenen Einbahnregelung in der Anilingasse im 6. Bezirk forderte der Redner eine neuerliche Überprüfung. Zur Schulwegsicherung drückte Matza die Hoffnung auf eine baldige bundesgesetzliche Regelung aus. Abschließend appellierte er an alle Verkehrsteilnehmer, auch jene des öffentlichen Verkehrs, die Verkehrsvorschriften diszipliniertes zu beachten.

GR. Glaser (SPÖ) beklagte zunächst "selbstherrliche Auffassungen" der MA 46-Vertreter bei verkehrsbehördlichen Kommissionen.

Dann forderte er mit Nachdruck einen Neubau für die Kraftfahrzeugprüfstelle der Magistratsabteilung 46, da die derzeitigen Einrichtungen absolut unzulänglich seien. Ein Lob spendete er der Beleuchtungsabteilung, die durch Rationalisierung und technische Errungenschaften Wien zur bestbeleuchteten europäischen Großstadt mache. Als Erfolg der Baupolizei wertete der Redner die Tatsache, daß in Wien große Katastrophen vermieden werden können. Schließlich appellierte Glaser an die Bauunternehmer, bei der Lagerung von Baumaterial und Bauschutz auf Gehsteigen und Straßen sachgemäßer und sparsamer mit dem begrenzten Raum umzugehen.

Im Schlußwort bezweifelte Stadträtin Dr. Schaumayer den Vorschlag "Zurück zum Fahrrad" als brauchbare Verkehrslösung für die Zukunft.

Zur Corneliusstiege: Die vorgeschlagenen Sicherungen seien bereits heuer im Juli und im November angebracht worden, es fehlen nur noch zwei Säulen beim Stiegenaufgang.

Fußgängerzone: Hier fehle noch die echte Funktionsbestimmung durch die Stadtplanung. Entsprechend einer solchen Bestimmung müßte dann auch eine Regelung für Taxi, die eher zum öffentlichen Verkehr zu zählen seien, gefunden werden.

Die angestellten Berechnungen über die Friedhoftariferhöhung träfen zu, sie selbst habe sogar von 33,7 Prozent gesprochen. Die Vorschläge, das Friedhofswesen nicht als Betrieb zu führen, würden auch ihrem Wunsch entsprechen.

Südwestfriedhof: Mit Einfriedungs-, Planierungs- und Pflanzarbeiten werde 1973 mit der Realisierung des Wettbewerbsresultates begonnen.

Öffnung der Friedhofstore: Die Friedhöfe Hernals und Hietzing werden 1973 - wie bereits einige andere - "offene Tore" erhalten. Ein Risiko liege freilich darin, daß Hundebesitzer mit Hunden und Jugendliche mit Fahrrädern die Friedhofswege widerrechtlich benützen.

Verkehrstechnik: Die Frage der Gelbphasen und des Phantomeffektes würden im nächsten Jahr sorgfältig studiert werden. Von Interesse in diesem Zusammenhang seien erst kürzlich angemeldete Patente von zwei österreichischen Firmen.

Anilingasse: Die Verkehrssituation werde derzeit genau beobachtet, so daß bis Ende Jänner 1973 eine endgültige Entscheidung gefällt werden könne.

Abschließend sprach sich Stadträtin Schaumayer prinzipiell gegen jede Art von "Selbstherrlichkeit" im Verwaltungsapparat der Stadt aus.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 16. Dezember 1972

Blatt 3129

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Bürgermeistersendung: 1,1 Milliarden für den  
Umweltschutz

Lokal: Untersuchung über Alte Donau  
Stadtentwicklungsplan für den 23. Bezirk  
Zweisprachige Bücher für Gastarbeiterkinder

Kommunal/Kultur: Wissenschaftliches Werk über "Sieben Quellen"

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

1,1 milliarden fuer den umweltschutz

5 wien, 16.12. (rk) im kommenden jahr sollen fuer aufgaben des umweltschutzes nicht weniger als 1,1 milliarden schilling ausgegeben werden, gab buengermeister felix s l a v i k samstag in seiner rundfunkrede bekannt. auch dem massenverkehr wird 1973 starke prioritaaet eingeraeumt. im budgetvoranschlag sind im kommenden jahr mit 1,4 milliarden s fuer die u-bahn um 320 millionen mehr als heuer vorgesehen. das wiener budget bleibe jedoch trotz erhoehung der mittel fuer die u-bahn, den hochwasserschutz, den neubau des allgemeinen krankenhauses und den ausbau der pflichtschulen im stabilitaetsgerechten rahmen. wien unterstuetze den bund im bemuehen um die stabilisierung der preise nach besten kraeften und unter ausschoeffung aller moeglichkeiten.

slavik kuendigte in seiner rede weiters an, dass er alles daransetzen werde, um bei der novellierung der bauordnung fuer wien die einbeziehung von kinderspielplaetzen zu erreichen.

der buengermeister hatte bekanntlich vor einigen monaten den auftrag erteilt, die moeglichkeiten pruefen zu lassen, die errichtung von kinderspielplaetzen beim neubau von wohnungen in der bauordnung zwingend vorzuschreiben.

die erste stellungnahme der juristen war eher negativ. slavik: ''was trotz grosser schwierigkeiten deutschen staedten gelang, sollte fuer uns nicht unmoeglich sein.'' er, slavik, hoffe zuversichtlich, dass es moeglich sein werde, dieses problem im kommenden jahr zu loesen.

+++

L o k a l :

=====

## untersuchung ueber alte donau

1 wien, 16.12. (rk) die zusammenhaenge des wasserniveaus der alten donau mit dem wasserstand des donaustroms sind gegenstand einer hydrotechnischen untersuchung, die der tiefbauausschuss des gemeinderates donnerstag genehmigt und dafuer 750.000 schilling bereitgestellt hat. mit dem gutachten wurde die planungsgemeinschaft prof. dr. kresser, dozent dr. breiner und dr. reitinger von der technischen hochschule wien beauftragt. gegenstand der untersuchung sind die moeglichkeiten einer grundwasserzufuhr, um waehrend der badesaison einen mindestwasserstand der alten donau von 1,50 meter (pegel kagraner bruecke) zu gewaehrleisten **sowie die** moegliche beeinflussung der alten donau durch die baumaßnahmen fuer den donauhochwasserschutz.

+++

## stadtentwicklungsplan fuer den 23. bezirk

3 wien, 16.12. (rk) der planungsausschuss des gemeinderates hat am freitag die ausarbeitung eines weiteren stadtentwicklungsplanes, und zwar fuer den westlichen teil des 23. bezirkes, gutgeheissen und den auftrag an dipl.-ing. stefan huebner und dipl.-ing. heinz ekhart vergeben. dabei soll unter anderem auch die verknuepfung mit den umlandgemeinden studiert werden. die kosten werden 310.000 schilling ausmachen.

+++

l o k a l :

=====

zweisprachige buecher fuer gastarbeiterkinder

4 wien, 16. 12. (rk) mit zweisprachigen kinderbuichern soll kuenftighin gastarbeiterkindern das erlernen der deutschen sprache erleichtert werden. der verlag **jugend und volk** hat vor kurzem solche kinderbuicher - reich illustriert - in den sprachenserbokroatisch, tuerkisch, italienisch, griechisch und spanisch herausgegeben. damit erhaelt jedes gastarbeiterkind die moeglichkeit, die geschichten in seiner heimatsprache zu lesen und, wenn es mag, am deutschen text seine sprachkenntnisse zu erproben. der text hat einen einfachen satzbau, eine klare bildhafte sprache und einen wortschatz aus dem alltagsleben der kinder. alle geschichten sind originalerzaehlungen, die ausschliesslich fuer die auslaendischen kinder erdacht und geschrieben wurden. der inhalt ist dabei speziell auf die probleme, noete und sorgen der gastarbeiterkinder abgestimmt.

+++

k o m m u n a l / k u l t u r :

=====

wissenschaftliches werk ueber ''sieben quellen''

2 wien, 16.12. (rk) die geologischen und hydrologischen er-  
kenntnisse, die beim vortrieb des zehn kilometer langen schnee-  
alpenstollens zur realisierung des wassergewinnungsprojektes  
'sieben quellen' der stadt wien in der steiermark gewonnen  
wurden, erscheinen den experten so interessant, dass sie nun in  
einer wissenschaftlichen publikation der geologischen bundes-  
anstalt niedergelegt werden sollen. der tiefbauausschuss des  
gemeinderates fasste donnerstag den beschluss, die druckkosten in der  
hoehe von 100.000 schilling zu uebernehmen.

+++

# Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 18. Dezember 1972

Blatt 3134

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte

Hintschig: Funktaxis für Katastropheneinsatz

Suttner: "Wohnungsbau als gesellschaftliche Verpflichtung"

Mehrwertsteuer-Übernahme bei Gas und Strom

Auch Bädergebühren bleiben stabil

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1971

"Wien aktuell" - die neue Kommunalillustrierte

Schaltanlage Donaustadt in Betrieb

Lokal:

Straßen und Gehsteige: Baustofflagerungen

werden eingedämmt

Univ.-Prof. Dr. Hans Spitzzy zum Gedenken

Weihnachtsbaum-Aktion für bedürftige Familien

Theater für Gastarbeiterkinder

Kulturdienst:

Riesenandrang auf "Das gute Bild für jeden"

Medienbus für Wiener Schulen:

Fröhlich-Sandner: "Orientierung in der Informationsflut"

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

Kommunal:Rathaus-BudgetdebatteHintschig: Funktaxis für Katastropheneinsatz  
=====

Wien, 18. 12. (RK) Es ist vorgesehen, im Katastrophenfall auch den Taxifunk und die Wiener Funktaxis für Hilfeleistungen heranzuziehen. Erste Besprechungen mit den Vertretern der Taxiorganisation haben bereits ein günstiges Ergebnis gebracht und die Bereitschaft der Taxiunternehmer erkennen lassen, bei Katastrophenfällen sehr eng mit den Einsatzdiensten der Stadt Wien zusammenzuarbeiten. Dies gab Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig in seinem Referat über die Geschäftsgruppe X (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen) bekannt. Die Verhandlungen mit den Taxiunternehmungen sollen im kommenden Jahr abgeschlossen werden.

Nach Stadtrat Hintschig reiche das im Parlament vorliegende Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsgesetz für eine Lösung des Bodenproblems in Wien nicht aus. Der Entwurf könne zwar spürbare partielle Verbesserungen bringen, auf dem Wege zu einer den gesellschaftlichen Erfordernissen von Gegenwart und Zukunft entsprechenden Bodenpolitik werde man einige Schritte weitergehen müssen.

Hintschig präziserte die mögliche Form dieser künftigen Schritte:

- 1) Die Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand über die Nutzung von Grund und Boden müsse verstärkt werden.
- 2) Bodenwertzuwachs und ein Teil der Bodenrente müßten durch die Gemeinschaft abgeschöpft werden können.
- 3) Ein Planungswertausgleich solle gestatten, Planungsgewinne abzuschöpfen und Planungsverluste auszugleichen.

Auch Ziele, die in weiterer Ferne liegen, müßten aufmerksam verfolgt und in die Überlegungen einbezogen werden. Zum Beispiel Aufspaltung des bisher totalen Grundeigentums in ein Nutzungs- und Verfügungseigentum, wobei das Verfügungseigentum an die Gemeinschaft überzugehen hätte.

Für das kommende Jahr seien in der Geschäftsgruppe X Ausgaben in der Höhe von 713,3 Millionen Schilling vorgesehen, daß sind um

99 Millionen weniger als 1972. Allerdings entfalle im kommenden Jahr zum ersten Mal der Beitrag für die Bundespolizei, der in diesem Jahr fast 130 Millionen Schilling betrug.

Im einzelnen stehen für Grunderwerbungen 390 Millionen - fast genauso viel wie in diesem Jahr - zur Verfügung. Falls es notwendig sein sollte, ist die Aufnahme zinsengünstiger Kredite bis zu 200 Millionen in Aussicht gestellt. Für die Feuerwehr sollen im kommenden Jahr nicht weniger als 254,3 Millionen ausgegeben werden. Für den Presse- und Informationsdienst sind 27,3 Millionen veranschlagt, die Mittel für Empfänge und Feierlichkeiten (16,7 Millionen) wurden gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Millionen gekürzt.

Es sei damit zu rechnen, daß die Feuerwehr im kommenden Jahr auch in Belangen des Umweltschutzes tätig werden kann: einerseits wurde der Entwurf eines Immissionsschutzgesetzes ausgearbeitet, andererseits wurden Meßgeräte angeschafft, die Gutachten über den zweckmäßigen Betrieb von Feuerstätten ermöglichen. Es sei damit zu rechnen, daß die Bestimmungen des Immissionsschutzgesetzes im Jahre 1973 Rechtskraft erhalten.

Seit der Gründung der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft wurden durch diese Gesellschaft bisher an 62 Firmen Grundstücke im Gesamtausmaß von mehr als 800.000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt. Allein diese Firmen wollen in Wien rund 1 3/4 Milliarden investieren. Ungefähr 8.500 neue und modernst ausgestattete Arbeitsplätze wurden geschaffen. 68,8 Prozent aller angesiedelten Betriebe waren rein österreichische Betriebe. Die österreichischen Firmen erhielten 47,7 Prozent der gesamten Grundfläche. Gemessen am Gesamtinvestitionsvolumen aller angesiedelten Betriebe liegt Österreich mit einem Prozentanteil von 35,7 Prozent - oder absolut 631 Millionen Schilling - erneut an erster Stelle. Österreichische Firmen beschäftigten auch die meisten Arbeitnehmer - nämlich 40,8 Prozent.

Der Schwerpunkt aller Grundtransaktionen sei natürlich auch in diesem Jahr in den Außenbezirken gelegen. Die meisten Grundkäufe oder Verkäufe seien in den Bezirken 11, 21, 22 und 23 getätigt worden. Aber auch im Assanierungsgebiet des 15. Bezirkes habe es einige wichtige Transaktionen gegeben. 50 Grundkäufe in diesem Jahr kämen früher oder später dem Wohnbau zugute. 82 Grunderwerbungen ermöglichen künftige Straßenbauvorhaben, 16 Käufe ermöglichen Schulbauten.

Ein wichtiges Beispiel für sinnvolle Bodenvorratspolitik sei in diesem Jahr der Kauf der sogenannten Wienerbergergründe östlich der Triester Straße gewesen. Zusammen mit den Draschegründen besitze nun die Stadtverwaltung sieben Millionen Quadratmeter Grund in diesem Gebiet. Der Besitz dieser großen zusammenhängenden Fläche ermögliche es, den südlichen Raum Wiens sinnvoll zu planen und zu gestalten.

- - -

K o m m u n a l :

Rathaus-Budgetdebatte:Suttner: "Wohnungsbau als gesellschaftliche Verpflichtung"

Wien, 18.12. (RK) Niemand denke an einen Baustop, und schon gar nicht im Bereich des öffentlich geförderten Wohnbaues in Wien: Das war die grundsätzliche Aussage von Wohnungsstadtrat Reinhold Suttner, als er Montag dem Wiener Gemeinderat die Ansätze der Geschäftsgruppe XI zur Zustimmung empfahl. Gleichzeitig ließ Suttner allerdings keinen Zweifel daran, "daß es vom Verhalten aller am Wohnungsbau Beteiligten abhängig sein werde, in welchem Umfang der Wohnungsbau künftighin weitergeführt werden kann". Das Bauen von Wohnungen könne nicht als "das Hobby einiger weniger" angesehen werden, sondern sei eine gesellschaftliche Verpflichtung.

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet deutete Suttner mit dem Hinweis auf die rapid steigenden Baukosten und die Unzulänglichkeit des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 an.

Suttner teilte mit, daß im Jahre 1973 in Wien mit mehr als 2 Milliarden für den Wohnungsbau zu rechnen sei. Die Wohnhäuserverwaltung ihrerseits werde sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben 1973 erstmals die Milliardengrenze überschreiten.

Suttner ging dann auf zwei aktuelle Fragen ein: bargeldlose Mietzinszahlung und Betriebskostenerhöhung. Was die Zahlung der Mietzinse über das Girokonto anlange, so habe der Terminplan für die Vorarbeiten nicht eingehalten werden können - nicht durch Nachlässigkeit, sondern im Zusammenhang mit der Neuregelung der Umsatzsteuer, der Hausbesorgerentgelte und der Betriebskosten. Die Anforderungen vieler Dienststellen des Magistrates an die elektronische Datenverarbeitung seien so umfangreich, daß eben nicht alles auf einmal erledigt werden könne. Im übrigen gehe es ja nicht nur um die Abrechnung der 187.000 Gemeindewohnungen, sondern es kämen noch 10.000 Geschäftslokale, fast 4.000 Waschküchen und etwa 14.000 Parkplätze dazu. Die bargeldlose Mietzinszahlung werde aber mit ziemlicher Sicherheit noch im kommenden Jahr realisiert werden können.

Suttner ersuchte um Verständnis dafür, daß für den Betriebskostenanteil keine allgemeinen Budgetmittel verwendet werden könnten, handle es sich doch um jene Aufwendungen, die von der Wohnhäuserverwaltung für die Mieter erbracht würden. Die Neubelastung mit 1. Jänner 1973 entspreche genau der tatsächlichen Entwicklung, nämlich einer Steigerung von 38 Prozent auf der Einnahmenseite und einer solchen von 32 Prozent auf der Ausgabenseite. (Allein die Hausbesorgerentgelte seien um 33 Prozent gestiegen, die Ausgaben für Beleuchtungsmittel um 24 Prozent und für die Instandhaltung von Aufzügen um 49 Prozent.) Es bleibe daher keine andere Möglichkeit, als von Zeit zu Zeit die erhöhten Aufwendungen durch eine Neufestsetzung des Betriebskostenanteiles aufzufangen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

l o k a l :

=====

strassen und gehsteige:

baustofflagerungen werden eingedaemmt

3 wien, 18.12. (rk) wiens baufirmen werden jetzt angehalten, bei der lagerung von baumaterial auf strassen und gehsteigen besonders in den innenbezirken mit dem zur verfuegung stehenden knappen raum sparsamer umzugehen. stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r hat den zustaendigen magistratsdienststellen entsprechende weisungen erteilt und zugleich den polizeipraesidenten um unterstuetzung der aktion durch die polizeiorgane ersucht. die polizei wird kuenftig - entsprechend einer dienstanweisung von polizeipraesident josef h o l a u b e k - bei der beurteilung der inanspruchnahme oeffentlicher verkehrsflaechen fuer baustofflagerungen ein strenges mass anlegen.

situation bereits verbessert

in der weisung des stadtbaudirektors an die baupolizei und an die magistratsabteilung fuer technische verkehrsangelegenheiten wird betont, dass die lagerung von baustoffen auf oeffentlichen verkehrsflaechen nur dann vertretbar ist, wenn sie auf dem baugrundstueck oder auf liegenschaften der umgebung nicht oder nur mit einem wirtschaftlich nicht vertretbaren aufwand moeglich ist. konkret wurden in letzter zeit bei verschiedenen bauvorhaben im 7. und 9. bezirk die baumeister durch verhandlungen zur zurueckziehung ihres ansuchens fuer baustofflagerungen veranlasst. bei bauvorhaben im 1., 12. und 15. bezirk konnten bestehende lagerflaechen dank der einsicht der baumeister durch den magistrat wesentlich reduziert werden.

18. dezember 1972

'rathaus-korrespondenz'

l o k a l :

=====

univ.-prof. dr. hans spitzy zum gedenken

4 wien, 18.12. (rk) auf den 21. dezember faellt der 100. geburts-  
tag des orthopaedischen chirurgen dr. hans s p i t z y .

hans spitzy wurde am 21. dezember 1872 in st. leonhard in der  
steiermark geboren. er studierte an der grazer universitaet und  
wurde 1896 zum doktor der gesamten heilkunde promoviert. zunaechst  
wandte er sich der kinderheilkunde zu. in der zwischenzeit hatte  
er aber bereits begonnen, sich mit dem damals neu aufkommenden  
spezialfach der chirurgischen orthopaedie zu befassen. 1905  
habilitierte sich spitzy als privatdozent fuer orthopaedische  
chirurgie an der grazer universitaet und uebernahm 1906 die  
leitung der orthopaedischen abteilung der grazer universitaets-  
kinderklinik. 1911 wurde er zum a.o. universitaetsprofessor  
ernannt. nach kriegsende uebernahm er die orthopaedische abteilung  
des kaiser franz josef-spitals und wurde gleichzeitig a.o. universi-  
taetsprofessor fuer orthopaedische chirurgie an der wiener univer-  
sitaet.

im jahr 1923 erfolgte die ernennung zum ordinarius und zum  
direktor des wiener orthopaedischen spitals. als leiter dieses  
instituts, an dem er zwei jahrzehnte lang wirkte, hat er es zu  
einer musteranstalt fuer die ganze welt ausgebaut. im oktober 1942  
wurde er auf eigenes ansuchen von seinen dienstverpflichtungen  
entbunden.

spitzy war ehrenmitglied und korrespondierendes mitglied  
zahlreicher medizinischer gesellschaften des in- und auslandes.  
in wuerdigung seiner verdienste wurde ihm 1952 der ehrenring  
der stadt wien verliehen. er verschied hochbetagt am 22. juli 1958.

l o k a l :

=====

## weihnachtsbaum-aktion fuer beduerftige familien

6 wien, 18.12. (rk) in zusammenarbeit mit der oesterreichischen gesellschaft ''rettet das kind'' wird das jugendamt der stadt wien auch heuer wieder eine weihnachtsbaum-aktion durchfuehren. im rahmen dieser aktion erhalten 50 beduerftige wiener familien einen weihnachtsbaum mit kerzen und schokoladebehang sowie kinderspielzeug. bei den von den wiener bezirksjugendaemtern ausgewaehlten familien handelt es sich ueberwiegend um alleinstehende muetter, grossmuetter oder tanten, die kinder oft unter schwierigsten familiaeren verhaeltnissen betreuen. von den 50 familien haben 34 mehr als drei kinder. insgesamt werden 190 wiener kinder durch diese aktion beschenkt werden.

1035

k o m m u n a l :

=====

## mehrwertsteuer-uebernahme bei gas und strom

5 wien, 18.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen beschloss montag auf antrag von stadtrat franz n e k u l a die anpassung der gas- und stromtarife an die mehrwertsteuer. bis 30. april 1973 uebernehmen, wie berichtet, die wiener stadtwerke die mehrwertsteuerbelastung beim haushaltsstrom-grundtarif und fuer das gas, das zum kochen und zur warmwasserbereitung verwendet wird. fuer diese drei monate bedeutet das praktisch eine tarifsenkung, die im interesse der bevoelkerung durchgefuehrt wird. das bedeutet eine belastung von 12,5 millionen beim strom und von 8,5 millionen beim gas. dazu kommen, wie stadtrat nekula mitteilte, 3,5 millionen schilling kosten, die daraus entstehen, dass fuer die verbrauchserhebung bis 30. april die zaehler abgelesen werden muessen. insgesamt ergeben sich also aus der uebernahme der mehrwertsteuerlasten bei gas und strom fuer die stadtwerke kosten von 24,5 millionen schilling.

1033

k o m m u n a l :

=====

auch baedergebuehren bleiben stabil

7 wien, 18.12. (rk) die gebuehren fuer die benuetzung der staedtischen baeder wurden montag auf antrag von stadtrat hubert p f o c h vom hochbauausschuss des gemeinderates an das umsatzsteuergesetz 1972 (mehrwertsteuer) angepasst. das bedeutet: die gemeinde wien traegt diese umsatzsteuer in der hoehe von acht prozent, so dass sich an den baedergebuehren nichts aendert. stadtrat pfoch betonte, dass man damit dem appell der bundesregierung rechnung tragen wolle und, wie bei anderen kommunalgebuehren, auch hier keine neue belastung fuer die bevoelkerung entstehen soll.

1039

k o m m u n a l :

=====

## statistisches jahrbuch der stadt wien 1971

8 wien, 18.12. (rk) das statistische jahrbuch der stadt wien ueber das jahr 1971 bringt in 25 abschnitten auf fast 360 tabellen-seiten ueber 100.000 einzelinformationen ueber das wirtschaftliche, soziale und kulturelle leben wiens in diesem jahr. daneben werden noch die hauptergebnisse fuer die vier zurueckliegenden jahre angefuehrt.

neu aufgenommen wurden neben graphischen darstellungen die ersten ergebnisse der volkszaehlung 1971 mit einer darstellung der bevoelkerungsentwicklung 1961 bis 1971 nach gemeindebezirken.

im jahre 1971 konnten 17.198 lebendgeborene und 28.516 gestorbene gezaehlt werden. der gestorbenenueberschuss von 11.318 wurde aber durch einen wanderungsgewinn von 13.020 personen mehr als ausgeglichen. der rueckgang von 12.891 eheschliessungen im jahre 1970 auf 11.340 im jahre 1971, bedingt durch die im jahre 1971 fuer 1972 angekuendigte einfuehrung des neuen haustandsgruendungsbeitrages, wurde in den ersten monaten des jahres 1972 - im jaenner stieg die eheschliessungsquote gegenueber dem vorjahresmonat um fast 62 prozent an - wieder wettgemacht.

eine neu aufgenommene uebersicht der lebendgeborenen nach der staatsangehoerigkeit zeigt, dass von den 17.198 geborenen des jahres 1971 991 oder 5,8 prozent jugoslawen und 86 oder 0,5 prozent tuerken waren. zum allergroessten teil handelt es sich hierbei um kinder von gastarbeitern.

erstmals in diesem jahrbuch befinden sich auch uebersichten ueber die eheschliessenden nach dem beruf der brautleute sowie ueber die lebengeborenen nach dem beruf des vaters und der mutter.

ueber die qualitaet der wiener wohnungen geben mikrozensus-daten naeher aufschluss: von den 729.000 durch den mikrozensus erfassten wohnungen weisen nur 84.000 die hoechste wohnungsqualitaet (wasseranschluss, wc, badezimmer oder duschnische und zentralheizung) auf. der durchschnittliche wohnungsaufwand in diesen

wohnungen ist von 338 s im jahre 1970 auf 371 s im jahre 1971 gestiegen.

auf dem gebiet der wirtschaftsstatistik wurden die bisherigen tabellen durch die aufnahme von daten der erhebungen in industrie und gewerbe weiter vervollstaendigt. 1.687 industriebetriebe und 896 betriebe des grossgewerbes mit fast 210.000 beschaeftigten meldeten umsaetze, produktionswerte, investitionen und abschreibungen

die konjunktur des baugewerbes laesst sich an der bauproduktion mit 7,4 milliarden schilling im jahre 1971 gegenueber 4,9 milliarden im jahre 1968 wie auch am auftragsueberhang (5,5 milliarden) und am beschaeftigtenstand (durchschnittlich 29.200) ablesen.

das statistische jahrbuch der stadt wien 1971, herausgegeben vom magistrat der stadt wien, ist zum preis von 120 s durch den buchhandel oder direkt ueber den verlag jugend und volk ges.mbh., tiefer graben 7-9, 1010 wien, zu beziehen.

1136

k o m m u n a l :

=====

## 'wien aktuell' - die neue kommunalillustrierte

9 wien, 18.12. (rk) das offizielle organ der bundeshauptstadt wird ab jahresbeginn unter dem neuen titel ''wien aktuell'' erscheinen. dies teilte stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g in der budgetdebatte des wiener gemeinderats mit. schon der neue titel solle den geplanten charakter dieser zeitschrift als illustriertes kommunales wochenmagazin anzeigen. das amtsblatt der stadt wien wird als eigene beilage zu ''wien aktuell'' gedruckt werden. ''wien aktuell'' wird zum preis von 3 schilling in den trafiken erhaeltlich sein.

stadtrat hintschig kuendigte an, dass der presse- und informationsdienst der stadt wien auch in anderer hinsicht neue wege gehen werde, um die zusammenarbeit mit den massenmedien und die information der bevoelkerung ueber das, was in der stadt geschieht, zu verbessern.

unter starkem beifall des gemeinderats dankte stadtrat hintschig dem scheidenden chefredakteur des presse- und informationsdienstes, professor wilhelm a d a m e t z . ''er hat fast ein vierteljahrhundert lang die pressestelle geleitet, er war von der schwersten und schwierigsten zeit an dabei'', stellte stadtrat hintschig fest. ''wir haben ihn als einen konzilianten menschen gekannt und wuenschen ihm fuer den ruhestand alles gute.''

k o m m u n a l :

=====

## schaltanlage donaustadt in betrieb

12 wien, 18.12. (rk) die neue 110-kv-freiluft-schaltanlage des kraftwerkes donaustadt wurde am vergangenen wochenende erstmals unter spannung gesetzt.

von den zwei 110-kv-freileitungen, die in je 1,8 kilometer laenge zwischen der leitung kraftwerk simmering - umspannwerk stadlau und dem kraftwerk donaustadt gebaut werden, steht damit eine bereits in betrieb. die zweite wird bis zum kommenden fruehjahr fertig sein. mit dieser ersten leitung ist der wiener 110-kv-ring geschlossen und der energietransport fuer den winter gesichert.

1155

l o k a l :

=====

## theater fuer gastarbeiterkinder

11 wien, 18.12. (rk) fuer wiens jugoslawische gastarbeiterkinder gibt es eine vorweihnachtliche ueberraschung: der wiener zuwandererfonds und die wiener kinderfreunde fuehren eine gemeinsame aktion durch, in deren rahmen jugoslawische maedchen und buben im schulpflichtigen alter zu einem theaterbesuch eingeladen werden. gespielt wird das maerchenspiel ''die schoene und das tier'' von nicholas stuart g r a y . in der vorstellung selbst wird ein lehrer in serbokroatischer sprache eine einfuehrung geben und auch zwischen den einzelnen akten das stueck kurz erlaeutern.

die erste vorstellung findet kommenden mittwoch, den 20. dezember, um 15 uhr, im amalienkino, 10. laxenburger strasse 8-10, statt. weitere vorstellungen, an denen auch wiener kinder teilnehmen werden, sind fuer donnerstag, den 21. dezember, um 15 uhr, zentralberufsschule, 12, laengenfeldgasse 13-15, und freitag, den 22. dezember, um 14.30 und 16.15 uhr, im hochhaus am praterstern 1, vorgesehen.

1146

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Debatte über Liegenschaftswesen

Nach Ansicht von GR. Joachim Müller (DFP) sei die Kürzung des Budgets für Repräsentationen und Feierlichkeiten im Jahr 1973 zu gering. Müller brachte den Antrag ein, diese Mittel um weitere zehn Millionen zu kürzen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erwähnte, daß die Verwaltungsstrafen im kommenden Jahr der Stadtverwaltung um 30 Prozent mehr als in diesem Jahr, - nämlich 67 Millionen Schilling - bringen werde. Das sei mehr als das Erträgnis aus der Vergnügungssteuer. Jeder Wiener Autofahrer zahle also im Durchschnitt rund 150 Schilling jährlich an Verwaltungsstrafen. Hirnschalls Forderung: Diese Mittel zweckgebunden für den Parkgaragenbau in Wien zu verwenden. Er brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Zum Problem der Bodenbeschaffung: Ein Bodenbeschaffungsgesetz sei nicht notwendig, die Stadt Wien besitze genügend Grundreserven. Im Hinblick auf eine eventuelle Änderung der Stadtverfassung deponierte Hirnschall den Wunsch seiner Partei, an der Verfassungsänderung mitzuarbeiten.

GR. Jedletzberger (ÖVP) hob die Bedeutung des Gartenbaus für Wien hervor. 60 bis 65 Prozent des gesamten Bedarfes an Frischgemüse könnten durch Wiener Betriebe gedeckt werden. Das Gemüse sei insbesondere in Wien wesentlich billiger als in anderen vergleichbaren europäischen Staaten. Der Gartenbau müsse als wesentlicher preisregulierender Faktor angesehen werden. Jedletzberger dankte der Stadtverwaltung für das immer bewiesene Verständnis den Berufsgärtnern in Wien gegenüber, das auch durch die Zurverfügungstellung von weiteren 20 Hektar Grund durch die Stadt Wien unter Beweis gestellt werde.

GR. Deutsch (SPÖ) appellierte an alle Sozialpartner, wirtschaftliche Probleme sachlich zu diskutieren und das soziale Klima in Österreich und in Wien nicht durch Schlagworte zu zerstören. Die Diskussion um eine Änderung der Ladenschlußzeit habe zur Sorge Anlaß geboten. Man könne bei so ernststen Problemen nicht im Stil einer

"Waschpulverreklame" argumentieren.

Deutsch regte an, für die Lenker von Tankfahrzeugen eine Zusatzprüfung einzuführen.

Über die schlechte Information der Wiener Tageszeitungen bei kommunalen Themen klagte GR. Köchler (ÖVP). Bundesländerzeitungen, ausländische Zeitungen - zum Beispiel die "Neue Zürcher Zeitung" informierten viel besser über die Tätigkeit der Stadtverwaltungen. Eine bessere Information der Wiener Massenmedien zu erreichen, sei seiner Meinung nach die Hauptaufgabe des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien.

Ein neues Bodenbeschaffungsgesetz sei nicht unbedingt notwendig - 117 Enteignungen im Jahr 1971 bewiesen drastisch die ausreichenden gesetzlichen Möglichkeiten. Köchler kritisierte den Entwurf des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, der zur Zeit im Parlament liegt. Diesem Entwurf fehlten Richtlinien zur Verhinderung von Willkür und Mißbrauch.

GR. Edlinger (SPÖ) klagte über die Benachteiligung Wiens im Fernsehen und Rundfunk. Er urgierte die Errichtung eines eigenen Landesstudios Wien. Man könne dem Bundesland mit den meisten Radiohörern nicht das vorenthalten, was man anderen Bundesländern bereitwilligst gibt.

Gerade weil die Massenmedien in Wien überregionale Funktionen zu erfüllen haben, müsse der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien durch verstärkte Aktivitäten diese Lücke schließen. Jeder Bürger habe das Recht auf Information.

Zur Sicherheit in Wien: Die Statistik täusche. Um die Sicherheit sei es nicht schlecht bestellt. Allerdings werde sie in Zukunft nur dann weiter gewährleistet sein, wenn der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei erhalten bliebe. Die aktive Teilnahme jedes Bürgers sei unbedingt notwendig.

Diese letzte Aussage veranlaßte GR. Dr. Tuma (DFP) zu einer Wortmeldung: Die bestehende Rechtsordnung ermögliche keine Mithilfe des Bürgers. Jede Privatperson, die den

Versuch unternehme, der Polizei aktiv zu helfen, sei dumm. Es gebe überhaupt keinen Schutz des Staates, wenn jemand tatsächlich zu Schaden kommen sollte.

Nach Ansicht des neuen Leiters des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien solle bei den Aktivitäten des PID der journalistische Gesichtspunkt im Vordergrund stehen. Eine verstärkte Information der Bevölkerung sei nur dann möglich, wenn man das ganze breite Spektrum der Informations- und Werbemöglichkeiten ausnütze, meinte Stadtrat Dkfm. Hintschig in seinem Schlußwort.

Zur Sicherheit in Wien: Der Bürgermeister stehe in ständigem Kontakt mit der Wiener Polizeidirektion. Gerade in der letzten Zeit habe dieser Kontakt einige konkrete Verbesserungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit mit sich gebracht: So sollen in nächster Zeit in Strebersdorf und Favoriten zwei neue Diensthundestützpunkte errichtet werden. In großen Wohnsiedlungen werden künftig mit Funk ausgestattete Polizeihundeführer mit ihren Tieren Kontrollgänge absolvieren. Außerdem werden in absehbarer Zeit die bisher zentral situierten Funkstreifen auf sechs Bezirke aufgeteilt werden. Über den weiteren Einsatz von zehn zusätzlichen Funkstreifen werde im Augenblick noch diskutiert. Auch bei der Beseitigung des Wohnungsproblems für Sicherheitswachebeamte habe die Stadtverwaltung Hilfe angeboten.

Er, Hintschig, gebe den Kritikern recht, die meinen, das Liegenschaftswesen sei reformbedürftig. Eine Offenlegung städtischen Grundbesitzes halte er jedoch nicht für zielführend: Die Bodenspekulanten wären allzu sehr im Vorteil. Ein erster Teil der Reform des Liegenschaftswesens sei jedoch bereits fertiggestellt: Ein Beamtenkomitee habe ein Reformkonzept für eine zentrale Liegenschaftsevidenz ausgearbeitet. Diese Liegenschaftsevidenz - ein erweitertes Grundbuch der Stadt Wien - ermögliche der Verwaltung einen raschen Zugriff zu allen wichtigen Daten. In Zukunft könne man dann an die Realisierung einer Grundstückdatenbank denken. In der letzten Phase wäre es dann auch möglich, alle privaten Grundstücke in Wien zentral

zu erfassen. Auch der Grundverkehr müsse in Zukunft flüssiger und rascher möglich sein. Gespräche darüber seien zur Zeit im Gange.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der DFP-Antrag wurde abgelehnt, der FPÖ-Antrag an den zuständigen Ausschuß zurückgewiesen.

Debatte über Wohnungswesen

GR. Dr. Tuma (DFP) begrüßte den Umstand, daß die Gemeindefwohnungen sowohl in der Größe als im Komfort Verbesserungen zeigten, bemängelte aber gleichzeitig, daß sich diese Wohnungen der Kleinverdiener nicht mehr leisten könne. Darüber hinaus sei eine Demokratisierung der Vergabe und der Verwaltung der Wohnungen bereits überfällig.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) erklärte, zehn Prozent aller Wiener Wohnungen stünden leer - nicht zuletzt aus Profitgier und aus Spekulationsmotiven. Unbekannt sei allerdings die leerstehende Zahl von Gemeindefwohnungen. Im übrigen kritisierte der Redner die Unmöglichkeit, den Mietzins in Gemeindefwohnungen bargeldlos zu zahlen.

Wolfram lobte den Umstand, daß die Wohnungsgröße langsam familiengerechter werde. Die Wohnungsvergabe bezeichnete er als "nach wie vor undurchsichtig".

Schließlich äußerte er sich zur Zentralwäscherei: Die Probleme lägen in der Veralterung des Maschinenparks.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) bezifferte den qualitativen Wohnungsfehlbestand in Wien mit 450.000. Auch er gestand zu, daß in der Amtszeit von Stadtrat Suttner die Wohnungen durchschnittlich größer geworden seien. Dennoch dürfe man die Tatsache nicht übersehen, daß bis heute nur elf Prozent der Wiener Wohnungen größer als 90 Quadratmeter seien. Aber auch über den Grundriß müsse man diskutieren. Die Küchen seien viel zu klein, man solle doch bedenken, daß in der Küche vielfach wenigstens das Frühstück eingenommen werde.

Ebert widmete sich auch der Frage der Sozialkontakte in Neubauten und erklärte, die Art der Verbauung, insbesondere die Einseitigkeit bei der Schaffung der Gemeinschaftseinrichtungen sei mitschuldig am Zerbrechen der sozialen Kontakte in diesen Gebieten.

Der Redner beklagte eine "Krise in der Bearbeitung der Bauakten" und forderte eine Verwaltungsvereinfachung zur Beschleunigung und Verbilligung des Baugeschehens.

GR. Kneisler (SPÖ) nannte den Einbau von 53 Personenaufzügen und den Beginn der Einbauarbeiten bei 101 Stiegen im vergangenen Jahr einen weiteren bedeutenden Schritt zur Verbesserung alter Gemeindefbauten. Die Aufzüge seien ein Geschenk der Gemeinde, die

Mieter müßten nur für die Betriebskosten aufkommen. Freilich sei gelegentlich mangelnde Solidarität mancher Mieter an der Verzögerung von Einbauvorhaben schuld. Den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit der Gemeinde Wien könne man angesichts der Freigabe zahlreicher Rasenflächen in Wohnhausanlagen, die auf Initiative des Bürgermeisters erfolgt sei, zurückweisen.

Zum Umweltschutz forderte Kneisler den Beitrag jedes einzelnen: Es müßte nicht sein, daß Unrat neben die Müllgefäße geworfen wird und daß Hunde auf Spielwiesen und in Sandkisten zum "Äußerln" geführt werden.

In seinem Schlußwort betonte Stadtrat Suttner, daß die großzügige Subjekt- und Objektförderung in Wien die beste in Österreich überhaupt sei.

Auf die FPÖ-Frage, wieviel städtische Wohnungen leerstehen, sei zu antworten, daß - außer bei noch nicht abgeschlossenen Verlassenschaftsverhandlungen - keine freistehen.

Die Ausstattung der Zentralwäscherei entspreche durchaus dem zeitgemäßen Standard.

Zum Wohnungsverbesserungsgesetz: Die Mieter sollten die seit letztem Jahr bestehenden Möglichkeiten, Förderungsmittel zur Verbesserung ihrer Wohnung zu beanspruchen, mehr ausnützen.

Wohnungsvergabe: Auch junge Paare erhalten heute bereits Zweieinhalb-Zimmer-Wohnungen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der DFP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 19. Dezember 1972

Blatt 3156

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Pelzelmayr: Neue Großmärkte funktionieren klaglos  
Dr. Krasser: Bauordnungsnovelle ist fertig  
Bessere Bezahlung für Sonntagsdienst  
Wiener Landtag: Moderne Sozialhilfe statt Fürsorge

Lokal:

Linie 167 wird verlängert  
Feuerwehr barg Wohnungsschlüssel  
PID-Mitarbeiter wurde Senatsrat  
Temporäre Märkte bleiben  
Der Weihnachtstisch der Wiener: Eier und Geflügel  
nicht teurer, Kalbfleisch vielleicht etwas knapp  
City-Bus wird in Wien erprobt

Wirtschaft:

1,5 Millionen für die Landwirtschaft

Kulturdienst:

Tratz-Medaille für Prof. Marinelli

Während der Budgetdebatte Chef vom Dienst 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :  
=====Rathaus-Budgetdebatte:Pelzelmayr: Neue Großmärkte funktionieren klaglos  
=====

Wien, 19.12. (RK) In seiner Budgetrede gab Stadtrat Otto Pelzelmayr zunächst einen kurzen Überblick über die Großereignisse des Marktantes im laufenden Jahr, wobei er besonders hervorhob, daß der neue Fleischgroßmarkt St. Marx ebenso wie der Großmarkt in Inzersdorf ihre Feuertaufe glänzend bestanden hätten und bestens funktionierten. Mit diesen beiden neuen Einrichtungen seien Marktanlagen der europäischen Spitzenklasse geschaffen worden.

Der Stadtrat räumte allerdings ein, daß das Provisorium für den Fleischdetailmarkt in der polnischen Halle für Kunden und Wirtschaftstreibende alles andere denn gut oder bequem sei. Gegen diese Beengtheit könne jedoch im Augenblick nichts unternommen werden. Dem Neubau des Fleisch- und Gemüsedetailmarktes auf dem Areal der alten Viktualienhalle komme daher besondere Dringlichkeit zu. Während dieses Baugeschehens müsse freilich auch der Viktualienmarkt in ein Provisorium übersiedeln - in die Brückenhalle -, wo ebenfalls beengte Verhältnisse bestehen würden.

Ausführlich beschäftigte sich Pelzelmayr mit den temporären Märkten: Sie hätten sich bestens bewährt und würden von den Bewohnern der neuen Siedlungsgebiete sehr geschätzt. Die Regelung sei allerdings bis Ende 1972 befristet. Eine Gegnerschaft zu den temporären Märkten wäre gegen die Konsumenteninteressen gerichtet, da sie eine sinnvolle Ergänzung zu den anderen Einkaufsmöglichkeiten darstellen und zudem preisregulierend wirkten. Die Öffnungszeit bis 19.30 Uhr sei ganz bewußt gewählt worden, um den Hausfrauen nach der Rückkehr vom Arbeitsplatz eine Einkaufsmöglichkeit für frisches Obst und Gemüse zu gewährleisten. Dadurch würde ihnen erspart, mit vollen Einkaufstaschen in überfüllten Straßenbahnen zu fahren. Da es sich bei den Unternehmen der temporären Märkte ausschließlich um Familienbetriebe handle, könnten auch gegen die Öffnungszeiten arbeitsrechtliche Gründe nicht wirksam vorgebracht werden.

Im kommenden Jahr würden die Arbeiten für die neuen Schlachthanlagen in St. Marx weitergeführt, deren Fertigstellung wegen der komplizierten technischen Einrichtungen freilich erst im Frühjahr 1974 zu erwarten sei. Was die Neugestaltung des Detailmarktes am Naschmarkt angehe, so sei gemeinsam vom Marktamt und der Stadtplanung eine interessante städtebauliche Lösung ins Auge gefaßt worden: Da die Hochleistungsstraße entlang des Wientals in einer flachen S-Schleife über das jetzige Gelände des Naschmarktes von der Linken auf die Rechte Wienzeile überwechsle, könnte der Detailmarkt in der Nähe des Verkehrsbüros mit einer Fortsetzung nach dieser neuen Straße im Bereich der Rechten Wienzeile situiert werden. Um eine Zerschneidung des Marktes durch das Verkehrsband zu verhindern, sollten die beiden Marktteile durch eine breite Bogenbrücke verbunden werden, deren Steigung so gering wäre, daß sie auch Handwagen kein Hindernis böte.

Der Wirtschaftsstadtrat beschäftigte sich auch beim Voranschlag für das Beschaffungsamt mit der Preissituation und wies darauf hin, daß im zu Ende gehenden Jahr der Anteil jener Waren, die teurer geworden seien, 64,8 Prozent ausgemacht habe. Gleichpreisig seien 22,2 Prozent und billiger 13 Prozent der eingekauften Waren gewesen.

Die Tätigkeit des Marktamtes und Veterinäramtes sei natürlich eng mit dem Problem Umweltschutz verbunden. Pelzelmayer erklärte in diesem Zusammenhang, er werde überprüfen lassen, ob Marktamtsbeamte verpflichtet seien, auch bei Erhebungen über Familienverhältnisse für Gerichte, Sozialversicherungsträger, Jugendämter und Einbürgerungsangelegenheiten mitzuwirken und dadurch ihre eigentlichen Aufgaben zum Teil vernachlässigen müßten.

Das Sinken der Zahl der Schlachtungen habe in den ersten zehn Monaten des Jahres 1972 bei Rindern lediglich um 0,4 Prozent angehalten, was einer Stagnation gleichkomme, die Schweineschlachtungen seien jedoch um 36 Prozent gestiegen. Manchmal seien pro Woche 15.000 Schweine geschlachtet worden. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien werde im kommenden Jahr neben der Routinearbeit hauptsächlich zwei Vorhaben im Interesse des Verbraucherschutzes in Angriff nehmen: Eine Verbesserung des Nachweises von Antibiotika und anderen unerwünschten Wirkstoffen im Fleisch und die Ausarbeitung eines neuen Verfahrens zum Nachweis von Fremdeiweiß in den Fleischwaren.

K o m m u n a l :  
=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Dr. Krasser: Bauordnungsnovelle ist fertig  
=====

Wien, 19.12. (RK) In der Magistratsabteilung 64 wurde vor kurzem die Novelle zur Wiener Bauordnung fertiggestellt, teilte Stadtrat Dr. Hannes Krasser in seinem Bericht über die Geschäftsgruppe 13 (Verschiedene Rechtsangelegenheiten und Forstwesen) mit. Der Entwurf umfaßt etwa 140 Seiten. Die gesamte Bauordnung wird nach der Beschlußfassung im Landtag neu verlautbart werden, sodaß dieses wichtige und umfangreiche Gesetzeswerk dann komplett vorliegen wird.

Auch die Arbeiten am Ölfeuerungsgesetz und an der Novelle des Garagengesetzes sind abgeschlossen. In Arbeit sind Vorschriften zur Reinhaltung der Luft und zur Beschränkung der von Feuerungsanlagen ausgehenden Emmissionen, sowie ein Gesetz über die Abfuhr und Vernichtung von besonderen Abfallstoffen, wie Altöl. Derzeit verschwinden etwa 70 Prozent des Altöls unkontrolliert in Kanälen.

Mit der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, kommt jeder Wiener mehrmals im Leben in Kontakt. Jährlich sprechen dort etwa 150.000 Personen vor, allein bei der Staatsbürgerschaftsevidenz sind es bis zu 400 Personen pro Tag. Planung und Organisation hatten zur Folge, daß es zu keinen Stauungen und niemals zu begründeten Beschwerden kam. Bei den Standesämtern wurden heuer bis zum November 19.958 Geburten, 24.582 Sterbefälle und 11.256 Eheschließungen beurkundet. Die Geburtenzahl liegt um 6,3 Prozent unter der des Vorjahres, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die zahlenmäßig schwachen Jahrgänge der Nachkriegszeit ins heiratsfähige Alter gerückt sind. Die Erhöhung der Zahl der Eheschließungen um 9 Prozent ist eine Folge der Einführung der Heiratsbeihilfen mit Jahresbeginn.

Im Bereich der Sozialversicherung ergeben sich immer neue Probleme, in letzter Zeit zum Beispiel durch die Firmen, die Arbeitskräfte an andere Firmen vermitteln oder verleihen. In vielen Fällen wird versucht, die Bestimmungen zum Schutz von Dienstnehmern zu umgehen, indem die Beschäftigung der Leiharbeitskräfte nach

außen hin nicht als Dienstnehmertätigkeit, sondern als selbständige Erwerbstätigkeit oder als unabhängig ausgeübte Werksvertragstätigkeit dargestellt wird. Heuer sind einige hundert Fälle behandelt worden, in denen die Versicherungspflicht für solche Leiharbeitskräfte strittig war. In jedem Einzelfall muß die Art der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit überprüft werden.

Das Stadtforstamt wird auch im kommenden Jahr für die weitere Ausgestaltung der städtischen Wälder als Ausflugs- und Erholungsgebiet für die Wiener Bevölkerung sorgen. Dazu gehören die Pflege der Wohlfahrtsaufforstung auf dem Laaer Berg und der Grünzungen im 22. Bezirk. Im Bereich der Großfeldsiedlung wird in der Seyringer Straße als Abschirmung gegen die Straße eine Schutzpflanzung vorgenommen, für die eine halbe Million Schilling vorgesehen ist. Umfangreiche Maßnahmen - Aufforstungen, Meliorierungen, Bau von Unterstandshütten, Aufstellung von Bänken, Anlegung von Rundwanderwegen, Ausgestaltung von Rastplätzen und Teichen usw. - sind im Wienerwald vorgesehen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

w i r t s c h a f t :

=====

1,5 millionen fuer die landwirtschaft

3 wien, 19.12. (rk) der stadtsenat genehmigte auf antrag von stadtrat otto s c h w e d a eine subvention von rund 1,5 millionen schilling fuer die wiener landwirtschaftskammer. darin sind betraege fuer den pflanzenschutz, fuer die foerderung des wein- und des gartenbaus, für das landwirtschaftliche siedlungswesen und fuer den verwaltungsaufwand der kammer enthalten.

0913

L o k a l :

=====

## Linie 167 wird verlaengert

4 wien, 19.12. (rk) ab mittwoch, dem 20. dezember, wird die strassenbahnlinie 167 bis zur per albin hansson-siedlung ost verlaengert. die neue endstation befindet sich in der alma rose-gasse.

mit der verlaengerung der linie 167 werden die neuen wohnanlagen der per albin hansson-siedlung ost durch den oeffentlichen verkehr erschlossen. diese verkehrsverbesserung ist ein vorgriff auf die neuregelung des gesamten oeffentlichen verkehrs im sueden wiens, an der die verkehrsbetriebe gegenwaertig arbeiten. genau so, wie das bereits voriges jahr in floridsdorf und donaustadt geschehen ist, soll damit auch in den suedlichen bezirken das netz des oeffentlichen verkehrs der entwicklung neuer wohn- und arbeitsgebiete angepasst werden.

die ersten und letzten zuege der linie 167 fahren an allen tagen ab per albin hansson-siedlung ost um 5.15 bzw. 23.40 uhr. die fahrplaene fuer die schon bisher befahrene strecke zwischen oper und rothneusiedel bleiben unveraendert.

L o k a l :

=====

## feuerwehr barg wohnungsschlüssel

5 . wien, 19.12. (rk) weinend kam montag nachmittag ein acht-  
jaehriger bub zur rathauswache: waehrend er auf dem kinderspiel-  
platz auf dem rathausplatz gespielt hatte, waren ihm seine  
wohnungsschlüssel in einen kanalschacht gefallen. der verlust  
wog umso schwerer, als der bub, stanomirov sivko, der sohn eines  
gastarbeiterehepaares ist und seine eltern erst dienstag frueh  
von der arbeit nach hause kommen sollten.

der rathauswachmann rief das ''maedchen fuer alles'',  
die feuerwehr, zur hilfe, die den schlüssel rasch fand und dem  
kleinen jugoslawen uebergab.

1026

L o k a l :

=====

pid-mitarbeiter wurde senatsrat

6 wien, 19.12. (rk) obermagistratsrat dr. richard  
d e n s c h e r - im presse- und informationsdienst der stadt  
wien fuer informationsangelegenheiten verantwortlich - wurde  
dienstag vom wiener stadtsenat der titel "senatsrat" verliehen.

dr. denscher, der schon seit gruendung des pid im jahr 1967  
in leitender stellung mit dabei war, hatte massgeblichen anteil  
an dem erfolg der wien-ausstellungen in der ganzen welt, zuletzt  
in israel. vor seinem eintritt in den pid leitete dr. denscher  
im kulturamt der stadt wien das referat denkmalpflege.

1033

k o m m u n a l :

=====

## bessere bezahlung fuer sonntagsdienst

11 wien, 19.12. (rk) 70 millionen schilling wird die stadt wien im kommenden jahr fuer sonn- und feiertagszulagen jener staedtischen bediensteten aufwenden, die regelmaessig an sonn- oder feiertagen schicht- oder wechseldienst machen. diese neu- regelung, die dienstag in der sitzung des wiener stadtsenats - vorsitz buergermeister felix s l a v i k - auf antrag von personalstadtrat hans b o c k beschlossen wurde, tritt rueck- wirkend mit 1. dezember dieses jahres in kraft. sie gilt unter anderem fuer das krankenpflegepersonal, aerzte, bedienstete der rettung und feuerwehr, die schichtdienste bei den staedtischen unternehmungen und den verkehrsbetrieben. wie stadtrat bock in diesem zusammenhang erklaerte, ist diese zulage eine entschaedigung fuer die zwar notwendigen aber bei den bediensteten nicht sehr beliebten dienste an sonn- und feiertagen. als beispiel fuehrte der stadtrat an, dass eine krankenschwester kuenftig um 400 schilling pro monat mehr erhalten wird als bisher.

1248

l o k a l :

=====

temporaere maerkte bleiben

8 wien, 19.12. (rk) die regelung fuer die temporaeren maerkte von wien wurde von buergermeister felix s l a v i k zunaechst bis ende 1973 verlaengert. dies teilte wirtschaftsstadtrat otto p e l z e l m a y e r waehrend der budgetdebatte am dienstag dem gemeinderat mit. pelzelmayer hob dabei hervor, dass die bisherige oeffnungszeit bis 19.30 uhr beibehalten werde.

1128

L o k a l :

=====

der weihnachtstisch der wiener:

eier und gefluegel nicht teurer, kalbfleisch vielleicht etwas knapp

9 wien, 19.12. (rk) ausreichende vorraete bei lebensmittel aller art, lediglich kleine verknappungen bei kalbfleisch, die durch importe ausgeglichen werden sollen: das ist die weihnachtliche marktsituation in der bundeshauptstadt, die fuer den wiener konsumenten preiserhoehungen bei seefischen und wildpret bringen wird, wogegen eier und gefluegel die vorjahrspreise weitgehend halten werden.

in den kuehlhaeusern wiens lagern derzeit etwa 3.700 tonnen fleisch und innereien sowie 400 tonnen gefluegel. die weiteren vorraete bestehen in 9,5 millionen frischeiern und bedarfsdeckenden bestaenden an suesswasserfischen, gemuese und obst. erwartet werden noch 300 tonnen ungarische enten sowie 250 tonnen auslaendisches gefluegelfleisch.

die verteuerung der seefische wurde durch unguenstige fang- ergebnisse und daraufhin erhoelte weltmarktpreise verursacht. dies gilt allerdings nur fuer frischware: tiefkuehlfische sind in ausreichenden mengen gelagert.

schliesslich das kalbfleisch: die unzureichende inlandauf- bringung soll durch importe aufgefangen werden. das angebot an gemuese und obst teilt sich in in- und auslaendische ware. wie bei eiern und gefluegel sind auch hier wesentliche preisveraenderun- gen nicht zu erwarten.

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag:

moderne sozialhilfe statt fuersorge

10 wien, 19.12. (rk) ein neues sozialhilfegesetz, mit dem in wien das oeffentliche fuersorgewesen auf moderne grundlagen gestellt werden wird, wurde dienstag im wiener landtag einstimmig beschlossen. auch heute noch gelten die laengst ueberholten im jahr 1938 eingefuehrten deutschen fuersorgevorschriften. das neue gesetz basiert auf einem, 1971 von den landessozialreferenten erarbeiteten musterentwurf, traegt jedoch den in wien bestehenden organisatorischen und strukturellen besonderheiten rechnung.

wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i , die ueber das neue gesetz referierte, betonte, dass damit ein entscheidender schritt zur ueberwindung der armenpflege und der oeffentlichen fuersorge getan werde. anstelle des begriffes 'fuersorge' trete nunmehr die 'sozialhilfe'. diese hilfeleistungen gliedern sich in die 'hilfe zur sicherung des lebensbedarfes', in die 'hilfe in besonderen lebenslagen' und in die 'sozialdienste'.

das gesetz sieht auch eine milderung bei regressanspruechen fuer den hilfeempfaenger und seine angehorigen vor. ebenso ist die errichtung und der betrieb von pflegeheimen und wohnheimen nunmehr von einer behoerdlichen bewilligung abhaengig.

in der debatte unterstrich gr. m u e l l e r (dfp) die bedeutung dieses neuen sozialhilfegesetzes, forderte jedoch gleichzeitig eine intensivierung der sozialen aktivitaeten.

gr. w o l f r a m (fpoe) begruesste die rechtliche verankerung der sozialleistungen im vorliegenden gesetzentwurf. er sprach sich unter anderem fuer eine noch intensivere schulung der sozialen dienste aus.

gr. l e h n e r (oevp) bezeichnete das neue sozialhilfegesetz als ein 'positives gesetz', uebte allerdings kritik an einzelnen formulierungen. er betonte die bedeutung der privaten

wohlfahrtsorganisationen, auf die im neuen gesetz viel zu wenig hingewiesen werde.

gr. margarete t i s c h l e r (spoe) bezeichnete das gesetz als einen markstein in der sozialarbeit wiens. die bisherigen vorschriften, die stets mit dem odium der diffamierenden armenpflege belastet waren, haetten sich laengst als nicht zeit-gemaess erwiesen. wien habe jahrzehntelang bewiesen, eine ''stadt des sozialen gewissens'' zu sein und waere immer bemeht gewesen, diesem ruf durch seine vorbildlichen sozialen leistungen gerecht zu werden.

novelle - Landwirtschaftskammergesetz

ferner beschloss der landtag eine abaenderung des wiener landwirtschaftskammergesetzes - berichterstatter stadtrat doktor hannes k r a s s e r -, mit dem unter anderem eine novellierung der bisherigen wahlordnung verbunden ist. (schluss)

(ende landtag)

L o k a l :

=====

## city-bus wird in wien erprobt

13 wien, 19.12. (rk) in der wiener stadthalle stellte die steyr-daimler-puch ag am diensttag einen neuen fahrzeugtyp der oeffentlichkeit vor: den city-bus. dieses fahrzeug faehrt praktisch lautlos, verursacht fast keine giftigen abgase und ist fuer den einsatz in fussgaengerzonen gedacht.

buengermeister felix s l a v i k , der mit mitgliedern des stadtseats zur praesentation des city-buses erschienen war, bezeichnete es als das groesste problem unserer zeit, mit der technik fertigzuwerden. seit das auto sich vom einstigen luxusgegenstand zum verkehrsmittel der breiten masse entwickelt hat, drohen die oeffentlichen verkehrsflaechen im blech zu erstickten. slavik begruesste die von den konstruktoren der steyr-werke eingeleitete entwicklung, die geeignet erscheint, die umweltfreundlichkeit der fussgaengerzone zu erhoehen. die stadtverwaltung habe sich gerne bereit erkluert, die erprobung des city-buses in der fussgaengerzone des 1. bezirks-zu ermoeglichen. abschliessend gab der buengermeister der hoffnung ausdruck, dass alle tests erfolgreich ausfallen moegen.

die aufgabenstellung fuer die entwicklung des steyr-city-buses lauteten folgendermassen: es sollte ein moeglichst umweltfreundliches fahrzeug fuer den transport von etwa 20 personen mit einer hoechstgeschwindigkeit von 10 kilometer pro stunde fuer kurze und mittlere distanzen in den kerngebieten von staedten geschaffen werden. ein elektromotor kam als antrieb nicht in frage, da man batterien mit einem gewicht von 1,4 tonnen gebraucht haette. man waehlte den zweizylinder-motor des steyr-puch ''haflinger'', der vom bezinbetrieb auf fluessiggasbetrieb mit handelsueblichem propan-butan-gemisch umgestellt wurde. durch sorgfaeltige geraeuschaemmung wurde die laermbelaestigung aeusserst niedrig gehalten.

der city-bus ist 5,1 meter lang und 2 meter breit. er bietet zehn personen in bequemen kunststoffsitzen und weiteren ./.

zehn in der mitte stehend platz. die grosse hecktuer wird von den passagieren betaetigt und vom fahrer verriegelt. die aussenverkleidungen sind aus wartungsfreien glasfaserverstaerktem polyester hergestellt.

die kraftuebertragung erfolgt ohne kupplungspedal ueber nur einen gang im stadtverkehr. fuer ueberstellfahrten ist ein sperrbarer zweiter gang, der eine hoechstgeschwindigkeit von 40 stundenkilometer ermoeגlicht, vorgesehen.

1422

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Dr. Tuna (DFP) urgiert zunächst eine Reform der Budgetdebatte und meint dann, es sei zu wenig, nur für die neue Anlage von Großmärkten etwas zu tun. Viel mehr müßte für die bessere Versorgung der Bevölkerung, vor allem der Randgebiete, getan werden. Die temporären Märkte seien dazu nur ein erster zaghafter Schritt. Er beantragte sodann die Abhaltung einer Volksabstimmung in Wien über die Öffnungs- und Schließungszeiten der Einzelhandelsgeschäfte. Ein weiterer Antrag hat zum Inhalt, Vorsorge zu treffen, daß von den Wohnstätten Geschäfte für die tägliche Versorgung höchstens 250 Meter weit entfernt sein dürfen.

GR. Krenn (FPÖ) beschäftigt sich ausführlich mit dem Fleischzentrum St. Marx und erklärt, eine neue Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums habe ergeben, daß große Schlachthanlagen in den Ballungsräumen unerwünscht seien und Versandschlächtereien etwa wie in Mistelbach wesentlich vorteilhafter wären. St. Marx habe daher keine Zukunft. Krenn stellt zwei Anträge: den im Vorjahr angekündigten Beirat für die Attraktivierung von St. Marx einzuberufen. Außerdem verlangt er, die vorgesehenen Mittel für den Neubau des Detailmarktes im Zentrum Landstraße von 200.000 auf drei Millionen Schilling aufzustocken.

GR. Schneider (ÖVP) hebt die große Bedeutung der 27 Detailmärkte von Wien hervor. Von den 2.226 vermieteten Marktständen dienten rund 1.100 der Versorgung mit Gemüse und Obst. Vor allem die temporären Märkte haben eine preisregulierende Wirkung gegenüber der Quasi-Monopolstellung mancher Konsumbetriebe.

GR. Eveline Andrlik (SPÖ) hebt die Notwendigkeit des Konsumentenschutzes hervor und meint, der Preisauszeichnungspflicht werde zu wenig entsprochen. Über-

dies wüßten viel zu wenig Hausfrauen, daß die Markt-  
 änter gerne über Preise und Qualität Auskunft erteilen.  
 Für einige Waren gebe es in Wien Preisunterschiede bis  
 zu 100 Prozent.

GR. Jedletzberger (ÖVP) befaßt sich sehr aus-  
 führlich mit der Belieferung Wiens mit Obst und Ge-  
 müse. Der inländischen Produktion **komme deshalb**  
 eine immer größere Bedeutung zu, weil die Preise  
 ausländischer Waren erheblich höher seien. Die Be-  
 hauptung, daß das Obst- und Gemüseangebot durch  
 billige Importe preiswerter werde, sei jedenfalls  
 nicht zuletzt im Hinblick auf die EWG-Verträge eine  
 Illusion. Die Produktion von Frischgemüse in Wiener  
 Glashäusern - die Hochglasfläche mache bereits mehr als  
 eine Million Quadratmeter aus - sei jedenfalls zwischen  
 1961 und 1971 um 68 Prozent gestiegen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) weist als Vorsitzender  
 der Lager- und Kühlhausgesellschaft den Vorwurf des  
 freiheitlichen Debattenredners Krenn zurück, Ange-  
 stellte der Gesellschaft hätten beim Verkauf des  
 "Orangenfleisches" nicht sorgfältig gehandelt und nur  
 auf den Erlös **achtet: Das Fleisch**  
 sei nie **Eigentum** der Gesellschaft, sondern immer  
 der Kunden des Kühlhauses gewesen.

GR. Hala (SPÖ) verlangt eine möglichst rasche  
 Bauführung bei der neuen Detailmarkthalle Land-  
 straßer Zentrum und weist zudem auf die große Be-  
 deutung der gemeindeeigenen Bäckerei in Ottakring  
 hin: Bis Ende Oktober seien 1972 nicht weniger als  
 645.000 Laib schwarzes und 790.000 Wecken weißes  
 Brot sowie vier Millionen Semmeln zur Versorgung von  
 Spitälern und Altersheimen produziert worden.

Im Schlußwort erklärt StR. Pelzelmayer, daß ja die  
 temporären Märkte wegen der tatsächlichen Unterver-  
 sorgung peripherer Wohngebiete geschaffen worden  
 seien. Aber generell könne man die Marktversorgung  
 Wiens doch als gut bezeichnen.

Was die Chancen von St. Marx angehe, so würden nun durch die Mehrwertsteuer die steuerlichen Vorteile der kleineren Schlachthanlagen in den Bundesländern verlorengehen. Die Schaffung eines Beirates für das Fleischzentrum sei zwar ein guter Vorsatz gewesen, doch habe er ihn deshalb nicht verwirklichen können, erklärte Pelzelmayr, weil die Standpunkte der verschiedenen Interessentengruppen zu verschieden seien. Auch er sei natürlich für eine mögliche Beschleunigung beim Bau einer neuen Detailmarkthalle im Landstraßer Zentrum.

Zur Preisauszeichnung gab der Wirtschaftsstadtrat bekannt, daß heuer die Marktamtsbeamten zehn Tage lang Wien gleichsam durchkämmen und dabei festgestellt hätten, daß dieser Verpflichtung 90 Prozent der Geschäftsleute ohnedies nachkämen.

Abstimmungen: Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde abgelehnt, das Budget der Gruppe XII mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die beiden DFP-Anträge wurden abgelehnt, der FPÖ-Antrag über den Beirat für St. Marx dem Ausschuß zugewiesen.

Kommunal:Rathaus-Budgetdebatte:Rechtsangelegenheiten und Forstwesen  
=====

Wien, 19. 12. (RK) Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) kritisierte in seinem Referat das Kulturamt und die Stadtplanung wegen der seiner Meinung nach verspäteten Festlegung der Schutzzonen, was er als unverständlich bezeichnete.

GR Dr. Tuma (DFP) schloß sich dieser Kritik an, bemängelte aber auch, daß die Bauordnungsnovelle schleppend behandelt worden sei, obwohl sie doch von den modernen Architekten dringend erwartet werde. Als unbefriedigend bezeichnete er es, daß bei den Stadtförstern die Ausgaben fast viermal so hoch wie die Einnahmen sind, was unter anderem auf zu niedrige Gebühren für Jagd- und Fischereipachten zurückzuführen sei.

Die Redner beider Oppositionsparteien kritisierten die ihrer Meinung nach zu niedrigen Aufwendungen für den Zivilschutz.

GR Klement (FPÖ) bezeichnete die vorgesehenen 200.000 Schilling als "Alibi-post". Andere Bundesländer wendeten mehr Geld für diesen Zweck auf und hätten auch bereits den Bau von Schutzanlagen geregelt. Im neuen Garagengesetz solle ein Abstellplatz pro Wohnung vorgeschrieben werden, nicht, wie im Entwurf, ein Abstellplatz für 1,5 Wohnungen. Der Redner forderte strengere Strafen für Gewässerverschmutzung und die Abschaffung der Eintrittsgebühr für den Lainzer Tiergarten.

Einen dringlichen Appell zur Zusammenarbeit richtete GR DDr. Gräf (ÖVP) an den Gemeinderat. Man müsse das Vertrauen des Volkes heben, daß in den Gremien der Volksvertretung wirklich seine Sache behandelt werde, sonst könnte eines Tages ein Keil zwischen Volk und Volksvertretung getrieben werden. Er führte historische Beispiele für eine Kluft zwischen Regierung und Volk oder Parlament und Volk an - zum Beispiel die Weimarer Republik, in der sich das Parlament mehr mit Geschäftsordnungsfragen als mit den Anliegen des Volkes beschäftigt habe. Zu den Problemen der Geschäftsgruppe: Die Bedeutung des Umweltschutzes sei heute jedem klar geworden - aber sei auch jeder bereit, die dafür notwendigen

Opfer zu bringen? Für den Zivilschutz müsse man der Bevölkerung die Bedeutung der Vorsorge klarmachen. Es müsse etwas gegen den zunehmenden Egoismus geschehen, wobei manchmal nichts anderes als Erziehungsmittel helfe, als den Egoisten dort zu treffen, wo er es sich merkt, beim Schilling.

GR Seeböck (SPÖ) verwies darauf, daß fast 95 Prozent der Budgetmittel dieser Geschäftsgruppe auf die Stadtforste entfallen. Schwerpunkt der Bemühungen sei es, den Erholungswert der Wälder zu erhöhen. Zugleich müßten jährlich mehr Mittel für die Beseitigung von Schmutz und Unrat aufgewendet werden. Durch Leichtsinns und Bequemlichkeit werde nicht nur die Erholungslandschaft beeinträchtigt, sondern werden auch die Mittel für ihren Ausbau eingeschränkt. Der Redner hob besonders den Zehnjahresplan zur Wiederaufforstung der verkarsteten Hochplateaus auf der Rax und dem Schneeberg hervor. Die Bevölkerungsentwicklung beeinflusse wesentlich die Wirtschaftsentwicklung. Wien habe ein Geburtenmanko von jährlich etwa 10.000, zugleich verstärke sich die Abwanderung in das Umland. Daraus ergebe sich eine verstärkte Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Wien müsse für Zuwanderer nicht nur Arbeits-, sondern auch Wohnort sein. Der Bürgermeister habe den Innenminister um eine Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes ersucht. Vom Minister sei eine entsprechende Zusage erfolgt. Für eine Einbürgerung sollten künftig nicht zwei berücksichtigungswürdige Gründe notwendig sein, sondern nur mehr einer.

Stadtrat Krasser betonte im Schlußwort, daß die Stadtforste nicht primär nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden dürften, weil sie vor allem der Erholung und dem Umweltschutz dienen. Eine Erhöhung der Sätze für Verpachtungen und Abschüsse sei vorgesehen. Die Aufwendungen der Stadt Wien für den Zivilschutz seien weit mehr als die 200.000 Schilling, die in dieser Geschäftsgruppe vorgesehen sind. So werde der Zivilschutzverband laufend von der Finanzverwaltung subventioniert. Bestimmungen über den Schutzraumbau seien in der neuen Bauordnung vorgesehen. Bei der Relation Wohnungen-Abstellplätze im Garagen-gesetz müsse man auch die Erhöhung der Baukosten durch verschärfte Vorschriften berücksichtigen. Doch gehe das Gesetz

nun erst in Begutachtung, dann werde man entscheiden. Stadtrat Krasser sprach sich ebenfalls für die Aufhebung der Eintrittsgebühren im Lainzer Tiergarten aus.

Abstimmung: Das Budget der Geschäftsgruppe XIII wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

#### Wiener Budget beschlossen

Am Schluß der Dienstag-Sitzung wurde der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1973 von SPÖ und ÖVP beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der beiden Parteien wurde Finanzstadtrat Schweda die Ermächtigung erteilt, bis zu 15 Prozent der Ermessenskredite vorläufig zu sperren.

(Ende des Sitzungsberichtes)

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 20. Dezember 72

Blatt 3178

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Nekula: Energiekonzept im nächsten Jahr

44 Stunden Budgetdebatte

Karlsplatz: Schwierigster Tunnelbau abgeschlossen

Premiere der Wiener U-Bahn

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Lokal:

Dr. Karl Josef Feiler - 85. Geburtstag

Noch Verkehrsbehinderung am Lerchenfelder Gürtel

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Nekula: Energiekonzept im nächsten Jahr  
=====

Wien, 20. 12. (RK) Falls sich nicht entscheidende Planungsänderungen als notwendig erweisen, wird dem Wiener Gemeinderat im kommenden Jahr der Entwurf eines Wiener Energiekonzeptes vorliegen. Dies erklärte Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) in seinem Bericht über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973.

"Da ich bereits als Gemeinderat auf die Notwendigkeit einer solchen Energieplanung hingewiesen habe, war es mir nach Übernahme der Geschäftsgruppe ein besonderes Anliegen, die entsprechenden Aufträge zu geben," sagte Nekula. Im November 1969 wurden die Besprechungen begonnen. Als vordringlich erwies sich dabei die Schaffung einer Koordinierungsstelle, deshalb wurde in der Generaldirektion das Energiereferat eingerichtet. Neben der Arbeit am umfassenden Konzept hat das Referat seither bereits bei der gesamten Neubautätigkeit die jeweils wirtschaftlichste Energieversorgung empfohlen. Das Konzept konnte nicht in wenigen Monaten abgeschlossen werden, weil zuerst die vorhandenen Entwicklungs- und Ausbaupläne bei den Energieträgern, wie Gaswerke, E-Werke und Heizbetriebe, überprüft und aufeinander abgestimmt werden müssen.

Die E-Werke müssen mit einer Verdopplung des Strombedarfs in achteinhalb Jahren rechnen. Deshalb werden derzeit das Kraftwerk Donaustadt und das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau gebaut. Dafür sind nächstes Jahr 487 Millionen vorgesehen, noch mehr allerdings, nämlich 708 Millionen, sind für Umspannwerke und das Leitungsnetz notwendig.

Die Gaswerke setzen die Umstellung auf Erdgas fort. Hatte man in der ersten Planung mit einer Umstelldauer von zwanzig Jahren gerechnet und beim Beginn der Aktion mit zwölf Jahren, so kann nun angenommen werden, daß sie acht Jahre dauert, also bis Ende 1978 abgeschlossen sein wird.

Bei den Verkehrsbetrieben sinkt die Zahl der Fahrgäste nicht mehr. Auch die Erwartung mancher, die vor einem Jahr notwendig gewordene Tarifierhöhung werde einen Fahrgastenschwund auslösen, erfüllte sich nicht.

Untersuchungen haben ergeben, daß für die Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln erstens die Reisegeschwindigkeit, zweitens die Intervalle, drittens die Ausstattung des Fahrzeuges und erst in vierter Linie der Tarif maßgebend sind. Um die ersten beiden Ziele zu erreichen, muß dem Massenverkehrsmittel der nötige Verkehrsraum gesichert und der Vorrang eingeräumt werden. Daß dies nicht utopisch ist, wurde in der verkehrsarmen Zone Mariahilfer Straße bewiesen: Das Zwei-Minuten-Intervall konnte eingehalten werden, und die Frequenzsteigerungen an den bisherigen drei Samstagen beweisen, daß die Bevölkerung durchaus bereit ist, das Massenverkehrsmittel zu verwenden. Es wäre allerdings Maschinenstürmerei, würde man annehmen, daß die gesamte Stadt in eine verkehrsarme Zone ohne Autos verwandelt werden könnte. Was wirklich geschehen kann, zeigt das erste Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe. An einem zweiten Beschleunigungsprogramm, das neben verkehrsregelnden auch technische und gesetzliche Änderungen vorsieht, wird gearbeitet.

Stadtrat Nekula wandte sich gegen die Behauptung, die Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe seien die höchsten Europas. Infolge der Sozialtarife, der höchsten aller vergleichbaren europäischen Verkehrsbetriebe, beträgt der Durchschnittserlös pro Fahrgast heuer 314 Groschen. Da die Verkehrsbetriebe die Mehrwertsteuer nicht an ihre Fahrgäste weitergeben, wird der Durchschnittserlös nächstes Jahr auf 290,7 Groschen sinken.

Die Übernahme der Mehrwertsteuerlasten durch die Verkehrsbetriebe, die im kommenden Jahr 55 Millionen kostet, ist im Wirtschaftsplan bereits berücksichtigt. Die später beschlossene teilweise Übernahme der Mehrwertsteuer für Gas und Strom ist noch nicht berücksichtigt. Der vorliegende Erfolgsplan, der einen Überschuß von 68 Millionen ausweist, verschlechtert sich dadurch um 24,5 Millionen Schilling - 12,5 Millionen bei den E-Werken, 8,5 Millionen bei den Gaswerken und 3,5 Millionen für einmal zusätzlich Zähler ablesen.

Zur Erfüllung ihrer Versorgungspflicht müssen die Stadtwerke nächstes Jahr 1.990 Millionen Schilling investieren. Eine Milliarde davon soll durch eine Anleihe in voraussichtlich zwei Tranchen gedeckt werden, 253 Millionen müssen vorläufig mangels Bedeckung gesperrt werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

l o k a l :

=====

dr. karl josef feiler - 85. geburtstag

2 wien, 20.12. (rk) am 25. dezember vollendet der direktor des oesterreichischen staatsarchivs, hofrat i.r. dr. karl josef feiler, das 85. lebensjahr.

karl josef feiler wurde am 25. dezember 1887 in bruck a.d. leitha als sohn des arztes dr. leopold feiler und dessen gattin maria, geb. weiss, geboren. nach der absolvierung des gymnasiums studierte er an der wiener universitaet geschichte und ethnologie und promovierte 1919 zum doktor phil. von 1907 bis 1919 war er in der verwaltung der staatseisenbahnen. nach vollendung seiner hochschulstudien wurde er 1919 in den archivdienst des staatsamtes fuer verkehrswesen berufen und 1926 als vorstand des ''verkehrswissenschaftlichen fachdienstes'' im bundesministerium fuer handel und verkehr besonders beauftragt mit der geschichtswissenschaftlichen erschliessung und auswertung der fuer das gesamte oeffentliche verkehrswesen einschlaegigen archiv- und museumsquellen. 1945 wurde er direktor des archivs des bundeskanzleramtes. 1953 trat er in den ruhestand.

0931

L o k a l :

=====

noch verkehrsbehinderung am Lerchenfelder guertel

3 wien, 20.12. (rk) die verkehrsbehinderung am Lerchenfelder guertel in ottakring dauert auch mittwoch vormittag an. derzeit ist lediglich die linke fahrspur des aeusseren Lerchenfelder guertels frei.

wie gemeldet, war es dienstag abend zu einem wasserrohrbruch gekommen, bei dem grosse teile der fahrbahn und des gehsteigs unterschwemmt wurden. der schaden an dem 150-mm-wasserrohr war bis mittwoch frueh durch die wasserwerke behoben worden. auch hat sich die wasserversorgung fuer die angrenzenden haeuser wieder normalisiert. die zunaechst provisorische sanierung der fahrbahnschaeden wurde in angriff genommen.

die sanierungsarbeiten nach dem wasserrohrbruch am Lerchenfelderguertel in ottakring gehen planmaessig voran, so dass bis zur nachmittagsverkehrsspitze heute, mittwoch, mit der freigabe der zweiten fahrspur zu rechnen ist. die sanierung der restlichen fahrbahn soll in den naechsten zwei bis drei tagen abgeschlossen werden.

1131

k o m m u n a l :

=====

premiere der wiener u-bahn

4 wien, 20.12. (rk) in der budgetdebatte des wiener gemeinde-  
rates teilte stadtrat franz n e k u l a mit, dass der erste  
doppel-triebwagen der wiener u-bahn betriebsbereit ist. donnerstag,  
21. dezember, um 0 uhr, wird der u-bahn-wagen seine erste probe-  
fahrt auf der bereits u-bahnmaessig ausgebauten probestrecke  
zwischen den stadtbahnstationen heiligenstadt und friedensbruecke  
absolvieren. wie stadtrat nekula erklarte, findet diese fahrt  
deshalb zur geisterstunde statt, weil der normale stadtbahnbetrieb,  
der bis 23.50 uhr dauert, nicht gestoert werden soll.

1005

k o m m u n a l :

=====

## karlsplatz: schwierigster tunnelbau abgeschlossen

5 wien, 20.12. (rk) klein, aber oho, koennte man den juengsten tunnel bezeichnen, dessen durchschlag tiefbaustadtrat kurt heller am mittwoch vornahm: obwohl der tunnel, der kuenftig fuer die fahrgaeste die rascheste gehverbindung von der halte-stelle der u 4 - der umgebauten stadtbahn - zu der von u 1 und u 2 gewaehrleisten wird, bloss 37 meter lang ist, machte sein bau die groessten schwierigkeiten. und zwar aus zwei gruenden: erstens liegt die tunneldecke bloss einen halben bis zu 1,5 meter unterhalb der fundamente des wienflussbettes und zweitens mussten sich die mineure geradezu durch einen wall aus den pfaehlen der alten elisabethbruecke durcharbeiten. dieser tunnel unterhalb der wien wurde in einer klassischen bergbaumethode hergestellt. die mineure jedenfalls hoben dienstag beim durchschlag hervor, sie haetten mit diesem tunnel den weitaus schwierigsten abschnitt im bereich karlsplatz hinter sich gebracht. in einer kurzen ansprache wuerdigte stadtrat heller die leistung der ingenieure und arbeiter und zeigte sich besonders darueber befriedigt, dass diese schwierige arbeit innerhalb von sechs wochen ohne unfall vollbracht werden konnte. ausserdem betonte der tiefbaustadtrat ausdruecklich, dass die 'baubremsen' auf keinen fall beim u-bahn-bau zur anwendung gelangen werde.

k o m m u n a l :

=====

#### 44 stunden budgetdebatte

6 wien, 20.12. (rk) die diesjaehrige budgetdebatte des wiener gemeinderates dauerte einschliesslich der beratungen ueber den wirtschaftsplan der stadtwerke praezise 44 stunden und 25 minuten. das laengste stadtrat-referat hielt otto s c h w e d a mit einer stunde und 16 minuten, das kuerzeste steuerte vizebuergenmeister hans b o c k mit 23 minuten bei. an der debatte waehrend der acht tage beteiligten sich insgesamt 81 redner. den laengsten diskussionsbeitrag lieferte gr. dr. h a b l (oepv) mit 49 minuten, den gegenteiligen rekord schaffte gr. herbert m a y r (spoe) mit bloss 40 sekunden, als er sich zwischen-durch kurz zu wort meldete.

1321

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über die Stadtwerke

Alle Redner, die zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973 Stellung nahmen, sprachen sich für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs aus. Stadtrat Nekula faßte diese Meinungsäußerungen zusammen: "Es genügt nicht, festzustellen, daß die Stadt dem Verkehr nicht geopfert werden darf. An Stelle von Lippenbekenntnissen müssen Maßnahmen treten, die der Aufgabenstellung des Massenverkehrsmittels gerecht werden." Nach Meinung von GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) dürfe dies nicht durch Schikanen gegen die Autofahrer geschehen. Die öffentlichen Verkehrsmittel müßten attraktiver werden, wobei besonders eigene Gleiskörper wertvoll wären. GR. Schreiner (SPÖ) erklärte, daß die Wiener Verkehrsbetriebe durch moderne Fahrzeuge und Verbesserungen des Liniennetzes auf dem besten Wege zur größeren Attraktivität seien. Wenn diese Attraktivität fehlt, seien die Gründe dafür außerhalb der Verkehrsbetriebe zu suchen. Die nötige Verkehrsfläche sei den Verkehrsbetrieben durch die Autos einfach weggenommen worden. Man müßte sie für Straßenbahn und Autobus zurückgewinnen.

GR. Joachim Müller (DFP) kritisierte, daß die Sanierung der Stadtwerke, die bei der Übernahme von Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung angekündigt worden ist, offenbar nicht gelungen sei. Weiter führte er aus, daß es im Liniennetz der Verkehrsbetriebe noch "weiße Flecken" gebe. So fehle zum Beispiel eine Querverbindung durch die westlichen Bezirke.

GR. Klement (FPÖ) äußerte Bedenken wegen der steigenden Zinsbelastung der Stadtwerke durch die wachsende Verschuldung. Trotz eines nominellen Gewinns in der Erfolgsbilanz habe sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen eher verschärft. Die Einsparung von 360 Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe sei begrüßenswert, doch könnten durch vernünftigen Personaleinsatz in den Werkstätten, Reduzierung von Dienststellen und mehr schaffnerlose Wagen weitere Kosten eingespart werden. Abzulehnen sei jeder Gedanke an eine Tarifierhöhung.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) bezeichnete die Energie- und Verkehrspolitik als entscheidende Triebkräfte der Entwicklung. Die Zukunft der Menschheit liege in den Städten. Das Thema Stadt müsse

in der nationalen und internationalen Politik den zentralen Platz einnehmen, der ihm gebühre. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke gebe es zahlreiche Ansätze für eine bessere Zukunft, aber verschiedenes sei unbefriedigend. Fahrgastenschwund und Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben sowie steigende Investitionsbedürfnisse auf dem Energiesektor ließen steigende Schwierigkeiten erwarten. Die Übernahme von Pensionslasten durch die Finanzverwaltung sei erfreulich, genüge aber nicht. Vor allem auf dem Kapitalektor seien Injektionen nötig. Die Mehrwertsteuer sei vom Finanzminister unüberlegt eingeführt worden. Die Übernahme von Mehrwertsteuerlasten durch die Stadtwerke sei eine positive Maßnahme, gehe jedoch auf Kosten der Substanz. Die Vertretung umweltfreundlicher Heizungen sei besonders bedauerlich. In der Energieversorgung stünden einige kritische Jahre bevor, man habe verabsäumt, rechtzeitig vorzusorgen. Der Redner kritisierte, daß noch kein Energiekonzept vorliege und fragte, ob sich Wien am zweiten österreichischen Kernkraftwerk beteiligen werde. Die großartige Leistung der Gaswerke bei der Umstellung auf Erdgas werde durch kleine, für den betroffenen Bürger jedoch wichtige Mängel abgewertet.

GR. Schreiner (SPÖ) unterstrich, daß Wien ohne die Leistungen der Stadtwerke nicht existieren könnte. In den Ziffern und Bilanzen sei die Größe dieser Leistungen nicht leicht erkennbar. Mit der Inbetriebnahme des Kraftwerkes Donaustadt im Herbst nächsten Jahres werde die derzeitige installierte Leistung von 510 Megawatt um 30 Prozent erhöht. Wenn man der gegenwärtigen Bundesregierung vorwerfe, es sei für die Sicherung der Stromversorgung im kommenden Winter nicht ausreichend vorgesorgt worden, dann gehe dieser Vorwurf an die falsche Adresse, denn diese Vorsorge hätte vor vier oder fünf Jahren getroffen werden müssen, als noch jemand anderer dafür verantwortlich gewesen sei. Ähnlich sei es mit dem Energiekonzept: 24 Jahre lang sei die ÖVP für die Stadtwerke verantwortlich gewesen, aber erst seit die SPÖ auch dieses Ressort übernommen habe, verlange die ÖVP ein Energiekonzept. Diese Arbeit sei jedoch kompliziert und erfordere ihre Zeit. Der Redner verwies auf die außerordentlich hohen Investitionen der E-Werke, auf die rasche und fast reibungslose Umstellung auf Erdgas und auf die ständige steigende Zahl modernster Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe. Den Stadtwerken seien nicht nur gewaltige Versorgungs- und Dienstleistungen zu verdanken, sondern auch wesentliche Beiträge

zur Verbesserung der Umwelt. Solche Dienste hätten jedoch ihren Preis. Man müsse dafür sorgen, daß die Geldmittel zur Verfügung stehen, die gebraucht werden. Ein Privatunternehmer würde bei einer Bilanz, wie sie die Verkehrsbetriebe haben, entweder die Preise verdoppeln oder zusperren. Für die Verkehrsbetriebe ist weder das eine noch das andere möglich. Man müsse neue Wege zur finanziellen Besserstellung der lebenswichtigen Unternehmungen suchen.

Stadtrat Nekula (SPÖ) verwies im Schlußwort darauf, daß die E-Werke zur Sicherung der Stromversorgung in achteinhalb Jahren rund 15 Milliarden Schilling (nach Preisen von 1971) investieren müssen. Natürlich werden dafür auch Fremdmittel benötigt, wie sie selbstverständlich auch die Privatwirtschaft für Investitionen in Anspruch nimmt. Über die Beteiligung am zweiten Kernkraftwerk habe die Verbundgesellschaft erste Gespräche mit den Landesgesellschaften begonnen. Für den schaffnerlosen Betrieb seien bereits 48 Trieb- und 378 Beiwagen umgebaut, nächstes Jahr kommen weitere 27 Trieb- und 57 Beiwagen dazu. Stadtrat Nekula verwies auf die Verlängerung der Straßenbahnlinie 167 ab heute. Nächstes Jahr werde dort weitergebaut, weil diese Linie auch das WIG-Gelände und das Kurzentrum Ober-Laa erschließen werde.

Abstimmung: Die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973 wurden von SPÖ und ÖVP genehmigt.

#### Energie und Mehrwertsteuer

In der auf die Beschlußfassung des Wirtschaftsplanes folgenden Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates stand die von Stadtrat Nekula (SPÖ) beantragte Zwischenlösung bei der Anwendung der Mehrwertsteuer auf die Gas- und Stromtarife zur Diskussion. Beantragt wurde die Übernahme der Mehrwertsteuer auf den Haushalts-Grundtarif bei Strom durch die E-Werke für die Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. April 1973 (Post Nr. 46). Die anfallenden Belastungen für die E-Werke betragen 12,5 Millionen Schilling.

Derselbe Antrag für denselben Zeitraum wurde auch für jene Gasmengen gestellt, die zum Kochen und zur Warmwasserbereitung dienen. Hier übernimmt die Belastungen (8,5 Millionen) das Gaswerk (Post Nr. 47).

Nach Ablauf dieser Übergangsfrist soll laut Antrag der Umsatzsteuersatz von acht Prozent auch auf diese Tarife Anwendung finden (Strom: Post Nr. 98, Gas: Post Nr. 99).

GR. Neusser (ÖVP) bezeichnete diese Lösung als eine "Bestrafung aller jener, die sich eine umweltfreundliche Heizung angeschafft" hätten. Außerdem seien die Anträge der klare Beweis für die direkte Überwälzung der Mehrwertsteuer auf den Konsumenten. Neusser beantragte namens der ÖVP die Einbeziehung des Haushalts-Nachtstromtarifs sowie jener Gasmengen, die für die Wohnungsheizung Verwendung finden.

GR. Busta (SPÖ) stellte fest, daß diese Zusatzanträge und die Äußerungen Neussers ein klares Bekenntnis zum Verursacherprinzip seien. Daran werde man den Wirtschaftsbund noch erinnern müssen. Im übrigen vermisse er dabei den Appell an die Mineralölwirtschaft und die Kohlenhändler, ihre Konsumenten von den Auswirkungen der Mehrwertsteuer zu verschonen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) erklärte, er sehe den Grund der augenblicklichen Auseinandersetzungen darin, daß die Kommunalwirtschaft nicht schon bei der Ausarbeitung des Umsatzsteuergesetzes 1972 der immerhin einigermaßen zahlreichen Befreiungen teilhaftig geworden sei.

In seinem Schlußwort bekannte sich Stadtrat Nekula voll und ganz zum Umweltschutz, legte aber Wert auf die Feststellung, daß die E-Werke niemals - wie es in der Debatte angeklungen war - Reklame für Nachtstromheizungen gemacht hätten. Tatsächlich würden alle jene, die ihre Wohnungen mit Kohle und Öl heizen, voll von den Auswirkungen der Mehrwertsteuer betroffen werden.

Abstimmung: Post 46: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Post 47: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Post 98: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Post 99: Einstimmig angenommen.

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Bürgermeister Slavik gab zum Schluß der Sitzung einen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr, beziehungsweise eine Vorschau auf das Jahr 1973. Mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag seien die Weichen gestellt worden. Die Beratungen wären stets sachlich und gründlich geführt worden, wobei durch die Berichte der große Umfang der Leistungen der Stadtverwaltung sichtbar wurde. Das Jahr 1973 werde manche Zäsur mit sich bringen und jeden Einzelnen mit den damit verbundenen Problemen konfrontieren. Der Budgetvoranschlag der Bundeshauptstadt fällt in eine Zeit der Bemühungen um eine allgemeine Stabilisierung. Wien hat hier als erstes Bundesland Maßnahmen gesetzt, durch die die Stabilisierungsbemühungen der Bundesregierung unterstützt werden sollen.

Auch im kommenden Jahr werden die Arbeiten an verschiedenen großen Projekten weitergehen. Als eines der Hauptanliegen bezeichnete der Bürgermeister den Umweltschutz, wobei er gleichzeitig die Versicherung abgab, daß die Stadtverwaltung in ihrem Bemühen um die Erhaltung der Umwelt den Menschen stets im Mittelpunkt stellen werde.

Abschließend dankte der Bürgermeister der Wiener Bevölkerung für deren Mithilfe und ihr stets gezeigtes Verständnis für die Arbeit der Stadtverwaltung. Ebenso dankte er allen Bediensteten der Verwaltung und der städtischen Unternehmungen, aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates für ihre Mitarbeit.

Unter allgemeinem Beifall richtete der Bürgermeister dann als Sprecher der Bundeshauptstadt sowohl an die österreichische Bevölkerung als auch an alle Wienerinnen und Wiener Grüße und gute Wünsche für die Feiertag.

Anschließend daran überbrachten Landtagspräsident Dr. Stemmer (SPÖ) sowie die Fraktionsführer Prof. Bittner (ÖVP), Dr. Hirnschall (FPÖ) und Dr. Tuma (DFP) ihrerseits dem Bürgermeister Glückwünsche zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Neuen Jahr.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

# Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 21. Dezember 1972

Blatt 3191

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener U-Bahn-Premiere  
Hoher Bundesorden für Wiener Magistratsdirektor  
Hohe Auszeichnung für Robert Prosel

Lokal: Ohne Umleitung nach Klosterneuburg  
Ferdinandstraße wieder befahrbar  
Pensionistenclub: Gruß an Niederösterreichs Kinder

Sport: Wotruba-Ring für Trixi Schuba

Kulturdienst: Heinrich Collin zum Gedenken

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

## wiener u-bahn-premiere

3 wien, 21.12. (rk) donnerstag, den 21. november, um 0.10 uhr glitt wiens erster u-bahn-doppeltriebwagen, vollbesetzt mit vertretern der presse und des orf, zur ersten offiziellen probe-fahrt aus der provisorischen halle in der stadtbahnstation heiligenstadt. dreimal fuhr er die teststrecke zwischen heiligenstadt und friedensbruecke hin und zurueck, wobei er jedesmal die vorgesehe hoechstgeschwindigkeit von 80 stundenkilometern erreichte. unter den ersten u-bahn-fahrern, die am fuehrerstand die 1.100 ps dirigierten, waren buergermeister felix s l a v i k und die stadtraete franz n e k u l a und otto s c h w e d a .

der erste doppeltriebwagen der aus insgesamt sieben einheiten bestehenden prototypserie fuer die wiener u-bahn hat damit die testfahrten zwischen heiligenstadt und friedensbruecke aufgenommen. bei diesen versuchsfahrten geht es zunaechst darum, die technischen einrichtungen des waggons zu ueberpruefen, bevor im fruehjahr 1973 mit der einschulung des fahrpersonals begonnen werden kann.

## vollautomatik

bei einer vollautomatischen steuerung - der zugsbegleiter hat eigentlich nur die funktion, die tueren zu oeffnen und zu schliessen - werden die wiener u-bahngarnituren mit einer mittleren reise-geschwindigkeit von 32 bis 34 stundenkilometer einschliesslich der stationsaufenthalte verkehren. die spitzen-geschwindigkeit liegt bei 80 stundenkilometern.

die vier motoren des doppeltriebwagens von je 200 kw - zusammen also etwa 1.100 ps - werden den zuegen eine mittlere anfahrbeschleunigung von einem meter/sekundenquadrat verleihen. die beschleunigung wird damit mehr als doppelt so gross wie bei den jetzigen stadtbahngarnituren, aber wesentlich ''weicher'' sein. der beschleunigung entspricht die bremsleistung, die einen mittleren wert von 1,15 meter/sekundenquadrat ausmacht. zwar

./.

wurde ein eigenes schienenprofil fuer die u-bahn entwickelt und auf der probestrecke heiligenstadt - friedensbruecke verlegt, doch koennen die u-bahn-garnituren, die eine normalspur aufweisen, selbstverstaendlich auch auf den stadtbahngleisen fahren.

die testfahrten, die derzeit nur in der nacht moeglich sind, werden im jaenner auch schon tagsueber ohne gefaehrdung des stadtbahnverkehrs absolviert werden koennen. anfang maerz werden die anlagen fuer den vollautomatischen betrieb eingebaut und dann wird auch bereits die doppeltraktion, also die fahrt zweier zusammengekoppelter doppeltriebswagen, erprobt werden koennen. denn noch heuer wird der zweite doppeltriebwagen an die verkehrsbetriebe von sgp ausgeliefert. bis zum herbst 1973 werden dann die restlichen fuenf doppeltriebwagen fertiggestellt und ausgeliefert sein, weil ja ende 1973 der probetrieb fuer die u-bahn zwischen heiligenstadt und friedensbruecke linienmaessig durchgefuehrt wird: die u-bahn wird also in diesem abschnitt die stadtbahn ersetzen. ein doppeltriebwagen wird zudem in der modellstation taubstummengasse den wienern zur verfuegung stehen.

einige technische details des doppeltriebwagens:

laenge 36,8 meter, breite 2,8 meter

98 sitzplaetze, 182 stehplaetze (bei bloss vier personen pro quadratmeter)

leergewicht 52,6 tonnen

stromschienenspannung 750 volt gleichstrom

der wiener u-bahn-wagen ist das gemeinsame werk einiger wiener firmen beziehungsweise oesterreichischer tochtergesellschaften auslaendischer unternehmen:

der aus aluminium bestehende wagenkasten wird von der sgp in simmering hergestellt, wo auch die komplette montage des wagens vorgenommen wird. die luftgedephten drehgestelle werden gemeinsam von den firmen sgp und duewag hergestellt. die luftbeschaffungsanlagen stammen von der firma knorr, die druckluftbremsen von westinghouse. die sehr umfangreichen elektrischen einrichtungen werden von den firmen aeg, elin, bbc und siemens beigestellt. diese firma liefert zudem die anlagen fuer die automatische zugsfoerderung. einige weitere unternehmen sind in kleinerem umfang auch als zulieferer taetig.

L o k a l :

=====

ohne umleitung nach klosterneuburg

4 wien, 21.12. (rk) seit donnerstag vormittag ist der autoverkehr von und nach klosterneuburg wieder ohne umleitung moeglich: zwischen kahlenberger dorf und der landesgrenze bei der donauwarte haben buergermeister felix s l a v i k und tiefbaustadtrat kurt h e l l e r sowie sektionschef dr. r a s c h a u e r in vertretung von bautenminister moser die beiden ersten von insgesamt vier spuren der neu gebauten bundesstrasse fuer den verkehr freigegeben. im bereich der hangbruecke des leopoldsberges stehen also je eine fahrspur pro richtung zur verfuegung, und damit gehoert die hochwassergefaehrdete umfahungsstrecke durch die kuchelauer hafenstrasse der vergangenheit an. diese umleitung hatte zudem in form eines oebb-bahnschrankens gleichsam eine ''bremse'' eingebaut gehabt.

die ueberaus schwierigen bauarbeiten gerade zwischen kahlenberger dorf und landesgrenze sind 1972 zuegig vorange-  
trieben worden. auch die noch ausstehenden arbeiten an der hang-  
bruecke werden mit den anschlussarbeiten an der stadtgrenze -  
einige im weg stehende haeuser wurden bereits abgebrochen - so  
koordiniert, dass im fruehsommer des kommenden jahres die neue  
bundesstrasse zwischen kahlenberger dorf und der landesgrenze in  
voller breite, also vierspurig, benuetzt werden kann. im  
abschnitt nussdorf - kahlenberger dorf wird zur gleichen zeit  
der verkehr auf die obere, zweispurige fahrbahn gelegt werden,  
um die fertigstellung der kanalarbeiten im bereich der zweiten  
richtungsfahrbahn zu ermoeeglichen. der strassenbau im nussdorfer  
abschnitt wird voraussichtlich im fruehsommer 1974 vollendet  
sein. dann wird die gesamte strecke der bundesstrasse b 14 vom  
nussdorfer platz bis zur stadtgrenze vierspurig befahrbar sein.

auch eine weitere bundesstrasse, der handelskai zwischen  
reichsbruecke und meiereistrasse, ist seit donnerstag vormittag

wieder normal benuetzbar. damit wurde im heurigen jahr der handelskai zwischen stadlauer bruecke und reichsbruecke in einer laenge von vier kilometer und in einer breite von mindestens 13,5 meter voll ausgebaut. fuer dieses vorhaben im zuge der bundesstrasse b 10, der budapester strasse, sind 34,5 millionen schilling aufgewendet worden.

1040

ferdinandstrasse wieder befahrbar

5 wien, 21.12. (rk) morgen, freitag vormittag, wird die ferdinandstrasse zwischen aspernbrueckengasse und fruchtgasse wieder fuer den verkehr freigegeben, nachdem die strassenbauarbeiten beendet worden sind.

1149

k o m m u n a l :

=====

hoher bundesorden fuer wiener magistratsdirektor

7 wien, 21.12. (rk) donnerstag ueberreichte buergermeister felix s l a v i k dem wiener landesamtsdirektor und magistratsdirektor dr. rudolf e r t l das ihm vom bundespraesidenten verliehene grosse silberne ehrenzeichen mit dem stern fuer verdienste um die republik oesterreich. dr. ertl ist mit einer mehr als zehnjaehrigen amtstaetigkeit der am laengsten dienende magistratsdirektor in der geschichte wiens.

der buergermeister wuerdigte ausfuehrlich leben und wirken des ausgezeichneten.

dr. ertl trat 1935 in den dienst der stadt wien, wo er zunaechst in der finanzverwaltung taetig war. neben seinem beruf studierte er und wurde 1940 zum dr. juris promoviert. nach dem krieg in verschiedenen sparten der finanzverwaltung taetig, wurde er 1952 leiter der magistratsabteilung fuer erwachsenenfuersorge. 1957 kehrte er in die finanzverwaltung zurueck, und seit 1. oktober 1962 steht er als hoechster wiener beamter an der spitze des magistrats. dr. ertl hat in den jahren seiner taetigkeit als magistratsdirektor entscheidenden anteil an der modernisierung der verwaltung und der einfuehrung der elektronischen datenverarbeitung. er hat auch massgeblich bei der ausarbeitung eines musterstatuts und einer mustergemeindeordnung im rahmen des oesterreichischen staedtebundes mitgewirkt. das gleiche gilt auch fuer die anpassung der wiener stadtverfassung an die gemeindeverfassungsnovelle 1962. dr. ertl war einer der wiederbegruender der gewerkschaft der gemeinbediensteten nach dem krieg und hatte an deren aufbau wesentlichen anteil.

nachdem der buergermeister dem magistratsdirektor fuer seine bisherige arbeit gedankt und ihm weiterhin viel erfolg gewuenscht hatte, ueberreichte er ihm das ehrenzeichen.

dr. ertl dankte fuer die ihm zuteil gewordene auszeichnung, betonte jedoch gleichzeitig, dass niemand imstande waere, die an

ihn gestellten aufgaben allein, ohne entsprechende mitarbeiter, zu tragen. er fasse daher diese auszeichnung auch als eine auszeichnung fuer seine mitarbeiter auf.

der feierlichen ueberreichung im rathaus wohnten unter anderem dritter nationalratspraesident otto p r o b s t , die landtagspraesidenten dr. wilhelm s t e m m e r und maria h l a w k a sowie die mitglieder des stadt senats bei.

1300

k o m m u n a l :

=====

hohe auszeichnung fuer robert prosel

9 wien, 21.12. (rk) der bundespraesident hat dem stellvertretenden chefredakteur des presse- und informationsdienstes der stadt wien, robert p r o s e l , das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich verliehen.

robert prosel, 1924 in wien geboren, ist seit 1946 in der pressestelle der stadt wien, aus der sich der pid entwickelt hat, taetig. bundeskanzler dr. bruno k r e i s k y uebergab am donnerstag die hohe auszeichnung an robert prosel und wuerdigte dabei besonders dessen bemuehungen um eine bessere information der bevoelkerung und um die kontakte zwischen der oeffentlichen verwaltung und den massenmedien.

1314

L o k a l :

=====

pensionistenclub:

gruss an niederoesterreichs kinder

8 wien, 21.12. (rk) im zeichen der verbundenheit zwischen wien und niederoesterreich, aber auch zwischen alt und jung stand mittwoch die uebergabe von 55 stofftieren, die die besucher des pensionistenclubs michelbeuern hergestellt hatten und dem buergermeister von oberwaltersdorf fuer den dortigen pfarrkindergarten uebergaben.

bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r wuerdigte den wunsch der betagten wiener, den kindern einer kleinen nieder-oesterreichischen ortschaft ein weihnachtsgeschenk zu machen. die leiterin des klubs, franziska l u s t i g , erklarte, die klubmitglieder seien waehrend der letzten wochen ganz intensiv an der arbeit gewesen, um den kindern weihnachtsfreude zu bereiten.

buergermeister josef l e c h n e r von oberwaltersdorf nahm die 55 stofftiere entgegen und dankte im namen der gemeinde und des kindergartens. (oberwaltersdorf im bezirk baden ist uebrigens der heimatort des verstorbenen innenministers oskar helmer.)

s p o r t :

=====

## wotruba-ring fuer trixi schuba

10 wien, 21.12. (rk) im wiener rathaus ueberreichte donnerstag buergermeister felix s l a v i k der olympiasiegerin und weltmeisterin im eiskunstlauf beatrix s c h u b a als geschenk der stadt wien einen ring, der von prof. fritz wotruba gestaltet wurde. slavik war auch der erste gratulant nach bekanntwerden der wahl von trixi schuba zur besten sportlerin des jahres 1972.

der buergermeister erklarte in seiner rede, im gegensatz zum schi- oder radrennsport wirkten beim eiskunstlauf, die darbietungen stets spielend leicht. in wien weiss man aber, dass sich trixi schuba nie etwas geschenkt habe und dass sie nicht im spazierengehen weltmeisterin geworden sei. der ring sei der dank ihrer heimatstadt, der sie ueberall hin begleiten und immer daran erinnern solle, dass wien seine trixi schuba niemals vergessen werde.

trixi schuba dankte dem buergermeister der stadt wien fuer das wertvolle geschenk und begruendete die kuerze ihrer dankesworte mit der tatsache, sie sei ''auf dem eise sicherer als vor dem rednerpult''.

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 22. Dezember 1972

Blatt 3201

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Verkehrsbetriebe arbeiten sparsamerLokal: Walther Kraus - 70. Geburtstag

Mariahilfer Straße: Letzter verkehrsarmer Tag

Praterbrücke: Ab sofort "Radschieben gestattet"

Walter Antonioli - 65. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

L o k a l :

=====

## walther kraus - 70. geburtstag

1 wien, 22.12. (rk) am 29. dezember vollendet univ.-prof.  
dr. walther k r a u s das 70. lebensjahr.

walther kraus wurde 1902 in wien geboren. nach dem besuch  
des humanistischen gymnasiums studierte er an den universitaeten  
wien und leipzig klassische philologie und begann als mittel-  
schullehrer. 1951 wurde er ausserordentlicher professor an der  
universitaet wien, 1955 ordentlicher professor. seit 1958 ist  
er auch mitglied der oesterreichischen akademie der wissenschaften.

das forschungsgebiet des gelehrten ist die klassische  
philologie, vor allem griechische und roemische literatur und  
religion. zu diesen themen hat er auch eine anzahl von publi-  
kationen veroeffentlicht. besonders zu erwaehnen sind seine bei-  
traege in der realenzyklopaedie des klassischen altertums.

professor walther kraus ist seit dem jahr 1965 traeger des  
oesterreichischen ehrenkreuzes fuer wissenschaft und kunst

1. klasse.

0925

l o k a l :

=====

mariahilfer strasse: letzter verkehrsarmer tag

2 wien, 22.12. (rk) morgen, samstag, ist der letzte verkehrsarmer tag fuer die innere mariahilfer strasse: von 10 bis 18.30 uhr ist der autoverkehr zwischen getreidemarkt und guertel praktisch aus der mariahilfer strasse verbannt.

in der kommenden sowie in der darauffolgenden woche gibt es keine neuen verkehrsmassnahmen auf den wiener strassen.

0929

praterbruecke:

ab sofort: ''radschieben gestattet''

3 wien, 22.12. (rk) vier rechteckige, rot umrandete schilder signalisieren nun an den aufgaengen zur praterbruecke, dass radfahrer auf den gehwegen ihr fahrrad schieben koennen. radfahren kann aus sicherheitsgruenden weiterhin nicht gestattet werden. die soeben montierten schilder tragen die aufschrift ''radschieben gestattet''.

1009

l o k a l :

=====

## walter antoniolli - 65. geburtstag

4 wien, 22.12. (rk) am 30. dezember vollendet der praesident des verfassungsgerichtshofes univ.-prof. dr. walter a n t o n i o l l i das 65. lebensjahr.

walter antoniolli wurde am 30. dezember 1907 in mistelbach geboren. er studierte an der universitaet wien jus und trat anschliessend als rechtskundiger beamter in den magistrat der stadt st. poelten ein. 1946 wurde er praesidialsekretaer des verfassungsgerichtshofes. er verband diesen praktischen beruf mit wissenschaftlichen neigungen und habilitierte sich im jahre 1947 an der universitaet wien mit einer eingehenden studie ueber die selbstverwaltung. 1948 wurde er als a.o. professor fuer staats- und verwaltungsrecht nach innsbruck berufen, ein jahr spaeter wurde er dort ordinarius und 1955 dekan der juridischen fakultaet. die berufung nach innsbruck unterbrach kurzfristig seine taetigkeit beim verfassungsgerichtshof. aber bereits 1951 wurde er ordentliches mitglied und referent dieses hoechstgerichtes. 1955 wurde er als nachfolger von ludwig adamovich nach wien berufen, 1957 erfolgte seine ernennung zum vizepraesidenten und 1958 zum praesidenten des verfassungsgerichtshofes. in der folge wurde er als ordinarius an die universitaet wien berufen. die berufliche entwicklung antoniollis vollzog sich in zwei bereichen: in dem der rechtspraxis und in dem der akademischen forschung und lehre. von ihm stammt das 1954 erschienene lehrbuch ''allgemeines verwaltungsrecht'', das in der oesterreichischen verwaltungslehre und -praxis eine zentrale stellung einnimmt und zum ausgangspunkt fuer zahlreiche wissenschaftliche arbeiten wurde.

k o m m u n a l :

=====

verkehrsbetriebe arbeiten sparsamer

5 wien, 22.12. (rk) die uebersiedlung des autobusbetriebes in die neue zentralwerkstaette der wiener verkehrsbetriebe erwies sich bereits im ersten jahr als wirksame rationalisierung. frueher mussten verschiedene reparaturen an private firmen vergeben werden, wobei durchschnittskosten von 8.512 schilling pro autobus entstanden. die gleichen leistungen in der werkstaette kosten 7.640 schilling.

3205

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 27. Dezember 1972

Blatt 3206

Lokal: November: 20.000 Österreicher in Wien  
Neue Einbahnstraßen in der Brigittenau  
Straßenbahn und Autobus in der Silvesternacht  
Feiertagsprobleme für die Müllaßfuhr  
Viel Arbeit für Feuerwehr und Rettung

Sport: Hohe Wand-Wiese: Betrieb ab Freitag

Kulturdienst: Walzerkonzerte in der Hofburg

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

L o k a l :

=====

november 20.000 oesterreicher in wien

1 wien, 27.12. (rk) mit 20.000 besuchern aus den bundeslaendern standen die oesterreicher - wie immer in der wintersaison - an erster stelle des wiener fremdenverkehrs im november. aus der bundesrepublik deutschland kamen 12.000, aus den u.s.a. 7.000 besucher.

die ''fuehrungsrolle'' der oesterreicher im wiener fremdenverkehr dauert ueblicherweise bis ins fruehjahr. danach liegen einige monate lang die bundesdeutschen gaeste an erster stelle. ihnen wird diese position nun im juli und august manchmal von den amerikanischen streitig gemacht.

0854

neue einbahnstrassen in der brigittenau

4 wien, 27.12. (rk) im 20. bezirk gelten ab donnerstag, dem 28. dezember, folgende neue einbahnstrassen: burghardt-gasse von der pappenheim-gasse zur leipziger strasse, spaungasse von der burghardt-gasse zu der denis-gasse, denis-gasse von der spaungasse zur webergasse, karl cerny-gasse von der treustrasse zu der klosterneuburger strasse, romanogasse von der klosterneuburger strasse zur treustrasse, webergasse von der treustrasse zur hannovergasse, kluckygasse von der wallensteinstrasse zur othmargasse.

1010

L o k a l :

=====

## strassenbahn und autobus in der silvesternacht

3 wien, 27.12. (rk) in der silvesternacht verkehren auch heuer wieder zwischen dem sonst ueblichen betriebsschluss und etwa 5 uhr frueh 24 strassenbahn- und autobuslinien. der fahrpreis betraegt 12 schilling, alle anderen fahrausweise sind in diesem nachtverkehr ungueltig.

auf folgenden linien wird der silvester-nachtverkehr durchgefuehrt:

a (elderschplatz - ring - kai - elderschplatz), ak (elderschplatz - kai - ring - elderschplatz), 18 (liechtenwerder platz - guertel - stadionbruecke), 25 (kagran - praterstern), 26 (stadlau - praterstern), 28a (herzmanovsky orlandogasse - floridsdorf, schnellbahn), 29 (friedrich engels-platz - schwedenplatz), 35a (salmannsdorf - friedrich engels-platz), 36 (nussdorf - boerse), 38 (grinzing - schottentor), 41 (poetzleinsdorf - schottentor), 43 (neuwaldegg - schottentor), 46 (joachims-thalerplatz - bellaria), 49 (huetteldorf - urban loritz-platz - bellaria), 58 (unter st. veit - burgring), 60 (rodaun - kennedy-bruecke), 62 (lainz - philadelphia-bruecke - oper), 65 (stefan fadinger-platz - oper), 66 (raxstrasse - oper), 71 (zentralfriedhof - schwarzenbergplatz), 74 (st. marx - landstrasser hauptstrasse - schwarzenbergplatz - suedbahnhof), 132 (strebersdorf - floridsdorf, schnellbahn), 167 (per albin hansson-siedlung ost - oper), 331 (stammersdorf - ringturm).

1000

l o k a l :

=====

## feiertagsprobleme fuer die muellabfuhr

6 wien, 27.12. (rk) trotz des sondereinsatzes von 19 muellwagen am stefanitag kam es in mehreren teilen wiens zu engpaessen in der muellabfuhr. auch wurde die situation noch dadurch verschaerft, dass der weihnachtsabend auf einen sonntag fiel und die letzte entleerung der muellgefaesse in den haeusern bereits am 23. dezember erfolgen musste. dazu kommt, dass viele hausbewohner die muellgefaesse insofern schlecht ausnuetzen, als sie kartons in sperrigem zustand anstatt zusammengepresst in die abfallgefaesse werfen. die situation gestaltete sich nur in denjenigen haeusern zufriedenstellend, wo die mieter bereit waren, die grossen emballagen der weihnachtsgeschenke und das viele papier in ihrem abstellraum fuer einige tage stehen zu lassen und diese erst nach besserung der situation in die muellgefaesse werfen.

heute mittwisch wird das muellabfuhrpersonal einen grossen teil der abfaelle abtransportieren. es liegt jedoch auf der hand, dass trotz des vollen einsatzes und der leistung von ueberstunden nicht alle weihnachtsabfaelle mit einem schlag beseitigt werden koennen. es wird jedoch alles daran gesetzt, so rasch wie moeglich wieder eine befriedigende situation herzustellen.

## sondereinsaetze an den naechsten wochenenden

die naechsten doppelfeiertage silvester/neujahr und dreikoenig mit dem darauffolgenden sonntag bringen fuer die stadtreinigung weitere zusaetzliche ausfahrten: samstag, den 30. dezember, und samstag, den 6. jaenner faehrt die muellabfuhr volle tages Touren.

eine bitte der stadtreinigung in diesem zusammenhang: erleichtern sie dem muellabfuhrpersonal den abtransport der christbaeume, indem sie diese ein paar mal durchsaegen. dadurch kann auch das fassungsvermoegen der misttonnen besser ausgenuetzt werden.

L o k a l :

=====

traurige bilanz der feiertage:

viel arbeit fuer feuerwehr und rettung

5 wien, 27.12. (rk) eine traurige bilanz muessen feuerwehr und rettung nach den weihnachtsfeiertagen ziehen. es waren mehr ausfahrten als in den vergangenen jahren zu verzeichnen, darunter ein ungewoehnlich hoher anteil schwerer und tragischer.

die rettung musste an diesen drei tagen insgesamt 272mal ausfahren. in 31 faellen konnte sie nicht mehr helfen. auffallend hoch war der anteil von herzerkrankungen. das duerfte teils auf die witterung, teils auf die vielen aufregungen um die festtage zurueckzufuehren sein.

die feuerwehr meldet unter anderem folgende einsaetze:

im einfamileinhaus 13, anatourgasse 69 brannte das wohnzimmer vollstaendig aus, drei weitere raeume wurden schwer beschaedigt. der hausbesitzer burchard konnte von der feuerwehr durch das kuechenfenster geborgen werden.

in der hausbesorgerwohnung 15, braunhirschengasse 39, gerieten papier- und textilabfaelle, die meterhoch in der wohnung gelagert waren, in brand. die ursache war, dass die wohnungsinhaberin in einem kleinen eisernen ofen eingeheizt hatte, neben dem geruempel lagerte, das durch die hitze in brand geriet. die wohnungsinhaberin maria volltech erlitt leichte brandverletzungen.

in der bruenner strasse stiess gustav dromayer aus brunn am gebirge mit seinem pkw gegen einen alleebaum. er war auf der stelle tot.

nur mehr tot konnte die 76jaehrige maria makova aus ihrer brennenden wohnung, 21, gerichtsgasse 9 geborgen werden. sie war vermutlich mit einer brennenden zigarette eingeschlafen.

ebenfalls tot war der 31jaehrige anton zelter, 23, breitenfurter strasse, als er aus dem donau-oder-kanal geborgen werden

konnte. die suche nach ihm war aufgenommen worden, als man seinen pkw und sein fischzeug am ufer aufgefunden hatte.

vier verletzte mussten aus einem zertruemmerten pkw geborgen werden, der in der stromstrasse verunglueckt war.

ein spirituskocher setzte in einer wohnung des hauses 19, boschstrasse 19, die zu nahe befindliche matratze eines klappbettes in brand. der auf einer bettbank schlafende wohnungsinhaber johann paulicek konnte von der feuerwehr rechtzeitig in sicherheit gebracht werden.

schwere verbrennungen am ganzen koerper erlitt die 83jaehrige pauline morak beim brand ihrer wohnung im hause 10, zur spinnerin 2. das feuer, dessen ursache nicht festgestellt werden konnte, wurde zwar noch vor dem eintreffen der feuerwehr von hausbewohnern geloescht, fuer die frau kam jedoch jede hilfe zu spaet.

s p o r t :

=====

pistenschnee ''made in vienna'':

hohe wand-wiese: betrieb ab freitag

7 wien, 27.12. (rk) freitag, den 29. dezember, wird die hohe wand-wiese fuer den heurigen winter zum skiparadies in der grosstadt: die zehn schneekanonen haben ihre arbeit getan, die piste wartet auf die sportler.

entsprechende kaeltegrade vorausgesetzt (wenigstens zwei grad unter null), gehoert die bundeshauptstadt zu den schneesichersten orten oesterreichs. dann naemlich koennen die zehn schneekanonen in aktion treten. im vorigen - sehr schneearmen - winter war die hohe wand-wiese zeitweise auf hundert kilometer im umkreis die einzige in betrieb befindliche piste.

die skiwiese ist vom 29. dezember an bis auf weiteres taeglich von 9.30 bis 22 uhr durchlaufend bei freiem eintritt geoeffnet.

weniger gut sieht es derzeit fuer die beliebte aktion ''fahrt zum schnee'' aus, deren beginn fuer sonntag, den 14. jaenner angesetzt ist. die allgemeine schneelage ist nicht gerade zufriedenstellend, aber als ausweichmoeglichkeit fuer das traditionelle steinhaus bietet sich der annaberg an, wo ebenfalls der schnee schon kuenstlich erzeugt wird.

1500

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 28. Dezember 1972

Blatt 3213

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Steigende Frequenz des Tonbanddienstes für Gastarbeiter  
Eisrevue - Sondervorstellung für Dauerbefürsorgte

Lokal: Viehzählung in Wien: Ochsen gibt es nur in Favoriten  
Wohnhausanlagen mit neuen Grundrissen

Sport: Vier Rundturnhallen vor der Fertigstellung

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

steigende frequenz des tonbanddienstes fuer gastarbeiter

1 wien, 28.12. (rk) der im sommer des heurigen jahres eingerichtete tonband-nachrichtendienst des wiener zuwandererfonds fuer gastarbeiter hat sich gut bewahrt. immer mehr jugoslawische arbeitnehmer machen von der moeglichkeit gebrauch, sich durch die wahl der kurznummer 15 32 mit den neuesten informationen zu versorgen. die frequenz betrug im november 745 anrufe, gegen 600 im oktober.

der tonbanddienst, der zu jeder tages- und nachtzeit angerufen werden kann, bietet hinweise auf beratungsdienste, gibt ratschlaege in verschiedenen fragen des alltags und kurzinformationen aus der heimat. die dauer des nachrichtenblocks - der jeweils zweimal woeentlich erneuert wird - betraegt drei minuten.

0911

k o m m u n a l :

=====

eisrevue - sondervorstellung fuer dauerbefeuersorgte

2 wien, 28.12. (rk) kommenden donnerstag, den 4. jaenner, findet um 15 uhr in der wiener stadthalle eine sondervorstellung der neuesten produktion der wiener eisrevue statt, zu der wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i die dauerbefeuersorgten wiens eingeladen hat. die von der erwachsenenfuersorge alljaehrlich durchgefuehrte aktion findet bereits seit dem jahr 1955 statt.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und foto-reporter zu dieser vorstellung am donnerstag, dem 4. jaenner, um 15 uhr, zu entsenden. telefonische kartenbestellungen, bitte unter der telefonnummer 42 800/2939 (durchwahl).

0913

L o k a l :

=====

viehzaehlung in wien:

ochsen gibt es nur in favoriten

3 wien, 28.12. (rk) bei der viehzaehlung am 3. dezember wurden in wien 1181 pferde und 824 rinder festgestellt. das bedeutet, dass die zahl der pferde langsam, die der rinder schneller sinkt: 1968 gab es 1265 pferde und 1378 rinder, 1970 waren es 1210 pferde und 946 rinder.

es gibt auch immer weniger tierbesitzer. heuer wurden 1303 ermittelt, das sind um 223 weniger als im vorjahr. das ist vor allem darauf zurueckzufuehren, dass viele aeltere leute die tierhaltung aufgegeben haben und dass die stadtrandgebiete immer staerker verbaut werden.

die pferdehaltung hat ihren schwerpunkt im 2. bezirk, wo zehn besitzer 823 pferde haben. der hauptanteil davon entfaellt natuerlich auf den reitsport. im 1. bezirk gibt es einen pferdebesitzer mit 45 hengsten. wer das ist, ist leicht zu erraten: die spanische reitschule. die meisten pferdebesitzer gibt es im 21. bezirk, naemlich fuenfzehn, die aber miteinander nur 25 pferde haben.

bei den rindern steht, vom zentralviehmarkt abgesehen, der 22. bezirk an der spitze, wo 24 besitzer zusammen 159 tiere halten. es gibt sieben zuchtstiere in wien - und 346 kuehe. ausserdem gibt es noch 116 schlachtstiere, ganze sieben ochsen (alle in favoriten) und elf kalbinnen ueber zwei jahre. bei den jungtieren unter zwei jahren ist das verhaeltnis der geschlechter wesentlich anders, denn 107 stieren und vier ochsen stehen nur 54 kalbinnen gegenueber.

weder pferde noch rinder gibt es im 4., 7., 8., 9., 18. und 20. bezirk. im 6. bezirk wurden immerhin vier stuten registriert, im 5. bezirk 13 kuehe.

l o k a l :

=====

wohnhausanlagen mit neuen grundrissen

4 wien, 28.12. (rk) neue formen fuer staedtische wohnhausanlagen, die hochbaustadtrat hubert p f o c h in seiner budgetrede angekuendigt hat, werden bereits projektiert. der hochbauausschuss des gemeinderates vergab nun die projektsbearbeitung fuer eine auf den trabrenngruenden in der donaustadt geplante grosswohnhausanlage mit 1.229 wohnungen. in fertigteilbauweise sollen hier verschiedenartige wohn- und hausformen realisiert werden. von besonderem interesse sind sogenannte split-level-typen mit halbgeschossig versetzten grundrissen. ausser zentralheizung soll die wohnhausanlage auch eine zentrale warmwasserversorgung erhalten.

die entwurfsarbeiten wurden dem architektenteam fritz m a y r , walter v a s a und brigitte w i e d m a n n uebertragen. der wohnhausanlage werden auch ein einkaufszentrum mit rund 3.500 quadratmeter verkaufsflaeche, ein kinderhort und eine mutterberatung zugeordnet.

0931

## L o k a l / s p o r t :

=====

## vier rundturnhallen vor der fertigstellung

5 wien, 28.12. (rk) vier neue rundturnhallen in unmittelbarer naehe von schulneubauten, die derzeit im bau sind, werden bereits eingerichtet. die turnhallen entstehen an der kaiser ebersdorfer strasse, in der per albin hansson-siedlung ost, an der steinergasse in liesing und an der meissnergasse in der donaustadt. der hochbauausschuss des gemeinderates vergab nun fuer diese bauvorhaben die zimmermanns- und schlosserarbeiten sowie die lieferung und montage der turngeraete und stellte dafuer insgesamt 4,2 millionen schilling zur verfuegung.

0934

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 29. Dezember 1972

Blatt 3219

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Gesetz gegen Baulärm in Wien

Schon 270 umweltfreundliche Autobusse

Lokal:

Autobuslinien 65a und 67a - a bedeutet Anschluß-  
linie

"Jubiläumshäuser"-Bewohner erhalten Ersatzwohnungen  
von der Gemeinde

Markthalle Nußdorfer Straße: Jeden Freitag  
Einkaufsnachmittag

Silvesterprogramm auf dem Rathausplatz

Silvesterabend: Bürgermeister besucht Feuerwehr  
und Verkehrspolizei

Standesämter Innere Stadt und Alsergrund zusammen-  
gelegt

Sport:

Skiwiese: Schneebericht über Rathausinformation

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

## gesetz gegen baulaerm in wien

5 wien, 29.12. (rk) mit wirksameren massnahmen als bisher, soll kuenftig in der bundeshauptstadt unnoetige laermentwicklung auf baustellen verhindert werden. die wiener stadtverwaltung hat ein gesetz zum schutz gegen den baulaerm fertiggestellt. wie stadtrat dr. hannes k r a s s e r der 'rathaus-korrespondenz' mitteilte, soll es bereits in einer der naechsten landtagssitzungen beraten werden.

das neue gesetz enthaelt die verpflichtung, bei allen bauarbeiten fuer eine senkung des baulaerms zu sorgen. durch verordnung wird der hoechstzulaessige schallpegel fuer die verschiedenen baumaschinen festgesetzt werden. diese grenzwerte werden alle zwei jahre ueberprueft und dem neuesten stand der technik angepasst werden. es wird ausserdem vorgeschrieben, durch bauplanken, einhausungen, daemm-matten und guenstige aufstellung von maschinen die laermbelaestigung der umgebung soweit als moeglich zu vermindern. verantwortlich fuer die einhaltung dieser bestimmungen ist in erster linie der baufuehrer, allenfalls der gewerbetreibende, der die arbeiten ausfuehrt, und schliesslich der bauherr.

die baupolizei erhaelt die ermaechtigung, jederzeit baustellen zu ueberpruefen und laermmessungen vorzunehmen.

damit keine unzumutbaren belastungen der bauwirtschaft eintreten, enthaelt das gesetz einige uebergangsbestimmungen. so wird eine besonders einschneidende massnahme erst ab 1. jaenner 1976 wirksam: ab diesem tag muessen alle maschinen, bei denen dies technisch moeglich und wirtschaftlich zumutbar ist, elektrisch betrieben werden.

l o k a l :

=====

schon 270 umweltfreundliche autobusse

4 wien, 29.12. (rk) von den 390 autobussen der wiener verkehrsbetriebe sind bereits 270 fuer den umweltfreundlichen fluessiggas-mischbetrieb ausgeruestet. bis ende 1974 werden alle staedtischen autobusse mit dem fluessiggas-diesel-gemisch betrieben werden. ohne diese neuerung wuerden die staedtischen autobusse jaehrlich etwa 150 tonnen russ in die wiener luft abgeben. infolge der umstellung werden es nur noch 40 tonnen pro jahr sein, also um 110 tonnen weniger.

die wiener verkehrsbetriebe begannen schon vor zehn jahren in zusammenarbeit mit verschiedenen firmen, darunter der oemv, versuche zur verminderung der schadstoffe in den auspuffgasen. nach mehrjaehrigen arbeiten gelang es, den fluessiggas-dieselmischbetrieb zu entwickeln. zwei voneinander unabhaengige testreihen - eine gemeinsam von mobil oil-austria und der technischen hochschule wien, die andere im zusammenwirken der steyr-werke mit esso-england - ergaben eine verminderung der schadstoffe in den auspuffgasen um rund 70 prozent.

die 270 wiener autobusse entsprechen den fuer 1975 geforderten endnormen des california-tests, die bisher von der amerikanischen autoindustrie nicht erreicht werden konnten. schon mehr als sechzig verkehrsunternehmen aus aller welt haben sich an die wiener verkehrsbetriebe um informationen ueber das neue antriebssystem gewandt. unter anderem haben expertendelegationen aus rom, budapest und mehreren deutschen staedten in wien dieses system studiert. muenchen hat heuer die beiden ersten autobusse mit solchem antrieb in betrieB genommen.

der umstellung der 390 staedtischen autobusse auf einen umweltschonenden antrieb steht **allerding**s gegenueber, dass rund 400.000 private kraftfahrzeuge in wien angemeldet sind. buergermeister felix s l a v i k hat deshalb an die bundesregierung appelliert, durch ein gesetz die luftverunreinigung durch alle kraftfahrzeuge einzudaemmen. aehnlich wie dies in amerika bereits geschehen ist, sollte ab einem bestimmten termin die abgasreinigung vorgeschrieben werden.

L o k a l :

=====

autobuslinien 65a und 67a - a bedeutet anschlusslinie

1 wien, 29.12. (rk) die autobuslinien 65 (stefan fadingerplatz - inzersdorf und 67 (rothneusiedl - ober laaerplatz, beziehungsweise unterlaa) werden ab 1. jaenner die linienbezeichnung 65(gross)a und 67(gross) a tragen. damit sollen verwechslungen mit den strassenbahnlinien 65 und 67 vermieden werden. der buchstabe ''a'' bedeutet ''anschlusslinie'' und wird ueberall dort verwendet, wo eine autobuslinie die fortsetzung einer strassenbahnlinie oder auch einer zentralen autobuslinie bildet (zum beispiel 8a als anschlusslinie fuer die strassenbahnlinie 8 oder 13a als anschluss fuer den zentralen autobus 13).

1004

''jubilaeumshaeuser''-bewohner erhalten ersatzwohnungen  
von der gemeinde

6 wien, 29.12. (rk) nachdem der derzeitige besitzer der sogenannten jubilaeumshaeuser in ottakring noch vor weihnachten eine rechtskraeftige kuendigung der mieter der 184 wohnungen erreichen konnte, schaltete sich bezirksvorsteher josef s r p sofort ein, um sicherzustellen, dass haerten vermieden werden. die mieter werden nicht unter zeitdruck delogiert, sondern sukzessive in gemeindewohnungen abgesiedelt, wobei man nach moeglichkeit weitgehend ihre wuensche beruecksichtigen wird. als erstes wird die aussenstelle des wohnungsamtes in ottakring den mietern auf ansuchen vormerkscheine geben.

1205

l o k a l :

=====

markthalle nussdorfer strasse:

jeden freitag einkaufsnachmittag

3 wien, 29.12. (rk) vom jahreswechsel an, wird es in der markthalle nussdorfer strasse jeweils an freitagen die moeglichkeit geben, auch nachmittags einzukaufen. auf verlangen des bezirksvorstehers des 9. bezirkes karl s c h m i e d b a u e r und der bezirksvertretung werden von 1. jaenner an die oeffnungszeiten fuer diesen detailmarkt wie folgt festgesetzt: montag bis samstag jeweils von 6 bis 13 uhr, an freitagen ausserdem bis 17.30 uhr. mit der nachmittagseroeffnung an freitagen wird vor allem dem wunsch berufstaetiger frauen nach besseren einkaufsmoeglichkeiten rechnung getragen. wie stadtrat dr. hannes k r a s s e r dazu erklaerte, wird diese verlaengerung der oeffnungszeiten als nachtrag zur marktordnung geregelt.

1014

l o k a l :

=====

## silvesterprogramm auf dem rathausplatz

7 wien, 29.12. (rk) am silvesterabend veranstaltet der trompetenchor der stadt wien (leitung: prof. josef levora) auf der loggia des rathaussturmes in der zeit von 18 bis 18.35 uhr das traditionelle silvesterblasen. (bei schlechtwetter findet das konzert im festsaal des rathauses statt.)

danach wird die neujahrsansprache des buergermeisters auf den rathausplatz uebertragen.

von 23.50 uhr bis 24 uhr wird weihnachtliche musik auf den platz uebertragen. nach den zwolf glockenschlaegen vom rathaus-turm erklingt der walzer ''an der schoenen blauen donau''.

1202

silvesterabend:

buergermeister besucht feuerwehr und verkehrspolizei

8 wien, 29.12. (rk) am silvesterabend wird buergermeister felix s l a v i k die hauptfeuerwache mariahilf, die rettungsstation am mariahilfer guertel, die verkehrsleitzentrale in der rossauer kaserne, die garage der stadtreinigung in der einsiedlergasse und die rathauswache besuchen, um den dort diensttuenden maennern ein gutes neues jahr zu wuenschen.

1203

s p o r t :

=====

skiwiese: schneebericht ueber rathausinformation

2 wien, 29.12. (rk) freitag hat die skiwiese der stadt wien auf der hohen wand-wiese in mauerbach den betrieb aufgenommen. sie ist taeglich von 9.30 bis 22 uhr geoeffnet. auskuenfte ueber den zustand der piste werden ab sofort ueber die telefonnummer 43 44 44 (rathaus-information) gegeben. das ist besonders bei ploetzlichen einbruechen waermeren wetters von bedeutung: man kann sich, bevor man nach mauerbach aufbricht, davon ueberzeugen, ob die piste geoeffnet ist oder nicht.

1008

L o k a l :

=====

standesaemter innere stadt und alsergrund zusammengelegt

9 wien, 29.12. (rk) das standesamt alsergrund (9, waehringer strasse 39) wird ab 1. jaenner 1973 mit dem standesamt innere stadt vereinigt. das neue gemeinsame standesamt befindet sich 8, schlesingerplatz 4. dieses standesamt ist telefonisch unter der nummer 42 75 41 zu erreichen.

gleichzeitig wird auch die zweigstelle 9, waehringer strasse 41 der staedtischen bestattung in die zweigstelle 8, schlesingerplatz 4 verlegt. die telefonnummern dieser zweigstelle sind 42 81 83 und 42 74 96.

1345

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 30. Dezember 1972

Blatt 3227

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Bürgermeistersendung: Wo steht Wien heute?

"Krise der Städte" meistern: Neujahrsansprache des Bürgermeisters

Chef vom Dienst 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

wo steht wien heute?

1 wien, 30.12. (rk) wo steht wien heute? diese frage stellte buengermeister felix s l a v i k samstag in seiner rundfunkrede und hob hervor, dass wien heute ein bedeutenderer wirtschaftsstandort als jemals zuvor sei und ueberdies zu den bedeutendsten kongresszentren der welt zaehle.

wien werde auch immer mehr eine stadt internationaler organisationen. seine bedeutung fuer den **ost**-westhandel sei gewachsen, desgleichen nehme wiens fremdenverkehr noch immer zu. seit der mitte des vergangenen jahres habe die wiener industrie - in der entwicklung bisher immer unter dem bundesdurchschnitt - kraeftig aufgeholt und wachse derzeit rascher als die gesamtindustrie oesterreichs. sowohl der produktionszuwachs als auch die produktivitaetssteigerung seien in wien jetzt deutlich hoeher als im oesterreichischen durchschnitt. auch der bruttomonatsverdienst der industriebeschaeftigten liege um rund 200 schilling ueber dem bundesdurchschnitt.

als ursache fuer diese guenstige entwicklung nannte slavik das ueberdurchschnittliche investitionswachstum in wien, das durch tatkraeftige hilfe der stadtverwaltung ermoeeglicht wurde. 600 millionen schilling wurden fuer betriebsansiedlungen zur verfuegung gestellt, 800.000 quadratmeter grund wurden in den letzten dreieinhalb jahren fuer betriebsansiedlungen vergeben. diese betriebe investieren rund eindreiviertel milliarden schilling.

der buengermeister unterstrich den zusammenhang von kultureller ausstrahlung und fremdenverkehrsbilanz einer stadt. daran gemessen duerfte wiens attraktivitaet - mit seinen fast vier millionen uebernachtungen 1972 (5 prozent mehr als 1971) - weiter gestiegen sein. es muesse auch eine wesentliche aufgabe in den naechsten jahren sein, die verbesserung der fremdenverkehrsbetriebe und den hotelneubau zu forcieren, fuehrte slavik aus.

+++

s p e r r f r i s t   s o n n t a g   1 8 . 4 5   u h r

k o m m u n a l :

=====

'krise der staedte' meistern:

neujahrsansprache des buergermeisters

2      wien, 30.12. (rk) am silvesterabend wurde eine ansprache des wiener buergermeisters felix s l a v i k auf den rathausplatz uebertragen, in der sich das stadtoberhaupt unter anderem mit der 'krise der staedte' beschaeftigte.

diese krise werde durch die verschlechterung der lebensbedingungen in den ballungszentren ausgeloeset. in wien wolle man es gar nicht erst zu einer solchen krise kommen lassen, betonte slavik, und meinte: 'nur wenn wir alle umweltbewusst werden, wenn wir nichts dazu beitragen, unsere umwelt zu verschlechtern, kann es uns gemeinsam gelingen, alle gefahren von uns fernzuhalten.'

der buergermeister kuendigte an, dass die stadtverwaltung im jahr 1973 allein fuer umweltschutzmassnahmen nicht weniger als 1,1 milliarden schilling ausgeben werde. slavik: 'wien soll auch kuenftig den bewohnern nicht nur einen attraktiven arbeitsplatz, sondern auch gute wohn- und lebensmoeglichkeiten, platz fuer freizeit und erholung bieten koennen.'

der buergermeister uebermittelte dann allen oesterreichern die gruesse der stadt wien und der wiener bevoelkerung und sprach im namen der wiener stadtverwaltung die neujahrsglueckwuensche aus.

+++

an alle kolleginnen und kollegen!

wir wuenschen allen beziehern der ''rathaus-korrespondenz''  
und allen mitarbeitern der presse und des orf einen guten rutsch  
ins neue jahr und ein erfolgreiches 1973!

die ''rathaus-korrespondenz'' meldet sich wieder am diensttag,  
dem 2. jaenner 1973.

+++



60984 81800

